Die deutsche Arbeitsmarktkrise 1925/26

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
einer Hohen Rechts- und Staatswissen-
schaftlichen Fakultät der **Westfälischen
Wilhelms-Universität zu Münster**
in Westfalen

eingereicht von

Günther Schöne
Berlin.

Die deutsche Arbeitsmarktkrise 1925/26

Inaugural-Dissertation zur Erlangung
der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
einer Hohen Rechts- und Staatswissen-
schaftlichen Fakultät der **Westfälischen
Wilhelms-Universität zu Münster**
in Westfalen

eingereicht von

Günther Schöne
Berlin.

Vorwort.

Die Arbeit hat sich die Aufgabe gestellt, die deutsche Arbeitsmarktkrise in Deutschland 1925/26 systematisch darzulegen, den Verursachungskomplex herauszustellen, der das krisenhafte Hochschnellen der Arbeitslosenkurve 1925/26 erklären kann, und den Abstieg dieser Kurve in nachfolgender Zeit ursächlich zu ergründen. Der Leser dieser Arbeit wird wohl auf Grund der diagnostischen Untersuchungen selber Ansatzpunkte finden, von denen man ausgehen muß, um die Arbeitsmarktkrise von ihrer Wurzel aus zu überwinden. Der Verfasser selber hat es absichtlich unterlassen, die Arbeit zu einer wirtschaftsprogrammatischen Behandlung zu erweitern. Zwei Gründe haben ihn darüber schweigen lassen: sein wissenschaftliches Anfängertum und die Gefahr der Vermengung wissenschaftlicher Urteile mit Werturteilen. Gerade die Wirtschaftspolitik ist ein Gebiet, das allzu leicht durch rein subjektive wissenschaftlich unbegründete Anschauungen den Ehrentitel „Wissenschaft" verliert.

Wenn es dem Verfasser gelungen sein sollte, die Darstellung und Analyse der Arbeitsmarktkrise 1925/26 einigermaßen klar herauszubringen, so könnte die Arbeit zum Arbeitsmarktproblem einen Beitrag liefern und auch für die Praktiker einigen Nutzen stiften.

In dankenswerter Hilfsbereitschaft hat Herr Dr. Willeke in Münster meiner Arbeit das größte Interesse entgegengebracht und mir in persönlicher Aussprache manche wertvolle Anregung geboten, die ich für meine Arbeit verwerten konnte.

Ich möchte ihm darum auch an dieser Stelle meinen besonderen Dank aussprechen.

Günther Schöne.

Inhalts-Übersicht.

Literatur-Verzeichnis.

Sammelwerke.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Mohr, Tübingen 1925. 39. Bd.: Die Wellenbewegungen der Wirtschaft v. Josef Schumpeter.

Berichte über Landwirtschaft. N. F. B. IV, Parey, Berlin 1926. Die deutsche Wirtschaftskrisis v. Max Sering.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Fischer, Jena 1926, Bd. III, N. F. Bd. 69: Kredit und Konjunktur v. Wilhelm Röpke.

Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Duncker und Humblot, München und Leipzig 1925.
Bd. 171, 3. Teil mit Aufsätzen von:
Charlotte Leubuscher: Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions.
Tuckermann: die Neuindustrialisierung der Erde.
Wolf: die Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit.
Bd. 172 von 1926 mit Referaten von:
Harms: die Krisis der Weltwirtschaft.
Mombert: Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa.
Bd. 174 von 1928: Deutsche Auslandsanleihen seit 1924 v. Robert Kuczynski.

Einzelwerke bezw. -Abhandlungen in Zeitschriften.

Bruck, Werner, Friedrich Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung in der veränderten internationalen Arbeitsteilung. Weltwirtschaftliche Gesellschaft zu Münster Heft 6.

Cassel, Gustav: Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten. in „Soziale Praxis“ von 1926 Nr. 42.

Cassel, Gustav: Selbstkritik! Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik im „Soziale Praxis“ von 1927 Nr. 8. Fischer Jena.

Conrad, Otto: Absatzmangel und Arbeitslosigkeit als Dauerzustand. Tumpsky A.-G. Wien u. Leipzig 1926.

Erkelenz, Anton Die wahre Ursache der Erwerbslosigkeit in „Technik voran“ von 1926 Nr. 31/32, Verlag Reichsbund deutscher Technik, Berlin.

Frankfurter, H.: Hochkonjunktur in der Textilindustrie? in „Wirtschaftsdienst“ von 1927 Nr. 29, herausgegeben vom Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv.

Friedlaender, Robert: Chronische Arbeitskrise, Verlag Wirtschaft und Geschäft G. m. b. H., Berlin 1926.

Hahn, Albert: Kapitalmaugel in „Bankarchiv“, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen von 1925 Nr. 6 Walter de Gruyter, Berlin

Hirsch, Julius: Das Deutsche Volkseinkommen in „Der Heimatdienst“ von 1926 Nr. 8 Mitteilung der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin.

Karner, Dr.: Fahrpreise und Tarifvergünstungen im Personenverkehr in „Die Reichsbahn“ von 1927 Nr. 10, Amtliches Nachrichtenblatt der deutschen Reichsbahngesellschaft.

Kuczynski, Robert: Deutsche Anleihen im Auslande 1924—27, Berlin-Schlachtersee 1928.

Kumpmann, Karl: Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, Mohr Tübingen 1925.

Lampe, Adolf: Notstandsarbeiten oder Lohnabbau? Fischer, Jena 1927.

Lange, Karl: Die Passivität der deutschen Handelsbilanz als wirtschaftspolitisches Problem, November 1925, Herausgegeben vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (V.D.M.A.) Charlottenburg.

Lansburgh, Alfred: Volkseinkommen und Sozialprodukt in „Die Bank“, Monatshefte für Finanz- und Bankwesen, Bankverlag, Berlin 1926 Heft 8.

Lukas, Eduard: Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung und der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Leuschner u. Lubensky, Graz 1926.

Müller, August: Wege zur Kapitalneubildung. Weltwirtschaftliche Gesellschaft zu Münster, Heft 3.

Philipp, Rudolph: Thomas Bata, „der unbekannte Diktator“, Agis-Verlag, Wien-Berlin.

Plaut, Theodor: Deutsche Handelspolitik, Teubner, Leipzig und Berlin 1924.

Schacht, Hjalmar: Eigene oder geborgte Währung? Weltwirtschaftliche Gesellschaft Heft 16.

Schumpeter, Josef: Die Arbeitslosigkeit in „Der deutsche Volkswirt“, Zeitschrift für Politik und Wirtschaft. Verlag Berlin 1924 Nr. 24.

Sering, Max: Deutschland unter dem Dawes-Plan, Walter de Gruyter u. Co., Berlin und Leipzig 1928.

Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. Duncker und Humblot, München u. Leipzig, 2. Auflg. 1927.

Sombart, Werner: Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. Bondi, Berlin 7. Auflg. 1927.

Stuart, Verrijn: Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage, Fischer-Jena 1922.

Syrup: Arbeitsmarkt, produktive Erwerblosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung in „Der Arbeitgeber" von 1926 Nr. 17.

Weigert, Dr.: Arbeitsbeschaffung und Reichsregierung im Reichsarbeitsblatt von 1926 Nr. 28.

Willeke, Eduard: Über Wesen und Begriff der Arbeitslosigkeit in „Arbeit und Beruf" von 1927 Heft 1 und 20 Berlin.

Willeke, Eduard: Die Arbeitslosigkeit in ihrer Verursachung und ihren Erscheinungsformen im Reichsarbeitsblatt von 1927 Nr. 24.

Wunderlich, Frieda: Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms in „Soziale Praxis" von 1927 Nr. 10 und 11 Fischer Jena.

Zwiedineck-Südenhorst, Otto v.: Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit in den Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung 2. Jahrgang 1927. Ergänzungsheft 1.

Zeitschriften.

Deutsche Sparkassenzeitung vom 30. 9. 1928 Nr. 74.

Die Arbeit Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Herausgeber Th. Leipart, Berlin.

Die deutsche Maschinenindustrie. Bericht des V.D.M.A. über die Jahre 1925 und 1926 V. D. M. A. Charlottenburg.

Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung von 1926 Heft IV.

Magazin der Wirtschaft, Verlag Wirtschaft u. Geschäft G. m. b. H. Berlin 1926 Nr. 40.

Monatliche Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands. Dez. 1927 herausgegeben vom vom Statistischen Reichsamt Berlin 1927.

Reichstagsdrucksachen 219. Sitzung vom 28. 6. 1926, Drucksachen-Nr. 2455, Bericht des 8. Ausschusses.

Revue Internationale du Travail Oktober 1927, herausgegeben vom internationalen Arbeitsamt in Genf.

Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1924/25 und 1927 Berlin.

Vierteljahreshefte	Zur Konjunkturforschung von 1926 und 1927 Heft 1—4 von 1928 Heft 1, Teil A., herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung Verlag Reimar Hobbing.
Wirtschaftliche	Nachrichten für Rhein und Ruhr von 1927 Nr. 5, 13, 17, 22, 24, 25, 29, 30 und 31. Ruhr-Verlag Essen.
Wirtschaft	und Statistik von 1926/27 und 1928 Berlin.

Zeitungen.

Arbeitgeberzeitung	Nr. 15 vom 12. 4. 1925.
Berliner	Tageblatt Nr. 583 von 1955. Nr. 192, 313, 341, 351, 377, 435 von 1926.
Der Deutsche	Nr. 187, 190, 199 von 1926.
Deutsche	Allgemeine Zeitung Nr. 366 von 1926.
Deutsche	Zeitung vom 15. Dez. 1928 und 5. Jan. 1929.
Frankfurter	Zeitung vom 23. 10. 1926.
Gewerkschaftszeitung	Nr. 36, 37, 38, 39 von 1926.
Spectator	Berlin vom 6. 2. 1926.
Vossische	Zeitung Nr. 208 von 1926.

Kapitel I.

Allgemeine Grundlegung.

§ 1.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktkrise — begriffliche Grundlegung und Abgrenzung.

Der Begriff „Arbeitslosigkeit" — wie ihn der Sozialtheoretiker versteht — ist ein rein markttechnischer Begriff, das soll heißen, nur wenn und insoweit Arbeitskräfte an den Arbeitsmarkt herankommen, besser gesagt — als sie Arbeit suchen und keine Arbeit finden, kann man sagen, sie sind arbeitslos. Wir können dieser Begriffsabgrenzung entnehmen, daß bei weitem nicht alle, die nicht arbeiten, als „Arbeitslose" im Sinne unserer obigen Auffassung zu bezeichnen sind. Der Wille zur Arbeit und die Fähigkeit zu ihrer Ausübung sind Voraussetzungen zur Anwendbarkeit des markttechnischen Begriffes der Arbeitslosigkeit. Mithin fallen die Kategorien der Arbeitsscheuen, die nicht arbeiten wollen, und der Arbeitsunfähigen, die nicht arbeiten können, von vornherein aus; denn sie kommen ja gar nicht an den Arbeitsmarkt, sie belasten ihn überhaupt nicht und sind darum, arbeitsmarktpolitisch gesehen, unerheblich. Um diese Gruppen haben sich andere staatliche Einrichtungen zu kümmern, nicht aber Institutionen, die Arbeitsmarktpolitik betreiben.

Wir können also zusammenfassend sagen, daß Arbeitslose im Rahmen unserer Erörterungen alle Arbeitsuchenden sind; darin sind m. E. alle die vorerwähnten Voraussetzungen inbegriffen — oder, um den Begriff der Arbeitslosigkeit scharf zu formulieren, setzt der Verfasser die Definition von Dr. Willeke [1]) her: „Arbeitslosigkeit ist die Nichtinanspruchnahme auf dem Arbeitsmarkt bereitgestellter menschlicher Arbeit".

Wir können schließlich den Begriff der Arbeitslosigkeit für unsere Zwecke noch mehr einengen, indem wir noch zwei weitere Kategorien von an sich tatsächlicher Arbeitslosigkeit herauslassen, weil sie aus grundsätzlich anderen, nicht wirtschaftlichen Motiven heraus entstanden sind. Es ist einmal die Unauffindbarkeit der Arbeit, also der Zustand, daß anbietende Arbeitskräfte und offene Stellen zur gleichen Zeit vorhanden sind, aber aus irgendwelchen Gründen organisatorisch-technischer Art nicht zusammenfinden können. Die so arbeitslos Bleibenden erleiden dasselbe traurige Schicksal aller übrigen Arbeitslosen; da aber ihrer Entstehung durch mangelhafte Arbeitsmarktorganisation erklärbar ist, bleibt diese Arbeitslosigkeit kein weiteres Problem für den Wirtschaftswissenschaftler und kann deshalb in dieser Arbeit unerörtert bleiben.

---

1) „Arbeit und Beruf" Heft 1 von 1927 S. III.

Die zweite Kategorie, die wir ausscheiden wollen, wird von Kumpmann in seinem Buch: „Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung" als relativer Arbeitsmangel bezeichnet [2]). Es sind damit alle die Fälle gemeint, in denen Unternehmer wohl Nachfrage nach Arbeit haben und diesen Arbeitskraftbedarf auch am Arbeitsmarkt betätigen, aber aus Gründen, die in ihrer Person liegen, also rein subjektiv erfaßbar sind, den Arbeitskraftbedarf durch das am Arbeitsmarkt vorhandene Angebot an Arbeitskräften nicht befriedigen wollen (z. B. Aussperrung). Die auf solche Weise abgelehnten Arbeitskräfte bleiben im Zustand der Arbeitslosigkeit und teilen dasselbe Schicksal der anderen Arbeitslosen — aber auch hier liegt die Ursache der Arbeitslosigkeit offen zu Tage, nämlich im fehlenden Willen des Unternehmers — und bedarf keiner weiteren theoretischen Untersuchung.

Nachdem wir so den Begriff der Arbeitslosigkeit zweckentsprechend umrissen haben, drängt sich uns die Frage nach dem Verhältnis des Begriffes Arbeitslosigkeit zu dem der Arbeitsmarktkrise auf. Decken sich beide Begriffe oder überschneiden sie sich nur? Das letztere ist der Fall. „Mehr-Angebot" am Arbeitsmarkt ist das beiden Begriffen gemeinsam zugrunde liegende Merkmal. Tritt dieses Mehr-angebot von Arbeitskräften in kurzer Zeispanne und großem Ausmaß zu Tage, kurvenbildlich gesehen — schnellt die Arbeitslosenkurve plötzlich und überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Jahren in die Höhe, so bezeichnet man eine — wie eben — charakterisierte Arbeitsmarkkonstellation als Arbeitsmarktkrise. Eine solche Arbeitsmarktkrise haben wir in Deutschland 1925/26 gehabt. (Siehe Tabelle 1 und Blatt 1 wie Blatt 2 im Anhang der Arbeit).

Es wird die Aufgabe dieser Arbeit sein, den Versuch anzustellen, die Ursachen im allgemeinen und besonderen für diese auffallende Erscheinung am Arbeitsmarkt herauszufinden und damit zugleich den Weg zu weisen, wo die Ansatzpunkte zu suchen sind, von denen man ausgehen muß, wenn man diese Arbeitsmarktkrise von ihrer Wurzel an überwinden will.

§ 2.

Allgemeine Ursachenkategorien der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen vor Inangriffnahme unserer Spezialuntersuchung über die Arbeitsmarktkrise von 1925/26 eine ganz allgemeine systematische Untersuchung anstellen, aus welchen großen Verursachungsbewegungen heraus Arbeitslosigkeit überhaupt entstehen kann, welche allgemeinen Ursachenkategorien der Arbeitslosigkeit denkbar sind und im Wirtschaftsablauf auch tatsächlich vorkommen. Wir erhalten damit zugleich ein Rüstzeug, mit dem wir den allgemeinen Charakter der Krise bestimmen können. (Siehe § 8 der Arbeit).

Es seien zunächst zwei dominierende Erscheinungsformen von Arbeitslosigkeit vorangestellt, um in Anschluß daran einige in ihrem Wirkungsgrad schwächere Kategorien kurz zu erörtern.

---

[2]) a. a. O. S. 6.

Allgemein bekannt dürfte die Gegenüberstellung von konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit sein. Wie sind diese beiden Formen von Arbeitslosigkeit begrifflich klar zu erfassen?

Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit ist die natürliche Reflexwirkung einer abfallenden Wirtschaftskonjunkturentwicklung. Sie ist daher eine innerhalb des Wirtschaftsablaufes immer wiederkehrende Erscheinung. In Perioden stagnierender Wirtschaftsverhältnisse tritt sie jedesmal als Rückwirkung solchen Zustandes auf, um nach Ueberwindung der Depression im Fluß der Aufwärtsbewegung zu verschwinden. Als konjunkturbedingte Erscheinung ist diese Arbeitslosigkeit ein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immanentes Charakteristikum, da das Wechselspiel zwischen Hoch- und Tiefkonjunktur, soweit es endogen verursacht wird, aus der kapitalistischen Wirtschaftsführung zu verstehen ist. Welche besonderen Merkmale eigener Färbung trägt denn diese Wirtschaftsweise an sich? Einmal ist es die Dezentralisation des Wirtschaftens in selbständig nebeneinander stehenden Unternehmungen und sodann das Streben nach möglichst hoher Unternehmerrente, also das Erwerbsstreben. Die Dezentralisation versagt den einzelnen Unternehmern den Gesamtüberblick über die Verhältnisse auf den Absatzmärkten. Disparität zwischen Produktionskapazität und Konsumkraft wird häufig die Folge sein mit der Wirkung eines Konjunturwechsels. Und das Erwerbsstreben als Triebfeder wirtschaftlichen Handels der Unternehmer wird die Produktion allzu leicht in Aufschwungsperioden über die Optimalgrenze konsumaler Aufnahmefähigkeit hinaustreiben und dadurch den Stillstand des Aufstiegs vorbereiten [3]). Wie also die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart keine konjunkturlose Wirtschaft ist und sein kann, so kann auch die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in soweit niemals beseitigt, natürlich durch weitschauende Konjunkturpolitik in ihrer Auswirkung gemildert werden. Aber dann bedeutet doch diese Politik eben nur eine ausgleichende Gegenmaßnahme gegen eine tatsächlich wirkende Erscheinung.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit — um das vorwegzunehmen — ist keine immer wiederkehrende Erscheinung als Fortsetzungswirkung rhytmischer Ablaufbewegungen im Wirtschaftsprozeß. Wir müssen zum Verständnis den anderem Gebiet entlehnten Begriff der Struktur in unseren Vorstellungskreis hinübernehmen und sinngemäß modifizieren. Die Struktur ist ein Gefüge, dessen Teile in ihrer Verhältnismäßigkeit und Zusammensetzung ein haltbares Ganze bilden. Strukturveränderungen schaffen andere Verhältnisse in der Lagerung der Glieder zueinander; sie können die Haltbarkeit, die Festigkeit des Ganzen erhöhen, aber auch Störungen verursachen, die das Gefüge lockern und schwankend machen.

---

[3]) Ob in einer nach dem Bedarfsdeckungsprinzip orientierten Wirtschaft — also einer sozialistischen Wirtschaftsordnung — Konjunkturausschläge und somit konjunkturelle Arbeitslosigkeit ausbleiben werden, ist in diesem Zusammenhang nicht weiter zu untersuchen. Jeder kann sich im Anschauungsunterricht über russische Wirtschaftsverhältnisse selber die Antwort geben.

Auch die Wirtschaft als Ganzes ist ein Gefüge eben gekennzeichneter Art. Eine Verhältnismäßigkeit und Ausgeglichenheit wie in den Teilen einer „structura" findet sich auch in den Elementen und Kräften eines Wirtschaftsorganismus. Da nun dieser Organismus ein lebendiges Gebilde darstellt, an dem immerwährend, nie stillstehend die Grundelemente bauen und umformen, so ist die Struktur der Wirtschaft dauernden Verschiebungen ausgesetzt, bekommt im Laufe der Zeit einen anderen Charakter. Denken wir nur an die deutsche Wirtschaft vor einigen Jahrzehnten und die der Gegenwart. Damals eine freie, fast ungebundene Wirtschaft, die weder vom Staat, noch anderen beeinflussenden Institutionen bestimmt und kontrolliert wurde. Heute eine Wirtschaft, die — man kann ruhig sagen — in vielen Teilen sozialisiert ist, im Sinn einer planmäßig betriebenen und kontrollierten Volkswirtschaft[4]). Das wäre z. B. eine solche Strukturänderung der Wirtschaft — andere Kräfte sind heute bestimmend als dazumal. Diese kontinuierlichen Veränderungen haben dynamischen Charakter. Sie sind mehr oder weniger notwendige Entwicklungsfaktoren, die allmählich und ohne große Störungswirkungen auftreten, sogar häufig die Energetik der Wirtschaft fördern. Es können im Rahmen solcher Umwandlungsprozesse wohl auch Störungen vorkommen, die sich auf den Arbeitsmarkt übertragen, doch werden sie temporärer Natur sein und im allgemeinen nur Teilerscheinungen auf bestimmten Wirtschaftsgebieten und Spezialmärkten. Bei so entstandener Arbeitslosigkeit kann man wohl auch von struktureller Arbeitslosigkeit sprechen, eben weil die Strukturveränderungen Ursachenträger für ihr Auftreten waren.

Im allgemeinen denkt man aber an eine anders verursachte und geartete Arbeitslosigkeit, wenn man sie mit dem Wort „strukturelle" belegt. Denn die ebengenannte Art bildet wegen ihrer Kurzfristigkeit kein ausgesprochen schwieriges Problem der erkennenden Wirtschaftswissenschaft und ausführenden Wirtschaftspolitik — was aber gerade für die nun zu kennzeichnende strukturelle Arbeitslosigkeit in verstärktem Maße zutrifft.

Diese strukturelle Arbeitslosigkeit ist auch — begrifflich selbstverständlich — bedingt durch Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Doch im Gegensatz zu der vorher erörterten sind diese Strukturverschiebungen nicht Energien, die entwicklungstechnisches Wesen im Sinne einer gleichmäßig fortschreitenden und umformenden Bewegung in sich tragen und durch ihr Wirken die Wirtschaft anpassungs- und resorptionsfähiger gestalten, so daß die in solchem Prozeß auftretenden Störungen schnell wieder verschwinden. Sondern diese Strukturveränderungen sind plötzliche, mit Wucht und Intensität und meist in engbegrenzter Zeitspanne hervortretende Kräftebewegungen, die das harmonisch eingespielte Kräftesystem der Wirtschaft — eben ihre Struktur — von Grund auf aufrütteln und zerstören. Diese Revolution im Wirtschaftskörper kann nicht

[4]) Der Verfasser erinnert an die gesetzlich begründeten Zwangssyndikate in der Kohlen- und Kaliwirtschaft, wie an die staatlichem Einfluß Raum gebende Kartellgesetzgebung, die im Sinn sozialistischer Bestrebungen das Kosumenteninteresse in den Vordergrund rückt und schützen möchte.

ohne Folgen für den Arbeitsmarkt bleiben. Es wird eine mehr oder weniger großeAnzahl von Arbeitskräften vorab kein Betätigungsfeld mehr haben und finden, bis die Zerstörungen im Bau des Wirtschaftskörpers wettgemacht und alle Teile und Kräfte in ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht gebracht sind. Die Arbeitslosigkeit, die auf eben geschilderte Weise entstanden ist und der Natur der Dinge entsprechend im allgemeinen chronischen Charakter annimmt, ist in erster Linie als strukturelle Arbeitslosigkeit zu bezeichnen. Zerstörungskräfte, die solche Arbeitslosigkeit bewirken, sind mannigfach vorhanden. Als typische Beispiele dafür wären zu nennen: Krieg, Revolution, Inflation, verheerende Naturkatastrophen u. a. m.

Wir haben aus den vorhergehenden Erörterungen bereits jetzt einen Anhaltspunkt gefunden für eine weitere Unterscheidung in unserer Systematik der Arbeitslosigkeit. Man spricht von endogen und exogen verursachter struktureller Arbeitslosigkeit, bezieht diese Differenzierung also nur auf die strukturelle Arbeitslosigkeit. Wir können jetzt kurz sagen und hinweisen, daß die erst charakterisierte strukturelle Arbeitslosigkeit aus endogenen Verumständungen entstanden ist; denn endogener Natur sind alle die verursachenden Bewegungen in der Richtung einer Strukturveränderung, die dem Wesen der Wirtschaft durchaus angepaßt sind und wirtschaftsdynamischen Charakter tragen, z. B. eine ständige Bevölkerungsvermehrung oder der Rationalisierungsprozeß als normaler Vorgang in der wirtschaftlichen Entwicklungsbahn. Hierbei vorübergehend auftretende Arbeitslosigkeit wird infolge der starken Resorptionsfähigkeit der Wirtschaft bald verschwinden.

Die exogen verursachte strukturelle Arbeitslosigkeit ist Ergebnis der vorhin geschilderten wirtschaftsfeindlichen Kräftebewegungen, die Umformungen in der Wirtschaft bewirken.

Im Zusammenhang dieser Gegenüberstellung der verschiedenen Arten von Arbeitslosigkeit sei noch kurz zu einer Systematisierung von Dr. Willeke [5]) Stellung genommen, die ebenfalls das Institut für Konjunkturforschung vertritt [6]).Er unterscheidet zwischen struktureller und exogener Arbeitslosigkeit. Der Verfasser kann hier nicht recht das Unterscheidungsprinzip erkennen. Man hat es m. E. — bildlich gesprochen — mit zwei sich schneidenden Kreisen zu tun, die nicht ganz zusammenfallen, aber auch nicht auseinanderzubringen sind, um sie isoliert einander gegenüber zu stellen.

Eine strukturelle Arbeitslosigkeit kann — wie wir sahen — endogen oder exogen verursacht sein. Und exogene Arbeitslosigkeit kann, ja wird sogar allermeist gleichzeitig strukturell sein. Es ist einfach so, daß hier im Ablauf der Kausalkette in zeitlicher Folge ein exogener Faktor die Anstoßungsursache wird für eine Strukturveränderung, die eben ihrerseits Arbeitslosigkeit auslöst. Die Begiffe exogen und strukturell bilden demnach nur verschiedene Glieder in ein und derselben Kausalkette und

---

[5]) Reichsarbeitsblatt Nr. 24 von 1927 S. 310.

[6]) Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung Heft 2 von 1926 S. 49.

können deshalb nicht als sich ausschließende Begriffe getrennt gegenübergestellt werden.

Strukturell und konjukturell, exogen und endogen — das sind mögliche und logisch richtige Unterscheidungen.

Wir knüpfen nun noch die restlichen, weniger wichtigen Erscheinungsformen der Arbeitslosigkeit an und benennen sie mit den allgemein üblichen Bezeichnungen als „Saisonarbeitslosigkeit und absolute Mindestarbeitslosigkeit".

Die Saisonarbeitslosigkeit entsteht — wie der Name sagt, einmal aus den jahreszeitlichen Schwankungen bei der Bedarfsdeckung, die sich auf die Produktion und den Arbeitskraftbedarf übertragen, ist sodann auch häufig Wirkung produktionstechnischer Begebenheiten (z. B. im Baugewerbe). Sie ist eine mechanisch an den Wechsel der Jahreszeiten gebundene Erscheinung, die in jedem nur denkbaren Wirtschaftssystem wiederkehren muß.

Die absolute Mindestarbeitslosigkeit ist die Arbeitslosigkeit, die aus den dauernden Bewegungen und Verschiebungen am Arbeitsmarkt resultiert. Solche Arbeitslosigkeit ist nur eine durch die Zahl abstrakt erfaßbare Erscheinung, die nicht konkretisierbar ist zu einer sozial festzustellenden Gestaltungsform. Die Individuen, die in ihrer zahlenmäßigen Summierung diese Erscheinungsform der Arbeitslosigkeit zu thoretischer Erkennbarung bringen, sind ständig wechselnde Personen. Sie lösen einander ab — was in dieser Bewegung als ziemlich stabile Konstante bleibt, ist die abstrakte Zahl, die Mindestzahl von persönlich nicht bestimmbaren Arbeitslosen. Niemals wird der Arbeitsmarkt im statischen Zustand die gleichen Verhältnisse bei zeitlich verschiedenen Bestandsaufnahmen aufweisen. Immer kommen Stellenwechsel vor, die Arbeitskraftbedarf auf der einen und — Angebot auf der andren Seite neu schaffen. Solches neu entstandene Arbeitsangebot ist — subjektiv gesehen — Arbeitslosigkeit, zur sogenannten Mindestarbeitslosigkeit zu rechnen [7]). Meist erfolgt ein Stellenwechsel erst dann, wenn vor Ausscheidung aus der alten Stelle eine neue sicher in Aussicht steht. Aber es bleiben noch genügend Fälle übrig, bei denen die Verhältnisse nicht so günstig liegen, der Ausgeschiedene oder Gekündigte eine neue Stelle suchen muß und erst — wenn überhaupt — nach längerer Zeit finden wird. Die zwischenzeitliche Beschäftigungslosigkeit rechnet zu der absoluten Mindestarbeitslosigkeit, aber natürlich nur in soweit sie aus der normalen Fluktuation erklärbar ist, also nicht dann, wenn sie konjunkturell oder strukturell bedingt wurde. Man kann ohne Bedenken diese Kategorie als eine ewige Kategorie hinstellen. Stellenwechsel werden immer bleiben und deshalb auch die damit verbundene vorübergehende Arbeitslosigkeit. Theoretisch kann man wohl eine Arbeitsmarktorganisation konstruieren, die durch schärfste zentralistische Gestaltung einen lückenlosen Gesamtüberblick über die Bewegungen der Arbeitskräfte hat.

---

[7]) Ihr entspricht eine absolute Mindestzahl von freien Arbeitsstellen, die uns hier aber weiter nicht interessieren kann.

Sie würde dann ausscheidende Arbeitskräfte sofort in freie Stellen überführen, andererseits die entstandene Lücke durch vorhandenes Arbeitsangebot ausfüllen. Solche theoretische Konstruktion hat aber höchstens als Idealbild eine gewisse Bedeutung für die Praxis, die versuchen soll, die Arbeitsmarktorganisation immer mehr solchem Idealtypus anzunähern. Eine völlige Realisierung wird aber bei unserer komplizierten Marktgestaltung nicht möglich sein. Und deshalb wird auch stets ein entsprechender Rest der geschilderten Art von absoluter Mindestarbeitslosigkeit übrig bleiben.

Die beiden letzt erörterten Unterscheidungsformen von Arbeitslosigkeit bleiben im weiteren Verlauf unserer Bearbeitung aus der Diskussion, sollten nur aus rein systematischen Gesichtspunkten hier mit genannt werden.

Inwieweit nun die Haupterscheinungsform — die konjunkturelle und und die strukturelle Arbeitslosigkeit oder eine von ihnen — die wesentliche Rolle in dieser Arbeit übernehmen, muß die nähere Untersuchung der Krise von 1925/26 als beantwortendes Ergebnis liefern.

Zur Uebersicht seien die verschiedenen Erscheinungsformen von Arbeitslosigkeit noch einmal in einer Systematik zusammengestellt:

I. Periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit.
   1) regelmäßig als mechanische Erscheinung — die Saisonarbeitslosigkeit.
   2) unregelmäßig als rythmisch auftretende Erscheinung — die konjunkturelle Arbeitslosigkeit.

II. Periodenlos auftretende — strukturell bedingte Arbeitslosigkeit
   1) Endogen ausgelöste Arbeitslosigkeit
   2) Exogen ausgelöste Arbeitslosigkeit.

III. Immer vorhandene Arbeitslosigkeit — die absolute Mindestarbeitslosigkeit.

Kapitel II.

Der Verlauf der Krise.

§ 3

Der Verlauf der Krise in Deutschland in statistischer und graphischer Darstellung nebst Texterläuterung.

Zweck und Aufgabe der beiden folgenden Kapitel wird es sein, die eben theoretisch gewonnenen allgemeinen Begriffsdarstellungen über die Arbeitslosigkeit als solche an die Spezialuntersuchung der zeitlich bestimmten Arbeitslosigkeit 1925/26 heranzubringen und die notwendigen Folgerungen aus solchem Vergleich zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen ergeben dann ohne weiteres die Antwort auf die Frage nach der Eigenart, der Beschaffenheit der Arbeitsmarktkrise von 1925/26. Ist sie eine konjunkturell oder strukturell bedingte Krise oder haben vielleicht beide Ursachen-Kategorien vereint die Krise zur Auslösung gebracht? (Siehe unten § 8.)

An Hand der im Anhang beigefügten Tabelle I, die den Krisenverlauf auf dem deutschen Arbeitsmarkt 1925/26 in graphischer Darstellung zur Anschauung bringt, wollen wir ganz allgemein aus den verschiedenen sich uns darbietenden Kurvenbildern Rückschlüsse ziehen, die uns als Anhaltspunkte für unsere Diagnose der Krise auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt dienen können.

Die Krise auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt resultiert ja lediglich aus den Krisenerscheinungen, die auf den Spezialarbeitsmärkten hervorgetreten sind. Deshalb müssen wir von hier aus Material zusammentragen, um Symptome für die Entstehung dieser Krise überhaupt herauszufinden. Die stark hervortretende Kurve (durchgezeichnet) in unserm Schaubild (Tab. I) deutet die Kurve auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt an, der also unseren Untersuchungen zu Grunde liegt. Die andern verschieden gezeichneten Linien stellen die Kurven der Arbeitslosenziffern in den verschiedenen genannten Gewerben dar. Zwei hervortretende Merkmale in der Gesamtgestaltung des Diagramms sind ohne weiteres ersichtlich: Die um die Jahreswende 1925/26 einheitlich nach oben gehende Richtungsbewegung aller Kurven und sodann die großen Abweichungen im Verlauf der Kurven untereinander. Die Konsequenzen dieser beiden Tatsachenfeststellungen ergeben sich von selbst. Die einheitliche Richtungsbewegung der Kurven beweist den umfassenden Charakter der Krise um die Wende 1925/26 [8]). Alle Zweige der Wirtschaft wurden damals von ihr betroffen, mußten in derselben Zeitperiode eine Anzahl von Arbeitskräften entlassen. Der Verfasser bemerkt schon hier: der allgemeine Duchbruch der Krise könnte möglicherweise symptomatisch zu werten sein,

d. h. erkennen lassen, daß die Krise mehr eine strukturell bedingte gewesen ist, da Konjunkturen und mit ihr verbundene Arbeitsmarktkrisen erfahrungsgemäß die Zweige der Wirtschaft nacheinander erfassen und nicht in so momentaner Plötzlichkeit alle zusammen. Mehr kann der Verfasser an dieser Stelle über den tatsächlichen Grundcharakter der Krise nicht aussagen.

Die zweite vorhin erwähnte Tatsachenerscheinung, daß erhebliche Distanzen der Linienverläufe sichtbar sind, legt die Frage nahe, ob die Abweichungen durch grundsätzlich verschiedene Ursachenfaktoren der Krise oder nur durch eine verschiedene Wirkungsstärke gleicher Auslösungsmomente hervorgerufen sind. Wir entnehmen dem einheitlichen Charakter in der Richtungsbewegung der einzelnen Kurven die Feststellung der Einheitskrise der gesamten Wirtschaft; wir können dem noch eine weitere — zunächst nur hypothetisch zu wertende — Konsequenz anschließen und sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ganz allgemeine gleiche Ursachenträger am Werke waren, die Krise zu entfachen. In allen Gewerben werden die gleichen Störungsursachen aufgetreten sein, so daß demzufolge der einheitliche Durchbruch der Krise kommen mußte. Wenn diese Annahme durch unsere folgenden Untersuchungen bewiesen werden kann, so beantwortet sich die alternative Frage von selbst — es sind dann die Abweichungen der Kurvenläufe Ausdrucksmittel für einen verschiedenen Wirkungsgrad in der Stärke der aufgetretenen Ursachen.

Wir wollen nun an Hand der graphischen Darstellung (Tab. I) die einzelnen Kurven der Arbeitslosenziffer näher betrachten und notwendige Feststellungen herausheben:

---

[8]) Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitslosigkeit Mitte September/Oktober 1925 darauf hindeutet, daß die damalige Arbeitslosigkeit zu einem Teil auch Saisonarbeitslosigkeit gewesen ist, diese aber nicht die Wesensursache der Arbeitslosigkeitskrise ausmachte. Ein Vergleich mit normalen Wintermonaten würde das bestätigen; für das Baugewerbe hat der Verfasser es getan (vergl. Anmerkung 9 der Arbeit).

Außerdem würde wohl eine graphische Darstellung der Wintersaisonarbeitslosigkeit allein in den in Tabelle 1 angeführten Gewerben nicht nur ein in den Kurvenhöhen erniedrigtes Abbild der Tabelle 1 geben, sondern uns eine wesentlich andere Struktur vor Augen führen — der Art, daß die Kurven mancher Gewerbe in den Wintermonaten ansteigen, z. B. im Baugewerbe, Holzgewerbe, diejenigen anderer abfallen, also zunehmenden Beschäftigungsgrad anzeigen, z. B. im Bekleidungsgewerbe, vielleicht auch in der Genußmittelindustrie. Die Wintermonate haben also unter normalen Umständen auf den Beschäftigungsgrad in den verschiedenen Gewerben sehr verschiedenen Einfluß.

Die einheitliche Richtungsbewegung der Kurven in der Tabelle 1 deutet deshalb auf Ursachen hin, die den saisonmäßigen Einfluß überwiegen.

Die steilste Kurve weist das Baugewerbe auf. Als typischer Repräsentant der Saisongewerbe ist bei ihm in den Wintermonaten 1925/26 ein verhältnismäßig hoher Bruchteil der gesamten Arbeitslosigkeit als Saisonarbeitslosigkeit zu werten. Sie interessiert uns aber weiter nicht. Der saisonmäßige Einfluß allein kann uns auch de überragende Kurve im Baugewerbe nicht vollends erklären, weil ein Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Jahren eine weit geringere Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu Tage treten läßt [9]). Der kausal nicht aufgelöste Restbestand von Arbeitslosigkeit muß demnach anderen Ursachen zugerechnet werden.

Während in der Vorkriegszeit der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe in allgemeinen Depressionsperioden der Wirtschaft stark in die Höhe ging (vergl. dazu „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" H. II von 1926 S. 36 f.), wandelte sich die Gegenläufigkeit der Bewegungen in der Nachkriegszeit in eine Gleichläufigkeit um — die Richtungsbewegung in der Bauwirtschaft läuft mt der allgemeinen Wirtschaftsbewegung parallel. Wenn man nach einer Erklärung für diesen auffallenden Wandlungsprozeß sucht, so wird man sie wohl in den veränderten Verhältnissen am Kapitalmarkt zu suchen haben, an dem langfristig gegebene Baugelder weit schwerer zu haben waren als früher. Die Inflation hatte die Hauptträger der Kapitalbildung — den Mittelstand — der Mittel beraubt, die als Kapitalanlagen zu großen Teilen dem Baumarkt zugute kamen, und zwar besonders in Depressionsphasen der Wirtschaft. Die Geldgeber nahmen in solcher Zeit gerne ihr Geld aus den schwankenden Dividenden-Papieren heraus, um es in den festverzinslichen Werten der Pfandbriefe anzulegen, die den Hypothekenbanken oder ähnlichen Kreditinstituten die Mittel für Hypothekarkredit in die Hand gaben. Der durch die Inflation zum großen Teil stark beeinträchtigte Kapitalmarkt gestaltete auch in der Krisenperiode 1925/26 kein sehr erhebliches Abströmen der Gelder vom Aktien- zum Hypothekenmarkt. Die Knappheit langfristiger Kapitalien drückt sich in dem Zinssatz für langfristige Kredite aus. Die Nettokosten bei Hypotheken betrugen noch Oktober 1925 rund 16 %, verringerten sich bis März 1926 auf 12 % (gegenüber $4^1/_2$ bis $4^3/_4$ vor dem Kriege) [10]).

Die Kapitalverknappung in Deutschland bewirkte das Fehlen des wohltätigen ausgleichenden Einflusses, den die Bauwirtschaft früher auf die Konjunkturgestaltung ausübte.

Der eben erwähnte hohe Kostensatz bei Hypothekarkredit [11]) in Verbindung mit dem hohen Baukosteninder (Vergl. spätere Aufstellung dar-

---

[9]) Im Winter 1924/25 war die Zahl der Arbeitslosen i. v. H. der Arbeiterfachverbände im Höchststand 22 %, 1926/27 42 % gegenüber 51,5 % 1925/26. (Vergl. die Kurve in „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" v. 1927 Heft 1 S. 58).

[10]) Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung nach Angaben einer Hypothekenbank.

[11]) Hauszinssteuerhypotheken sind allerdings bedeutend billiger, konnten aber nicht den hohen Satz privater Hypotheken niederdrücken — ein Beweis für die trotzdem anhaltende Kapitalverknappung.

über S. 21) verursachte eine entsprechend geringere Rentabilität im Baugewerbe, da die Zwangsbewirtschaftung in der Wohnungsproduktion keine den erhöhten Kosten angepaßte Steigerung der Wohnungspreise zugestand. Diese Einschmierung der Gewinnchancen, das Verschwinden der die Schwungkraft der Unternehmer auslösenden Spannung zwischen Erlös und Kosten: das ist wohl auch ein Hauptumstand, der trotz des ungeheuren Wohnungsbedarfes die Tätigkeit des privaten Bauunternehmertums so sehr herabgedrückt hat, so daß ein erheblicher Ausfall an Nachfrage nach Bauarbeitern eintreten mußte.

Die bisherigen Erörterungen sagen nur etwas über die allgemeinen Faktoren aus, die im Baugewerbe ganz allgemein ungünstige Verhältnisse hervorgerufen haben: Kapitalknappheit, hohe Produktionskosten, fehlender Unternehmerwille. Es fehlt aber noch die Erklärung für den plötzlichen Durchbruch der Krise 1925/26. Es muß doch ein spezielles Auslösungsmoment dafür vorhanden gewesen sein.

So merkwürdig das klingen mag, aber Zahlen bestätigen es: die kommunale und staatliche Baupolitik trägt die Mitverantwortung der Krise im Baugewerbe 1925/26. Sie hätte in der zeitlichen Verteilung der Bauaufträge andere Wege einschlagen müssen, hätte versuchen müssen, soweit als möglich, das Fehlen der ausgleichenden Bewegung in freier Wirtschaft durch staatliche Ausgleichspolitik zu ersetzen, wie es ja bereits 1926/27 im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung geschehen ist. (Siehe § 10 der Arbeit.)

Statt dessen müssen wir feststellen, daß in der Zeit allgemeiner Hochspannung die Ziffern für Baugenehmigungen im Steigen begriffen sind, in der Krise periodisch stark absinken [12]):

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude in 70 Gemeinden von über 50 000 Einwohnern.

	1925	1926
Januar	789	564
Februar	829	634
März	994	998
April	893	1124
Mai	1417	1436
Juni	1397	1552
Juli	1111	
August	1049	
September	883	
Oktober	981	
November	611	
Dezember	513	

Im Vergleich zum Vorjahre sind die Baugenehmigungen in den Wintermonaten weit geringer; desgleichen die für den Holzbedarf symptomatischen Ziffern der beiden folgenden Tabellen:

---

[12]) folgende 4 Tabellen aus „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ Heft 2 v. 1926 S. 38.

Mehr-Einfuhr von Bau- und Nutzholz in 1000 t

	1925	1926
Januar	452	343
Februar	402	359
März	390	198
April	406	255
Mai	449	253
Juni	652	312
Juli	745	
August	637	
September	568	
Oktober	565	
November	585	
Dezember	332	

Holztransport auf der Reichsbahn in 1000 t (Schnitt- und Rundholz).

	1925	1926
Januar	998	537
Februar	1037	594
März	1172	776
April	1045	735
Mai	1294	868
Juni	1150	
Juli	1192	
August	893	
September	873	
Oktober	823	
November	661	
Dezember	542	

Aus dieser Entwicklung der Ziffernreihen erklärt sich dann auch die nach unten gerichtete Bewegung im Index der Baukosten in der Krisenperiode:

Index der Baukosten
1913 = 100

	1925	1926
Januar	168,1	164,6
Februar	172,4	160,5
März	176,7	160,0
April	175,6	159,4
Mai	162,4	158,1
Juni	164,6	157,2
Juli	166,6	157,9
August	165,6	
September	169,3	
Oktober	167,9	
November	166,4	
Dezember	165,8	

Der beträchtlichen Senkung aller Ziffern der Bauwirtschaft entspricht das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 1925/26. Die Kausalreihe ist lückenlos — die geringe Zahl der Baugenehmigungen mußte sich automatisch in entsprechender Anspannung am Arbeitsmarkt des Baugewerbes auswirken.

Als Annex des Baugewerbes kann man das Holzgewerbe ansehen, das deshalb auch hinsichtlich des Beschäftigungsgrades in hohem Maße den Bewegungsschwankungen im Baugewerbe unterworfen war, und wie dieses eine steile Arbeitslosenkurve aufwies. Das Baugewerbe absorbiert nach aufgestellten Berechnungen von Endres [13]) durchschnittlich 52,8 % des Nutzholzbedarfes. Die überdurchschnittliche Steigerung der Kurve in unserer graphischen Darstellung bei diesem Gewerbe kann daher nur das behauptete Abhängigkeitsverhältnis zwischen Bau- und Holzgewerbe bestätigen. (Vergl. auch die obigen Zahlen über Mehreinfuhr von Bau- und Nutzholz und die Ziffer über Holztransport auf der Reichsbahn).

Im folgenden werden wir absichtlich drei Gruppen als repräsentative Bestandteile der Verbrauchsgüterindustrie zusammennehmen — das Bekleidungsgewerbe, die Lederindustrie und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Wohlergehen oder Stillstand sind bei diesen ausgesprochenen Konsumindustrieen Funktionen der Kaufkraft letzter Konsumenten. Umsatzrückgänge in diesen Gewerben sind beweiskräftige Ausdrucksmittel für einen Rückgang von Realeinkommen der Konsumenten. Sehen wir uns einmal Umsatzstatistiken dieser Gewerbe an, zunächst beim Bekleidungsgewerbe und bei der Lederindustrie:

Umsatzwerte in v. H. des Umsatzes im gleichen Monat des Vorjahres: (Im Bekleidungsgewerbe des Einzelhandels Westdeutschlands [14]).

1925

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
152.8	122.6	113.2	117.8	121.7	104.6	111.5	107.9	116.5	98.2	97.0	100.6
1926											
96.4	88.6	112.6	81.1	82.4	105.8						

Umsatzwerte in v. H. des Umsatzes im gleichen Monat des Vorjahres. (In der Lederindustrie des Einzelhandels Westdeutschlands [14]).

1925

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
176.1	116.1	136.4	126 1	134.0	77.1	153.1	165.1	131.0	98.6	99 8	117.7
1926											
98.7	83.9	104.8	84.3	85.0	101.2						

---

[13]) Handbuch der Forstpolitik 1922 S. 585.

[14]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 S. 28.

Vom Oktober 1925 bis zum Frühjahr 1926 sind anhaltende Monatsrückgänge bemerkbar.

Beim Nahrungsmittelgewerbe allein ausschließlich der Genußmittel finden wir folgende Bewegung [14]).

Umsatzwerte in v. H. des Umsatzes im gleichen Monat des Vorjahres.

1925

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Edeka-Verband Reichsgebiet	119.8	111.4	114.7	105.1	125.6	171.7	136.1	124.7	128.1	111.5	117.3	120.7
G. E. G. [15]) Reichsgebiet	116.9	111.4	105.2	109.5	127.4	191.0	184.6	143.5	150.5	123.2	146.6	148.4
Ztr. v. d. Konf.-V. [16]) Reichsgebiet	130.1	127.0	123.5	111.3	122.3	115.6	127.4	123.3	127.0	116.6	117.2	118.1

1926

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Edeka-Verband Reichsgebiet	105.4	110.0	124.1	114.5	114.1	115.8
G. E. G. [15]) Reichsgebiet	129.4	141.8	144.2	128.9	135.1	137.0
Ztr. v. d. Konf.-V. [16]) Reichsgebiet	120.4	116.5	121.4	107.9	116.0	123.6

Wir erkennen sofort die verschiedenen Tendenzen in beiden Gewerben. Während im Bekleidungsgewerbe und in der Lederindustrie Umsatzreduktionen statthaben, hat der Nahrungsmittelverbrauch keinerlei Einschränkungen aufzuweisen, ja er ist sogar gestiegen gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres.

Die Annahme einer Minderung der Realeinkommen, die aus dem Umsatzrückgang im Bekleidungsgewerbe und der Lederindustrie resultiert, wird durch den Gleichverbrauch an Nahrungsmitteln nicht negiert. Sondern die praktischen Vorgänge sind ein Beleg für die Wahrheit der Theorie der Grenznutzler, daß das notwendigste und dringendste Bedürfnis an erster Stelle befriedigt werden muß. Hierher gehört unzweifelhaft das Nahrungsbedürfnis. Die Ausgaben zu seiner Befriedigung werden die geringste Minderung erfahren, wenn das Realeinkommen zurückgeht. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ist eine fast konstante Größe, während der Bedarf nach allen andern Gütern mehr oder weniger elastisch ist und eine entsprechende Ausweitung oder Kontraktion erfahren kann. Selbst ein so notwendiger Existenzbedarf wie der Bekleidungsbedarf ist im Vergleich zum Nahrungsbedarf ein elastischer, der in Zeiten

[15]) Groß-Einkaufsgenossenschat deutscher Konsumvereine.
[16]) Zentralverband deutscher Konsumvereine.

geringerer Einkommen eine Einschränkung zuläßt; denn es kann wohl jemand einen Anzug oder ein Paar Stiefel in „schlechten Zeiten" länger tragen oder seine Ansprüche auf derartige Dinge in qualitativer Hinsicht zurückschrauben — er kann aber weder das eine noch das andere bei den Nahrungsmitteln, höchstens auf Kosten seiner Gesundheit. Die Kriegserfahrungen haben uns ja in dieser Beziehung praktisch belehrt, wie eine Reduktion in Quantität und Qualität der Nahrungsmittel schwächend auf den menschlichen Körper einwirkt. Gewisse Mengen lebensnotwendiger Stoffe muß der Mensch dem Körper zuführen, eine Surrogierung durch minderwertige Produkte kann auf die Dauer nicht stattfinden.

Wenn wir nun unser Schaubild daraufhin ansehen und prüfen, ob und wie weit die statistisch festgelegten Tatsachen und die durch unsere Ueberlegungen gewonnenen Ergebnisse mit den Kurvenverläufen der drei in Frage kommenden Gewerbezweige übereinstimmen, müssen wir zunächst feststellen, daß der Umsatzrückgang im Bekleidungsgewerbe und der Lederindustrie in hoher Arbeitslosenziffer wiedergespiegelt wird, daß die Arbeitslosigkeit im Nahrungsmittelgewerbe demgegenüber weit zurückbleibt. Aber da wir den Nahrungsbedarf als relativ konstant ansehen mußten, da ferner die Umsatzstatistik diese Konstanz bewies, so bleibt die — wenn auch geringere Arbeitslosigkeit gegenüber den beiden anderen Gewerbezweigen zunächst noch ungeklärt. Wir haben bei der bisherigen Untersuchung das Genußmittelgewerbe herausgenommen, um dadurch eine Vergleichbarkeit der drei Gewerbe zu erzielen. Die von der Statistik vorgenommene Zusammenfassung von Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu einer einheitlichen Rubrik begründet eine Fehlerquelle, durch die solche Divergenzen, wie wir sie eben konstatieren konnten, entstehen. Es werden hier zwei Gütergruppen zusammengewürfelt, die, bedarfstechnisch gesehen, extreme Pole darstellen. Die Nahrungsmittel sind Notwendigkeiten, die Genußmittel Ueberflüssigkeiten. In einer nach dem Schema der Grenznutzentheoretiker gebildeten Rangordnung der Güter nach ihrer Bedeutung hinsichtlich des Bedarfes könnten die beiden Güterarten an erster und letzter Stelle rangieren, so daß eine ganze Skala anderer Güter dazwischen läge.

Dieser zunächst rein theoretisch festgestellte Unterschied ist aber auch praktisch zur Auswirkung gelangt und in dem verschiedenen Verzehr dieser extremen Güterarten zahlenmäßig offenbar geworden. Während nach unserer früheren Feststellung der Nahrungsmittelverbrauch in den Monaten der Krisenperiode 1925/26 stabil blieb, kann man beim Genußmittelverbrauch in derselben Zeit erhebliche Einschränkungen beobachten [17]. Das zeigen deutlich Angaben aus einer Verbrauchssteuerstatistik über den Bier-, Zucker- und Tabakverbrauch [18].

[17]) Man muß allerdings bei dem Rückgang im Verbrauch dieser Güterarten berücksichtigen, daß Saisonschwankungen (so besonders beim Bierverbrauch) wie auch Veränderungen in der Besteuerung einen Einfluß mit ausüben.

[18]) Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung H. 4 v. 1926, Heft 1 v. 1927.

Bierverbrauch in 1000 hl [19]).

	1924	1925	1926
1. Vierteljahr	5 502	8 386	9 677
2. Vierteljahr	9 518	12 398	11 922
3. Vierteljahr	10 287	13 478	13 868
4. Vierteljahr	8 301	9 914	10 985

Das Institut für Konjunkturforschung bemerkt zu den Ziffern für 1924, „daß infolge des Ruhreinbruchs und der Besetzung die Angaben verschiedener Landesfinanzämter für das Jahr 1924 unvollständig sind". — Also Vergleiche mit den Jahresziffern für 1925 und 1926 sind kaum möglich, um den saisonmäßigen Einfluß zu erkennen.

Zuckerverbrauch (gleicher Monat des Vorjahres = 100) [20])[21]).

	1925	1926
Januar	214,8	97,8
Februar	181,0	97,8
März	136,1	104,5
April	130,6	105,6
Mai	170,4	113,7
Juni	233,5	99,4
Juli	146,9	100,3
August	107,8	103,9
September	147,7	105,4
Oktober	97,8	107,2
November	92,6	106,4
Dezember	94,4	110,9

Tabakverbrauch. [22])

	Verbrauchsmengen in Milliarden St.		Aufwand in Millionen RM für		Gesamtaufwand in Millionen
	Zigaretten	Zigarren	Zigaretten	Zigarren	
1. Vierteljahr 1925	6.94	1.35	261	178	439
2. „ „	8.30	1.47	315	200	515
3. „ „	12.56	1.58	446	211	647
4. „ „	3.58	1.60	178	226	404
1. Vierteljahr 1926	6.06	1.10	276	142	418
2. „ „	7.47	1.32	331	173	504
3. „ „	7.70	1.49	343	195	538
4. „ „	7.21	1.77	327	241	568

---

[19]) Das Institut für Konjunkturforschung weist beim Bierverbrauch darauf hin, daß z. B. im zweiten Vierteljahr 1926 der Bierverbrauch geringer war, als im gleichen wärmeren Vierteljahr 1925.

Die Gegensätzlichkeit im Verbrauch und Umsatz bei Nahrungs- und Genußmitteln muß auch in konträrer Produktion und Beschäftigungsbewegung in den entsprechenden Gewerben in Erscheinung treten. Kombiniert man nun derartig wesensverschiedene Größen — wie hier in der Arbeitslosenstatistik geschehen — so muß sich daraus unweigerlich ein schiefes Bild ergeben, das von der Wirklichkeit merklich abweicht. In der verhältnismäßig hohen Arbeitslosenkurve im Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbe steckt die stark auftreibende Kompotente aus dem Genußmittelgewerbe. Würde man den Beschäftigungsgrad im Nahrungsmittelgewerbe allein registriert haben, so würde die Kurve sicherlich weit flacher verlaufen und mit unseren früheren Ergebnissen besser harmonieren.

Der Restbestand von Arbeitslosigkeit im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist wohl dann noch in der Hauptsache auf die rückgängige Ausfuhr von Lebensmitteln zurückzuführen, die eine Produktionsminderung in den betreffenden Gewerben zur Folge haben mußte. Der nur sehr geringe Ausfuhrrückgang von 1925/26 an Lebensmitteln und Getränken (403,1 Millionen auf 392,6 Millionen in Vorkriegswerten)[23]) bietet natürlich keine nennenswerte Handhabe zur Erklärung für obige Behauptung.

---

[20]) Zucker ist teilweise als Genußmittel anzusehen, so als Zutat in der Süßwarenindustrie (Schokolade usw.)

[21]) Hierzu bemerkt das Institut für Konjunkturforschung, daß während der Krise vom November 1925 bis Februar 1926 die Verbrauchsmengen zwar zurückgehen, daß sich dieser Rückgang jedoch in verhältnismäßig engen Grenzen hält. In etwas stärkerem Maße scheinen die Verbrauchswerte von den Kaufkraftschwankungen beeinflußt zu werden. Die Abnahme der Verbrauchswerte ist durch das gleichzeitig einsetzende Sinken der Zuckerpreise mitbedingt.

[22]) Der Tabakverbrauch ist in hohem Maße von der jeweiligen Regelung der Tabaksteuergesetzgebung abhängig. Das Institut für Konjunkturforschung bemerkt dazu: Bei der Betrachtung des Gesamtaufwandes fällt vor allem die Spitze im dritten Vierteljahr 1925 auf. Sie ist auf eine Vorversorgung der Händler und Verbraucher zurückzuführen, die im Hinblick auf die im August 1925 eingetretene Aenderung der Tabaksteuergesetzgebung vorgenommen wurde. Da auf die starke Vorversorgung hin in den folgenden Vierteljahren notwendigerweise ein beträchtlicher Rückgang eintrat, ist es unmöglch, die Einwirkungen der in diesem Zeitraum eingetretenen Einkommenseinschrumpfung auf den Tabakverbrauch genau zu beobachten. Verteilt man jedoch die Spitze auf die folgenden zwei Vierteljahre, so ergibt sich für die Zeit vom Juli 1925 bis März 1926 ein durchschnittlicher Vierteljahrswert, der unter dem Wert sowohl für das zweite Vierteljahr 1925 wie 1926 liegt. Daraus ist zu schließen, daß entweder vorübergehend infolge Steuererhöhung oder durch die Einwirkung der Krisis im Winter 1925/26 der Tabakverbrauch um ein geringes zurückgegangen ist. (Konjunkturheft 4 von 1926).

[23]) „Wirtschaft und Statistik" von 1927 Nr. 2 S. 75.

Man muß schon das Jahr 1913 als Vergleichsbasis heranziehen und daran die Veränderungen feststellen. Es betrug in Vorkriegswerten die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken insgesamt:

	1913	1925	1926	1913=100
in Millionen RM.	1069.5	403.1	392.6	1925 1926 40 39 [24])

Daß diese Einengung des ausländischen Absatzmarktes für die betreffenden Produktionen nicht ohne erheblichen Einfluß auf den Beschäftigungsgrad in diesen Gewerben bleiben konnte, ihn herabdrücken mußte, ist wohl mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen. Nur die eine Frage bleibt noch offen, warum in den Monaten vor der Krise — also vor allem im ersten und zweiten Vierteljahr 1925 — die Arbeitslosigkeit im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe so verhältnismäßig viel geringer sein konnte trotz absoluter Verminderung der Ausfuhr? Da — wie wir wissen, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln auch bei steigendem Einkommen ziemlich konstant bleibt, mußte die Kaufkraftaufblähung bis zum Sommer 1925 [25]) für das Nahrungsmittelgewerbe ziemlich irrelevant bleiben; hingegen wird die Genußmittelindustrie aus dieser monetär günstigen Gestaltung Vorteile gezogen haben, so daß die in schlechten Zeiten überkompensierende Wirkung von hier aus wegfiel und die Kurve der Arbeitslosenziffer nach unten gedrückt wurde. Die obigen Tabellen scheinen diese Annahme zu bestätigen, da in der Tat besonders das zweite und dritte Vierteljahr 1925 eine Verbrauchssteigerung an Bier, Zucker und Tabak aufweist.

Was nun den Auslandsabsatz in der Bekleidungs- und Lederindustrie anlangt, so liegen die Verhältnisse für die letztere recht ungünstig, so daß man wohl kaum fehlgeht, auch in dieser Beziehung einen Kausalnexus zu der Krise 1925/26 zu behaupten.

Wenn man bedenkt, daß Deutschlands Lederindustrie vor dem Kriege etwa 1/3, heute noch 1/4 der Produktion in das Ausland gehen ließ, so ist mit diesen Quoten die Bedeutung des Auslandsabsatzes für diese

---

[24]) Wirtschaft und Statistik 1927 Nr. 2 S. 75.

[25]) Die reichliche Kreditgewährung steigerte die innere Nachfrage — so sind die Reallöhne in Prozent des Vorkriegsreallohnes in Deutschland gestiegen für

	gelernte	ungelernte	Arbeiter
Vorkriegszeit	100	100	
1922	64	86	
1923	58	72	
1924	76	87	
1925	92	102	
1926	91	101	
1927	93	105	Revue internationale du travail, Okt. 1927 S. 586.

Industrie ausgesprochen. Veränderungen der Ausfuhrmengen nach oben oder unten werden entsprechenden Einfluß auf Produktion und Beschäftigungsgrad haben.

Außenhandel der deutschen Lederindustrie in Mill. RM Gegenwartswerte (ohne Reparationen).

		1913	1925	1926	1927
I. Lederrohstoffe	A.	123	11	49	78
	E.	538	317	242	421
II. Gerbhölzer u. Gerbstoffe	A.	7	3	4	5
	A.	47	40	26	48
Einfuhrüberschuß I + II		455	343	215	386
Leder u. Lederwaren	A.	357	296	294	330
	E.	60	106	80	146
Ausfuhrüberschuß		297	190	214	184[26])

Die Ausfuhr von Leder und Lederwaren ist sehr verringert, die Einfuhr hingegen bedeutend gestiegen, während gleichzeitig die Zufuhr an Lederrohstoffen auffallend zurückblieb. Diese Verschiebungen kennzeichnen wohl einen Einschrumpfungsprozeß der deutschen Produktion und lassen einen Kausalzusammenhang zwischen diesen Tatsachen und der hohen Arbeitslosigkeit 1925/26 in dieser Industrie vermuten.

Die Gründe, die zu dieser ungünstigen Bilanzverschiebung geführt haben, sind wohl neben der verminderten Wettbewerbsfähigkeit durch die starke Erhöhung aller Kostenelemente, vor allem in Strukturveränderungen des Weltmarktes zu suchen. Die Lederindustrie Deutschlands hat durch Gebietsverluste große Einbußen erlitten. In Elsaß-Lothringen befand sich unter den verloren gegangenen Betrieben die größte Lederfabrik Deutschlands, aber auch die Lederindustrie Schleswig-Holsteins- Posens und Oberschlesiens sind durch die Gebietsabtretungen verkleinert worden.

16% der Mehreinfuhr an Leder und Lederwaren kam 1925 aus Elsaß-Lothringen (also rd. 7,5 Millionen RM) [27]), ein Posten, der vor dem Kriege als eigene Produktion Deutschlands in Betracht kam. Eine besonders ungünstige Entwicklung innerhalb der deutschen Lederindustrie zeigt die deutsche Schuhindustrie im Wettkampf mit dem Auslande, besonders mit der Tschechoslowakei [28]). Im Jahre 1913 war die deutsche

---

[26]) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1927 und monatliche Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschands Dez. 1927.

[27]) Max Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 122 unten.

Schuhhandelsbilanz mit 28 Mill. RM aktiv, 1926 war der Ueberschuß auf 2,6 Mill. RM gesunken [29]). Die Tschechoslowakei hat nicht nur den deutschen Absatz für Schuhe in Polen und in österreichischen Nachfolgestaaten erobert, sondern dringt auch immer mehr in den innerdeutschen Markt ein und konkurriert hier erfolgreich. Schon heute verbraucht Deutschland monatlich für rd. 4 Mill. Schuhe tschechoslowakischer Herkunft [30]).

Die im Juni 1928 ermittelte statistische Uebersicht über die Weltausfuhr von Schuhen im ersten Vierteljahr 1928 zeigt folgendes Bild:

I.	Tschechoslowakei	3 615 208 Paare
II.	Großbritannien	3 235 704 „
III.	U. S. A.	1 234 339 „
IV.	Deutschland	576 557 „

Vergl R. Philipp „der unbekannte Diktat. Thomas Bata" S. 9.

Die ungeheure Entwicklung der tschechoslowakischen Schuhindustrie erforderte naturgemäß eine erweiterte Verarbeitung eigener Rohstoffe und führte konsequenter Weise zu Ausfuhrverboten und -beschränkungen für Häute, Felle und Gerbstoffe. Die rückgängige Einfuhr dieser Rohmateriellen nach Deutschland (siehe obige Tabelle S. 28) kennzeichnete diesen Vorgang mit aller Deutlichkeit.

Auf der anderen Seite wird der Export der deutschen Schuhindustrie durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen behindert, so daß ihre Ausweitungsmöglichkeiten stark gehemmt sind.

Die Ungunst der Verhältnisse in der deutschen Leder- (einschließlich) Schuhindustrie, die alle die vorgebrachten Tatsachen kennzeichneten, dürfen nicht übersehen werden, wenn man die hohe Arbeitslosigkeit in dieser Industrie im Jahre 1925/26 kausal erfassen will.

Das Bekleidungsgewerbe hat bei weitem nicht einen so ausgesprochenen Exportcharakter wie die Lederindustrie. Man wird daher die Arbeitslosigkeit 1925/26 in diesem Gewerbe zum geringsten Teil auf einen verringerten Auslandsabsatz zurückzuführen haben, sondern zum größten Teil auf den rückgängigen Inlandsverbrauch (siehe Tab. Seite 22).

Anders liegen die Verhältnisse bei der übrigen Textilindustrie (Spinnerei und Weberei), die vor dem Kriege die anderen deutschen Industrien durch den Wert der von ihr ausgeführten Waren übertraf. Die Beschäftigungskurve in dieser Industrie wird wahrscheinlich auf die Veränderungen des Auslandsabsatzes stark reagieren. Wir kommen darauf noch zurück.

---

[28]) Das Zentrum der Tschechoslowakischen Schuhindustrie ist die Stadt Zlin. Der Organisator dieser Industrie ist Bata. der „Ford der Schuhindustrie" genannt (Siehe R. Philipp „der unbekannte Diktator Thomas Bata" S. 9/10).

[29]) Max Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 123/24.

[30]) R. Philipp „Der unbekannte Diktator Thomas Bata" S. 9.

Es seien nur noch einmal kurz die Ergebnisse zusammengefaßt, die wir für die drei Verbrauchsgüterindustrien im Hinblick auf ihre arbeitsmarktliche Lage 1925/26 herauszufinden versucht haben: die Kaufkraftminderung der deutschen Bevölkerung hat die Umsätze im Bekleidungsgewerbe und der Lederindustrie reduziert. Diese Umsatzreduktion wird sich in Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen ausgewirkt haben. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe wie in der Lederindustrie wird der Ausfuhrrückgang als weitere Ursache für die Wirkung gesteigerter Arbeitslosigkeit in Betracht zu ziehen sein.

Die Kurven drei weiterer Industriezweige verlaufen ziemlich gleichmäßig, insbesondere liegen die Höchstpunkte der Linien nicht sehr weit auseinander und zwar sind es: die Industrie des Maschinenbau- und der Metallverarbeitung, die Papierindustrie und das Spinnstoffgewerbe. Ist diese Einheitstendenz vielleicht kausal gebunden, und gegebenenfalls — worin liegt sie begründet? Alle drei Industrien arbeiten mit relativ hohem Kapitalaufwand, das soll heißen, die Sachanlagen sind in diesen Industrien bedeutend. Ein einmal vorhandenes Sachkapital in Form einer ausgedehnten Maschinenapparatur muß möglichst ausgenutzt werden, um es verzinsen und schnell amortisieren zu können. Zahlenmäßige Belege für die behauptete hohe Kapitalinvestierung sind direkt kaum denkbar. Vielleicht lassen sich aber aus der Zahl von Aktiengesellschaften und dem in ihnen investiertem Kapital — wie es Sombart auf Grund des „Handbuchs der deutschen Aktiengesellschaften" bringt[31]). — Anhaltspunkte herleiten, die einen Schluß auf die Kapitalbedeutung der für uns in Frage kommenden Industrien zulassen. Die dort angeführte Statistik läßt uns erkennen, daß die Montan-Industrie im Hinblick auf den Kapitalwert alle anderen Industrien überragt. Es folgt an zweiter Stelle die Industrie des Maschinenbaus. In ihr bestanden:

1901 356 A.-G. mit einem Kapit. von 670.141 in Millionen RM.
1910 485 „ „ „ „ „ 834.27 „ „ „
Bei der Metallindustrie:
1901 127 „ „ „ „ „ 212.10 „ „ „
1910 193 „ „ „ „ „ 322.38 „ „ „
Bei der Papierindustrie:
1901 97 „ „ „ „ „ 160.59 „ „ „
1910 126 „ „ „ „ „ 211.72 „ „ „
Bei der Baumwollweberei u. -Spinnerei als Hauptzweige der Textilindustrie:
1901 114 „ „ „ „ „ 247.24 „ „ „
1910 139 „ „ „ „ „ 271.27 „ „ „

Das Gros der übrigen angeführten Industrien bleibt hinter diesen Ziffern zuück. Nehmen wir z. B. die beiden Verbrauchsgüterindustrien: das Leder- und Bekleidungsgewerbe heraus. Für sie ergeben sich folgende Zahlen: In der Lederindustrie waren vorhanden:

---

[31]) Werner Sombart „die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert" S. 50 (Anlage 20). 1927:

1901	32	A.-G.	mit	einem	Kapital	von	51.60	Millionen RM.
1910	41	„	„	„	„	„	64.60	„ „

In der Bekleidungsindustrie:

1901	14	„	„	„	„	„	23.92	„ „
1910	24	„	„	„	„	„	32.89	„ „

Die Unterschiede zeigen deutlich, daß in den erstgenannten Industriezweigen die Aktiengesellschaft als Unternehmungsform eine weit größere Rolle spielt, was schon an sich auf die größere Bedeutung des Kapitalfaktors schließen läßt, und was uns die Angaben über den Kapitalwert dann auch bestätigen.

Vermutlich spielt in den Gewerben der Leder- und Bekleidungsindustrie die hausindustrielle Organisationsform noch eine wesentliche Rolle. Das wird uns von Sombart (a. O. S. 306 u. 512 Anlage 24a) bestätigt. Er spricht dort von den Hausindustrieen mit Vermehrungstendenz im Zeitraum von 1895 bis 1907 und nennt unter ihnen in erster Linie die Schuhmacherei und Schneiderei. Für die Schneiderei und Kleiderkonfektion ergibt sich auf Grund der Tabelle bei Sombart (Anlage 24a) seit 1895 bis 1907 ein Mehr an Betrieben von 9346, an Personen von 7882; für die Wäschekonfektion lauten die entsprechenden Zahlen 5779 und 4809; für die Handschuhmacherei 13 536 und 10 128 [32]).

Zu unserem Ausgangspunkt zurückkehrend sagten wir, daß die Industrie des Maschinenbau- und der Metallverarbeitung, die Papierindustrie und das Spinnstoffgewerbe mit relativ hohem Kapitalaufwand arbeiten im Vergleich etwa zur Lederindustrie und dem Bekleidungsgewerbe. Die Angaben haben unsere Annahme bestätigt. Wir sahen weiter, daß so hohe Kapitalinvestitionen eine möglichst gleichmäßige und maximale Ausnutzung erforderten. Es werden in Frage kommende Industrien deshalb auch in Zeiten ungünstiger Absatzverhältnisse auf dem Inlandsmarkt versuchen, durch Hereinholung größerer Auslandsaufträge den Ausnutzungsgrad ihrer Produktionskapazität und dementsprechend ihren Beschäftigungsgrad aufrecht zu erhalten. Wie weit ihnen das gelingen wird, ist natürlich von den verschiedensten Faktoren abhängig, insbesondere davon, in wieweit das Ausland aufnahmwilliger ist, sodaß dadurch der Absatzausfall im Inlande kompensiert werden kann.

Die Kurven der drei genannten Industrien belehren uns zunächst, daß auch sie in der Zeit 1925/26 Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten; die Arbeitslosigkeitskurven bleiben allerdings hinter dem Durchschnitt zurück. Als deduktive Schlußfolgerung ergibt sich zunächst rein hypothetisch: die

---

[32]) die Gesamtbetriebszahlen sind für das Jahr 1907 folgende:

In der Schneiderei u. Kleiderkonfektion	52 288	mit	78 198	
In der Wäschekonfektion	6 526	mit	7 412	Personen
In der Handschuhmacherei	17 427	mit	?	

Die vorgenannten Daten für die Aktiengesellschaften in der Leder- und Bekleidungsindustrie in Verbindung mit den angeführten Betriebszahlen hausgewerblicher Betriebe lassen das Ueberwiegen des arbeitsintensiven Charakters im Bekleidungs- und Ledergewerbe erkennen.

Industrien werden auf dem Inlandsmarkt Einbußen erlitten, einen Ausgleich dafür auf dem Auslandsmarkt gesucht und — zum Teil — gefunden haben. Was sagt die Statistik zu diesen Behauptungen? Zunächst — ist der Inlandsverbrauch in der fraglichen Zeit zurückgegangen? Der Papierverbrauch in Deutschland ist pro Kopf der Bevölkerung in der Zeit von 1925 zu 1926 von 21,6 auf 20,4 kg gesunken (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung Heft 3 v. 1927 S. 58). Der Verbrauch an Baumwolle sank in der gleichen Zeit pro Kopf der Bevölkerung von 5,9 auf 4,7 kg, während er von 1923 zu 1925 um 2,9 kg pro Kopf der Bevölkerung gestiegen und 1927 wieder 7,1 kg — fast den Vorkriegsverbrauch (7,2) — erreicht hatte. Der Juteverbrauch zeigt ähnliche Schwankungen: 1923 1,4 kg pro Kopf der Bevölkerung, 1925 2,1 und 1926 wieder 1,4 kg (Max Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 162).

Die Tatsache des Minderverbrauchs im Inland in allen bisher genannten Industrien läßt auch auf einen geringeren Inlandsbedarf nach Produkten des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung schließen; denn diese ausgesprochenen Produktionsmittelindustrien sind in ihrer Beanspruchung von der Bedarfsbewegung der Konsumgüterindustrien abhängig. Absatzreduktion hier bedeutet Minderverbrauch und -abnutznug von Maschinen und Produktionsmitteln überhaupt. Diese natürliche Kausalität finden wir bestätigt [33]). Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (V. D. M. A.) berichtet uns, daß der Inlandsabsatz der deutschen Maschinenindustrie sich von 1925 auf 1926 von 2,2 auf 1,7 Milliarden RM, also um 23% verringert hat.

Wie gestaltete sich nun der Auslandsabsatz in der Zeit 1925/26? Die Ausfuhrziffern für die drei zur Erörterung stehenden Industrien bestätigen uns die angenommenen expansiven Bestrebungen. Die Ausfuhr wurde forciert, um die Ausnutzung des Produktionsapparates möglichst gleichmäßig fortsetzen zu können.
Der V. D. M. A. liefert für die deutsche Maschinenindustrie auch hierfür Belege: die Gegenüberstellung des Rückganges beim Inlandsabsatz (1925 zu 26 um 23%) und bei der Erzeugung der deutschen Maschinenindustrie (in gleicher Zeit um 14 %) beweist schon die depressionsmildernde Wirkung der Ausfuhr [34]).

Die Ausfuhrziffern in der Maschinenindustrie zeigen folgende Entwicklung:

	In 1000 t	1913 = 100
1913	666,4	100
1925	436,4	66
1926	466,7	70

Nach Vorkriegswerten umgerechnet (1913 = 100):

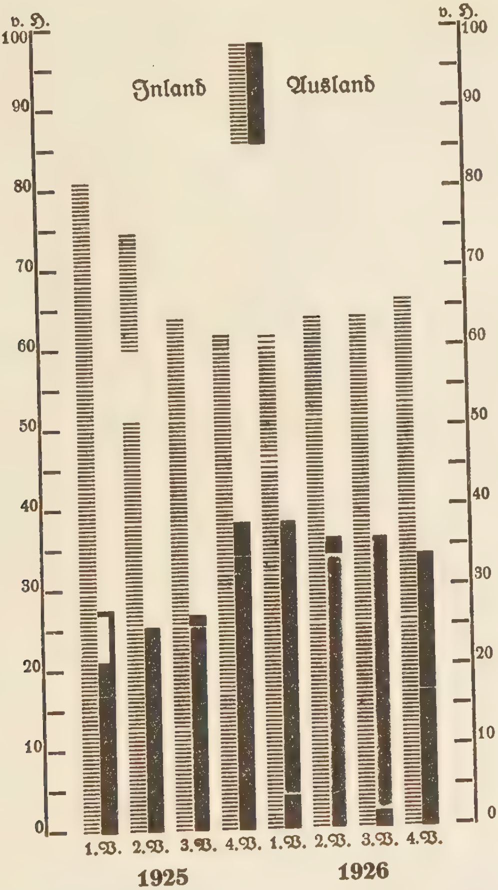
1913 = 100
1925 = 73
1926 = 79,5

[33]) „Die deutsche Maschinenindustrie" Bericht des V. D. M. A. über die Jahre 1925 und 26 S. 16 ff.

[34]) Ebenda S. 16.

Der Vergleich der beiden „indices" zeigt, daß bei dem zur Ausfuhr kommenden Maschinen die Verfeinerung zunimmt.

Der Anteil von Inlands- und Auslandsaufträgen an den Gesamtaufträgen der deutschen Maschinenindustrie 1925 und 1926.



Das Bild zeigt, daß vom 3. auf das 4. Vierteljahr, also gerade bei Einsetzen der Krise, der Anteil der Auslandsaufträge eine außerordentliche Zunahme erfuhr. Die deutsche Maschinenindustrie hat, wie uns Zahlen und Bild veranschaulichten, in der Krisenzeit die Ausfuhr stark gefördert, um den Verlust am Inlandsgeschäft nach Möglichkeit zu kompensieren.

In der Papierindustrie finden wir dasselbe Bestreben, wenn man die Entwicklung der Ausfuhrziffern von 1925/26 betrachtet.

	Zellstoff und Holzschliff	Papier und Papierwaren
	Ausfuhr in 1000 dz	
1925	1807,2	4513,5
1926	2496,8	5043,0
	in 1000 RM	
1925	48,8	307,7
1926	67,3	335,5

Im Spinnstoffgewerbe ist dieselbe Bewegung erkennbar:

	Kunstseide	Wolle	Baumwolle	Flachs, Hanf, Jute
	Ausführ in 1000 dz			
1925	88.3	219.4	341.1	284.8
1926	89.1	293,8	440.0	387.0
	in Millionen RM			
1925	221.5	347.3	471.1	56.3
1926	212.9	387.5	462.6 [36])	66.9[35])

Die Beobachtungsbasis für das Spinnstoffgewerbe ist etwas erweitert in folgender Aufstellung, die Sering bringt (Max Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 116).

Ausfuhrüberschuß für Gewebe.

in 1000 t				in Mill. RM.			
1913	25	26	27	1913	25	26	27
I. Seide und Kunstseide							
4.4	4	4	6	104	121	146	160
II. Wolle							
29	13	19	21	227	188	256	258
III. Baumwolle							
60	7	25	10	375	220	346	219
IV, Flachs, Hanf, Jute							
6	22	28	17 [37])	23	39	45	33

[35]) Wirtschaft und Statistik Heft 2 v. 1926, Heft 2 v. 1927,

[36]) Trotz der mengenmäßigen Zunahme wertmäßige Abnahme — die auffallende Divergenz dieser Bewegungen erklärt sich aus dem Ueberangebot von Baumwolle, das zu Preisreduktionen zwang. Allein die Produktion amerikanischer Baumwolle stieg von 1924/25 zu 1925/26 um rd. 2 Millionen Ballen, während der Mehrverbrauch im gleichen Zeitraum kaum 900 000 Ballen ausmachte.

[37]) Der auffallend starke Anstieg der Ausfuhrmengen in der Reihe IV von 1913 zu 1925 fordert in seiner Abweichung zu der konträren Bewegung in den anderen Reihen eine Erklärung, die mir im folgenden zu

Die Versuche der Ausfuhrforcierung in den drei großen Industriezweigen hatten — wie uns die Tabellen bewiesen haben — Erfolg. Eine vollständige Kompensation für den Verlust am Inlandsmarkt konnte aber auch in diesen Industrieen nicht erreicht werden. Allerdings darf man die Arbeitslosigkeit, die auch in diesen Industrieen trotz der gesteigerten Ausfuhr 1926 in Erscheinung trat, nicht allein auf die unvollständige Kompensation zurückführen. Andere Ursachenträger sind mit verantwortlich zu machen.

Die Tabelle über den Ausfuhrüberschuß für Gewebe kann uns in mancher Hinsicht Aufschlüsse bieten:

Wir müssen uns auf die Rubrik in „1000 t" beschränken, weil die Wertangaben der Jahre 1913 und der Nachkriegsjahre nicht miteinander vergleichbar sind. (1913 sind Vorkriegswerte und später Gegenwartswerte eingesetzt.) Der Ausfuhrüberschuß zeigt ziemlich durchgehend die gleiche Tendenz — Abfallen des Ueberschusses 1925 gegenüber 1913 (mit Ausnahme der Reihe 4), Ansteigen 1926 gegenüber 1925, ohne den Vorkriegsstand zu erreichen und unwesentliche Steigerung in Reihe 1 und 2, starkes Abfallen in Reihe 3 und 4. Das Steigen des Ausfuhrüberschusses von 1925 zu 1926 bestätigt uns nochmals das expansive Vordringen der betreffenden Industrie. Der Abstand der absoluten Ziffern der Jahre 1913 und 1926 läßt auf einen Rückgang in der Ausfuhr, möglicherweise auch auf Steigerung in der Einfuhr schließen, was in beiden Fällen so viel bedeutet — wie Einschrumpfung der Eigenproduktion und entsprechenden Abbau der Arbeitskräfte. Die Zahlenreihe für Baumwolle ist besonders auffallend und lehrreich. Durch die Annektion von Elsaß wuchs die Produktionskapazität der französischen Baumwollindustrie erheblich — und zwar erweiterte sie sich um 40 000 elsässische Webstühle und 1 900 000 Spindeln. Die Ausfuhr dieser Industrie in außerdeutsche Gebiete kam früher der deutschen Handelsbilanz zugute (60 000 t). Ihr Absatz nach Altdeutschland erscheint jetzt als Einfuhr, so daß auch hierdurch die Aktivität der deutschen Handelsbilanz herabgedrückt werden mußte (7000 t). Von den eingeführten Baumwollgeweben (240 000 DZ) kamen 1927 33.2 % aus Elsaß-Lothringen [38]).

Die Steigerung des Ausfuhrüberschusses im Jahre 1926 resultiert aus einer Ausfuhrsteigerung (siehe Tab. hierfür S. 47), wahrscheinlich in Verbindung mit einer Einfuhrsenkung.

---

liegen scheint. Der Inlandsverbrauch an Jutefabrikaten ist gegenüber der Vorkriegszeit erheblich zurückgegangen: Von 1925 bis 1927 um 22 bis 50 bis 15 %. Es hing dies mit der beträchtlichen Verringerung des deutschen Exportes von Zucker zusammen, als dessen Verpackung früher große Mengen an Jutesäcken ins Ausland gingen. Die Mehrausfuhr von Zucker betrug 1911/13 200 Millionen RM., 1925/27 19 Millionen RM., (vergl. Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 120 und 127) die deutsche Juteindustrie hat zur Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit den Export stark forciert.

[38]) Max Sering „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 118.

In Kürze zusammengefaßt: die Grenzverschiebungen in Europa haben die Ungunst der Verhältnisse in der Textilindustrie mitverschuldet und das Absinken der Beschäftigten im Jahre 1925/26 mit herbeigeführt.

Neben der verengten inländischen Absatzbasis, von der vorhin bereits die Rede war, darf die verknappte Kapitaldecke nicht übersehen werden, die in vielen Zweigen der Industrie chronischen Mangel an Betriebskapital zur Folge hatte (Vergl. Kap. III. § 6, 2 der Arbeit).

Wir sprachen zu Beginn der Erörerungen über die Einheitstendenz in den drei zuletzt behandelten Industriezweigen. Diese Einheitstendenz scheint auf Grund unserer Untersuchungen keine zufällige, sondern durch den Charakter der Industrieen als ausgesprochener kapitalintensiver Industrieen verursacht zu sein. Die Kapitalintensität zwang sie alle gleichermaßen, die Produktion kontinuierlich zu gestalten und daher den Arbeiterbestand möglichst aufrecht zu erhalten. Die besonderen Verhältnisse setzen dem Willen, in dieser Richtung zu handeln, Schranken. Aber — im Vergleich zu anderen Industriezweigen steigen die Kurven der Arbeitslosenziffern nicht übermäßig hoch an, bleiben vielmehr im ganzen unter der Durchschnittshöhe der Kurve des allgemeinen Arbeitsmarktes.

Die übrig gebliebene Kurve der Arbeitslosigkeit im Verkehrsgewerbe [20]) fällt sofort durch ihren auffallend flachen Verlauf auf. Welche Gründe erklären die verhältnismäßige Stabilität des Beschäftigungsgrades in diesem Gewerbe?

Die beiden Hauptteile des Verkehrsgewerbes sind der Eisenbahn- und Schiffsverkehr.

Das Eisenbahnunternehmen nimmt eine annähernde Monopolstellung ein, die — wie jedes Monopol überhaupt — eine ruhigere, stetigere Betriebsführung zuläßt. Konkurrenz schafft immer Wandel und Bewegung, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt abzeichnet. Die verhältnismäßig geringe Konkurrenz im Unternehmen der Reichsbahn schaltet aber keineswegs den Wechsel von Konjunkturen aus; insbesondere nicht im Güterverkehr, der in seiner dienenden Stellung als Transportanstalt für den Warenhandel den Schwankungen im Bereich der Produktion und des Handels unterworfen ist.

Im Personenverkehr spielt der Konjunkturrythmus wohl nur eine unwesentliche Rolle, kommen eigentlich nur Saisoneinflüsse in Betracht. Die Mode als Agens konjunktureller Bewegungen hat im Bereich der Eisenbahn vielleicht erst in Zukunft noch eine Domäne zu erobern.

Der Personenverkehr bei der Eisenbahn steht also einmal nicht im scharfen Konkurrenzkampf — die ausländische Konkurrenz ist überhaupt ganz ausgeschaltet, weil die Leistungen der Personenbeförderung nicht

---

[20]) zum Verkehrsgewerbe rechnet das statistische Reichsamt die Gewerbearten, die im Verkehrsbund — einer freigewerkschaftlichen Organisation — zusammngeschlossen sind, also vornehmlich die Verkehrs- und Transportanstalten des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs. Das Gewerbe der Gast- und Schankwirtschaft wird von der Reichsstatistik besonders rubriziert, z. B. in Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reichs 1928 III. H. S. 79 unterste Längsspalte.

importfähig sind, sondern im eigenen Lande ausgeführt werden müssen — steht sodann nicht im Strome treibender Konjunkturen. Diese Sonderheit wird die Frequenz der Eisenbahn als Beförderungsmittel auf ziemlich stabiler Ebene erhalten, was schon an sich einem umfangreicheren Abbau von Beamten, Angestellten und Arbeitern bei der Bahn im Wege stünde.

Man darf allerdings gerade für den Personenverkehr nicht den Einfluß der Tarifgestaltung übersehen. Tariferhöhungen werden wahrscheinlich im Anfang der Periode die Anzahl der beförderten Personen herabdrücken. Diese Annahme wird z. B. durch folgende Angaben bestätigt: Die vorletzte Tarifänderung (die letzte war bekanntlich am 7. Okt. 1928) am 1. Mai 1925 sah für alle 4 Wagenklassen eine Erhöhung der Fahrpreise vor — und zwar betrug die Steigerung gegenüber dem Vorkriegstarif vom 1. Mai 1907 für 1 km in Prozent in der:

I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	
38	59	62	65	mit Verkehrssteuer
33	46,2	48,7	50	ohne Verkehrssteuer [40])

Der Personenverkehr wies einen Rückgang auf. Es bezifferten sich die beförderten Personen 1925 auf 2106,3 in Millionen und 1926 auf 1819,4 Millionen, während 1927 die Beförderungszahl schon wieder auf 1923,7 in Millionen gestiegen war. Das Verhältnis der Einnahmen aus dem Personenverkehr stellt sich 1925 zu 26 zu 27 dar wie 1378 zu 1320 zu 1375 in Millionen RM. [41]) Die durch Tariferhöhungen verursachten Rückgänge werden — was ja unsere Zahlen bestätigen — nur vorübergehender Natur sein und dürften deshalb kaum eine merkenswerte Einwirkung auf den Personalbestand ausüben. Ist doch zu berücksichtigen, daß der halbjährlich aufgestellte Fahrplan die Dichtigkeit der zu fahrenden Züge bedingt und ohne Rücksicht auf eine ausreichende Besetzung der Züge gefahren werden muß.

Man wird wohl deshalb kaum fehl gehen in der Annahme, daß die Reichsbahn im Hinblick auf die Personenbeförderung auch in der Krisenzeit 1925/26 verhältnismäßig wenig beeinflußt wurde und mit der Entlassung von Arbeitskräften damals noch zurückgehalten hat. Der weitaus größere Personalabbau erfolgte erst nach der Krisenzeit 1925/26 im Zuge allgemeiner Verwaltungsreformen — vielleicht nicht ohne unheilvolle Folgen, rückführbar auf die Ueberbelastung der verbliebenen Beamten.

Der Güterverkehr auf der Eisenbahn als Transportanstalt für den Warenhandel stand in seiner Beanspruchung in kommunizierender Abhängigkeit von dessen Rhytmusbewegungen. Steigt der Umsatz im Warenhandel, wird der Güterverkehr auf der Bahn ausgeweitet und vice versa. Da nun der Gesamtumsatz im Warenhandel entsprechend rückgängigen Absatzes eine Abnahme erfahren hatte, so folgte dieser Rückbewegung automatisch der Gütertransportverkehr.

[40]) „Die Reichsbahn" 1927 Nr. 10. S. 159.

[41]) Wirtschaft und Statistik von 1928 Nr. 8 S. 282.

Die Wagengestellung bei der Reichsbahn in 1000			Beförderte Gütermengen in Millionen t
1925	1. Vierteljahr	116,8	92,10
	2. „	122,7	88,27
	3. „	126,9	96,29
	4. „	129,6	94,25
1926	1. „	111,6	78,89
	2. „	123,9	92,18
	3. „	133,9	101,07
	4. „	149,5	113,53
1927	1. „	135,9	102,03
	2. „	148,5	103,52
	3. „	152,6	[42])
	4. „	159,7	

Das erste Vierteljahr 1926 — im Krisenhöhepunkt — zeigt in beiden Rubriken den tiefsten Stand an. Die Wintermonate 1926/27 lassen wohl auch ein Absinken der Zahlen erkennen, doch im Vergleich zu denen des Krisenjahres ein weit geringeres, so daß die Abwärtsbewegungen der Zahlen 1925/26 nicht nur auf Saisoneinflüsse zurückzuführen sind.

Wie weit auch die erhöhten Gütertarife sich in diesen Zahlen ausgewirkt haben, läßt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Die Gütertarife haben 1925 im Durchschnitt aller einzelnen Stückguts- und Wagenladungsklassen gegenüber 1913 (1913 gleich 100) eine Steigerung erfahren von 50—60%, im Durchschnitt der Ausnahmetarife von rd. 135%. Die Gesamtindexziffer aller Tarifklassen stand 1925 auf 147,5 (1913 gleich 100) also über dem Lebenshaltungsindex (3. Vierteljahr 1925 144,4, 4. Vierteljahr 1925 142,0) [43]).

Es besteht wohl keine Statistik darüber, wie sich der Gesamtpersonalbestand bei der Eisenbahn auf Personen- und Güterverkehr verteilt. Genaue Angaben sind schon deshalb nicht möglich, weil das große Heer der Arbeiter nicht spezifische Arbeiten für diesen oder jenen Verkehr ausübt und einem Zweig zuzurechnen wäre. Man wird wohl aber nicht ganz fehl gehen in der Annahme, daß der Personenverkehr im ganzen mehr Arbeitskräfte beschäftigt als der Güterverkehr. Man bedenke nur, daß bei Güterzügen mit bis 60 Wagen auf der Fahrt selber nur der Lokomotivführer, Heizer, Zugführer und meist nur ein Bremser in Tätigkeit sind. Die „Personenzüge", vornehmlich D-Züge — die höchstens 9—10 Wagen aufweisen, sind trotz erheblich minderer Wagenzahl mit weit mehr Eisenbahnbediensteten besetzt [44]). Den Schluß, den wir aus dieser schätzungsweisen Annahme ziehen wollen, ist der, daß der Rückgang im Güterverkehr in den Wintermonaten 1925/26 nicht so erhebliche Personalentlassungen gezeitigt haben wird, wie es im entsprechenden Fall beim Personenverkehr geschehen wäre.

[42]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft IV. von 1927 Uebersicht 1.

[43]) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1924/25 S. 112.

[44]) Nach Angaben eines Dipl. -Ing.

Wie liegen die Verhältnisse beim Schiffsverkehr? So weit er im Ueberseeverkehr tätig ist, steht dies Gewerbe ausschließlich im internationalen Wettkampf um beste Ausnutzung des Tonnageraums bezw. der Kabinenräume auf Passagierdampfern. Diese exponierte Stellung macht es notwendig, die Beförderungsbedingungen möglichst günstig zu gestalten, im Ueberseefrachtverkehr also vor allem die Frachtsätze niedrig zu halten — noch dazu in Zeiten zu großen Weltenschiffsraums wie in der Gegenwart [45]). Das Landungsangebot kann nur bei konkurrierenden niedrigen Tarifsätzen auf Inanspruchnahme rechnen. Infolgedessen ist der Seefrachtenindex im Jahresdurchschnitt 1925 u. 1926 kaum über den von 1913 gestiegen, also eine künstlich gehaltene Stabilität erzielt, die wohl nirgeds sonst feststellbar ist.

Seefrachtenindex:
1913 = 100

	1925	1926
Januar	106,8	93,6
Februar	106,4	90,8
März	103,5	86,2
April	100,3	91,0
Mai	98,6	86,9
Juni	94,6	89,7
Juli	97,0	96,7
August	95,7	98,0
September	96,3	109,3
Oktober	99,8	134,4
November	101,1	159,2
Dezember	101,4	129,4
Jahresdurchschnitt	100,1	105,4 [46])

Mit diesen niedrigen Frachtsätzen konnte Deutschland eine bessere Ausnutzung seiner Tonnage erreichen als 1913. Die Ladungsmengen betrugen in Monatsdurchschnitten:

	bei einlaufenden	bei ausgehenden Schiffen	
1913	2425 t	1821 t	in 1000
1925	2502 t	2070 t	Netto-Reg.
1926	2544 t	2573 t	Tonnen [47].)

---

[45]) Im Jahre 1925 betrug die Größe der Welthandelsflotte nahezu 65 Millionen Br.-Reg.-To. gegenüber 49 Millionen Br.-Reg.-To. im Jahre 1913 („Der Heimatdienst" von 1926 Nr. 7 S. 106).

[46]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 Uebersicht 9 und
„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 v. 1926 Uebersicht 7.

[47]) „Vierteljahrshefte zur Konjunktorforschung" Heft 1 v. 1927 Uebersicht 8.

Wenn man berücksichtigt, daß der Gesamtumsatz im Welthandel in der gleichen Zeit eben die Vorkriegshöhe erreicht hat, so gewinnen die obigen Zahlen noch wesentlich an Bedeutung und kennzeichnen den Erfolg deutscher Konkurrenz auf diesem Gebiet [48]). Im überseeischem Passagierverkehr hat laut Berichten der großen Dampfschiffahrtsgesellschaften „Norddeutscher Lloyd", „Hamburg-Amerika-Linie" und „Hamburg-Südamerikanische Gesellschaft" die Beförderungsentwicklung steigende Tendenz aufzuweisen, was schon aus den relativ vielen neuen Bauaufträgen von Passagierdampfern riesiger Ausmaße hervorgeht. Denken wir an die modernen Oceanriesen „Columbus", „Cap Polonio", „Cap Arcona", die alle erst im Laufe der allerletzten Jahre fertig wurden. Und schon sind zwei neue für den „Norddeutschen Lloyd" vom Stapel gelaufen — „Europa" und „Bremen".

Geheimrat Cunow von der Hamburg Amerika Linie führte neulich erst in Danzig aus: „Die seefahrende Tonnage der Hamburg-Amerika-Linie ist jetzt auf 946 775 Br.-Reg. To. gebracht, von denen 747 301 Br.-Reg. To. aus der Zeit nach dem Kriege und nur 199 477 Br.-Reg- To. aus der Vorkriegszeit stammen. Diese Flotte wird durch die 70 700 Br.-Reg.-To. im Bau befindlichen Schiffe auf 1 017 475 Br.-Reg.-To. gebracht [49])."

Eine solche Entwicklung ist eben nur durch die günstigen Beförderungsbedingungen ermöglicht, zu denen gerade im Passagierverkehr neben annehmbaren Fahrpreisen vor allem gute Verpflegung, zuverlässiges Personal und relativ hohe Sicherheit einer Ueberfahrt zu rechnen sind. Man hört immer wieder die Anerkennung über Durchführung gerade dieser Grundsätze, die auch Ausländer bestimmen, deutsche Dampfer ausländischen vorzuziehen. Ziehen wir nun das Fazit aus dieser letzten Betrachtung über den Schiffsverkehr, so liegt die Vermutung nahe, gerade im Schiffsgewerbe einen Personalabbau negieren zu müssen. Genauere Angaben dafür fehlen, aber jedenfalls beweist der flache Kurvenverlauf des Verkehrsgewerbes in unserem Schaubild, daß im gesamten Verkehrsgewerbe die Arbeitslosigkeit schwächere Formen angenommen hat. Ob und evtl. inwieweit der Schiffsverkehr neben dem Eisenbahnverkehrt an der Arbeitslosigkeit im gesamten Gewerbe participiert, mag dahingestellt werden.

Erinnern wir uns in diesem Augenblick des Ausgangspunktes, von dem wir bei der kausalen Betrachtung der Kurvenbewegungen ausgingen. Wir wollten versuchen, Krisensymptone herauszufinden, die in ihrer Komplexität das krisenhafte Hochschnellen der Arbeitslosenkurve 1925/26

---

[48]) Gesamtumsatz in Vorkriegswerten in Millionen Goldmark

1913	1925	1926
12 209,6	11 941,9	12 210,0

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 v. 1927 Uebersicht 2.

[49]) Deutsche Zeitung Nr. 295a v. 15. 12. 1928.

erklären können. Wir haben gewisse Anhaltspunkte für eine erste Diagnoseaussage gewonnnen, um darauf fußend, die eingehendere Untersuchung durchzuführen.

Die anfangs getätigte Ueberlegung, aus dem Einheitscharakter in der Richtungsbewegung der einzelnen Kurven auf einen einheitlichen Verursachungskomplex der Krise zu schließen, können wir — denke ich — schon jetzt als richtige Konsequenz bewerten; wenngleich sich erst im weiteren Verlauf der Behandlung das absolute Urteil darüber herausstellen wird.

§ 4

Die europäische Arbeitsmarktbewegung
Darstellung und Schlußfolgerung.

Bevor wir die Untersuchung der deutschen Arbeitsmarktkrise 1925/26 fortsetzen, wollen wir in einem kurzen Ueberblick den Verlauf der europäischen Arbeitsmarktbewegung darstellen, um aus ihr zu erkennen, ob, bezw. inwieweit es sich 1925/26 um eine spez. deutsche oder um eine europäische Krisenerscheinung gehandelt hat. Tab. 3 (siehe Anhang der Arbeit) gibt uns in Zahlen und Kurvenlinien eine Uebersicht, wie in den wichtigsten europäischen Ländern die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt 1925/26 gewesen sind.Die Arbeitslosenziffern für Frankreich und Italien werden ergänzend im folgenden hinzugefügt — und zwar in absoluten Zahlen, da in beiden Ländern gleiche Feststellungen der Gewerkschaften in Quotenzahlen wie bei den anderen Ländern fehlen. Doch zeigen uns die Schwankungen der absoluten Zahlen auch die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt zur Genüge an.

1925	Italien (Vollerwerbslose)	Frankreich (nicht erledigte Stellengesuche)
Januar	156382	64928
Februar	156659	56863
März	142552	57571
April	126521	59923
Mai	101405	46716
Juni	85532	40914
Juli	79526	50706
August	72211	38086
September	82764	40587
Oktober	85769	11136
November	112059	11957
Dezember	122200	10621
1926		
Januar	156139	12650
Februar	125803	11705
März	109471	11070
April	98216	9565
Mai	98490	9205

Juni	83264	8961
Juli	79678	7756
August	83090	7807
September	89434	9800
Oktober	**112922**	**11899**
November	**148821**	**14659**
Dezember	**191769**	**20618** [50]).

Ein Blick auf die „Länderkarte" zeigt uns, daß die Arbeitsmarktkrise 1925/26 keine spez. deutsche, aber auch keine ausgesprochen eupäische Erscheinung darstellt, die in allen europäischen Ländern in diesem Zeitpunkt eintrat.

Eine Zweigruppierung scheint vielleicht angebracht: die kleineren Volkswirtschaften wie Dänemark, Schweden, Belgien und die Niederlande lassen in der Periode 1925/26 eine einheitlich nach oben gerichtete Linienbewegung erkennen. Die Spitzenpunkte, also der Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern, liegen höher als in den Wintermonaten des vorangegangenen und nachfolgenden Jahres, so daß der hohe Stand der Arbeitslosigkeit kaum nur saisonmäßigen Charakter aufweisen kann.

Die drei großen Volkswirtschaften Groß-Britannien, Frankreich und Italien (für beide letztere Länder siehe obige Zahlenreihe) zeigen eine andere Entwicklung auf ihren Arbeitsmärkten. Sie weichen vom Grund-Schema einheitlicher Linienführung im Diagramm der kleineren Wirtschaftsterritorien ab. Dieser Unterschied in der arbeitsmarktlichen Entwicklung der beiden Ländergruppen wird vermutlich keine zufällige gewesen sein. Vielmehr darf man annehmen, daß die Krise in Deutschland die kleineren Volkswirtschaften stark beeinflußt hat — bildlich gesprochen, daß diese von dem Strudel der Krise in Deutschland erfaßt und hineingerissen wurden. Der große Absatzmarkt Deutschland hat für diese Länder naturgemäß große Bedeutung, eine verhältnismäßig viel größere als für große Volkswirtschaften, die auch eher in der Lage sind, verlorene Absatzkontingente anderwärts zu gewinnen.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird vermutlich die Ausfuhr der kleineren Länder nach Deutschland erheblich beeinträchtigt haben, da Konsumenten wie Produzenten in Deutschland in solcher Zeit ihre Ansprüche auf den Güterfonds insgesamt eingeschränkt, den Bedarf nach ausländischen Gütern in erster Linie zurückgeschraubt haben werden. Dieser Nachfrageausfall im Ausland bedeutet für Volkswirtschaften mit im ganzen geringeren Handelsvolumen einen prozentual stärkeren Abstrich davon als in Ländern sehr großen Gesamtumsatzes. Der Ausfuhrrückgang wird zu erheblicher Produktionseinschränkung und zu starkem Rückgang im Beschäftigungsgrad geführt haben.

Die drei genannten großen Volkswirtschaften wurden dagegen von der Krise in Deutschland 1925/26 scheinbar nicht mitbetroffen. In England verläuft die Arbeitslosenkurve in der Krisenperiode 1925/26 stetig

[50]) „Vierteljahshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 Uebersicht 10.

und langsam abwärts, in Frankreich lassen die absoluten Zahlen ein rapides Absinken der Arbeitslosenziffern erkennen, in Italien ist wohl ein Ansteigen der Vollerwerbslosen bemerkbar; doch scheint es sich — wenn man die entsprechenden Zahlen des Jahres 1925 und 1927 ansieht — nur um den jährlichen Ausschlag der Winterarbeitslosigkeit zu handeln. Ein krisenhaftes Hochschnellen fehlt jedenfalls. Es bedarf wohl noch einer Erklärung dafür, daß diese drei Länder, die doch ebenso wie Deutschland durch Krieg und Inflation betroffen wurden, anscheinend von ähnlichen Krisenerschütterungen verschont blieben. In Wirklichkeit bestehen nur zeitliche Abweichungen im Auftreten der Krisenphasen.

Die Krisenzeit der meisten europäischen Länder korrespondiert mit der Haussezeit einer Inflationskonjuktur in Frankreich. Die strukturellen Wandlungen im Wirtschaftsgefüge Frankreichs wurden wie ehemals in Deutschland zur Zeit der Inflation durch die anreizenden und künstlich antreibenden Faktoren einer Inflation paralysiert, so daß sie erst mit Aufhören dieser Bewegung effektiv werden konnten und wirksam geworden sind [51]).

Und in England wurde die Inflationsliquidation etwas früher als in Deutschland vorgenommen. Die Kurvenspitze, die den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit in England anzeigt, fällt in die Monate Juli/August 1925. Von da ab geht die wirtschaftliche Entwicklung langsam, aber stetig aufwärts, um im Frühjahr 1926 noch einmal erheblich durch den englischen Bergarbeiterstreik gehemmt zu werden — was in der Tabelle 3 deutlich in Erscheinung tritt.

Italien zeigt eine ähnliche Entwicklung wie Frankreich. Auch in Italien ist die Krise auf dem Arbetsmarkt gegenüber Deutschland um etwa 1 Jahr verschoben.

Die gänzlich aus dem Rahmen fallende arbeitsmarktliche Entwicklung in Norwegen (siehe Tab. 3 im Anhang der Arbeit) ist dem Verfasser nicht recht erklärlich. Irgendwelche Aufschlüsse dafür sind ihm nicht bekannt geworden. Das Institut für Konjukturforschung begründet die hohe Arbeitslosigkeit mit bewußter Deflationspolitik, durch die Norwegen den Wert der Krone in zwei Monaten um 20 % erhöhen konnte [52]). Doch die anderen Länder haben auch der Inflation eine Deflation folgen lassen; es ist deshalb nicht einzusehen, warum die Deflationskrise in Norwegen als Arbeitsmarktkrise ein so außergewöhnliches Ausmaß annehmen mußte.

---

[51]) Vom August 1926 ab steigt die Arbeitslosenziffer in Frankreich von 7 807 bis 92 911 im Febr. 1927, um dann langsam zurückzugehen. „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 1 v. 1927 Uebersicht 9).

[52]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 v. 1926 S. 81

Kapitel III.

Die Ursachen der Krise in Deutschland und die Bestimmungen ihres Charakters.

Die Krise 1925/26 ist keine plötzlich eingetretene Erscheinung von gestern und heute. Den Grund gelegt haben die Schäden, die der Krieg und die Inflation der deutschen Wirtschaft zugefügt haben. Ihre Auswirkungen haben 1923/24 neben dem politischen Moment des Ruhrkampfes die damalige Krise verursacht, sie waren auch zur Zeit der Krise 1925/26 noch nicht behoben und müssen deshalb in diagnostischer Untersuchung über diese Krise mit herangezogen werden. Würde sich die Diagnose damit begnügen, würde immer noch die Frage offen bleiben, warum kam aber gerade 1925/26, warum nicht früher oder später die Krise zum Durchbruch? Die Antwort darauf wird den 2. Teil der Diagnose bilden und im § 7 der Arbeit zur Erörterung kommen.

§ 5.

Die allgemeinen bestimmenden Faktoren auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes.

Die Beziehungen der Menschen untereinander — soweit es sich dabei um Verwertung von, bzw. Nachfrage nach Arbeitskraft handelt — werden zu gedanklichen Bildern geformt, wenn man vom Arbeitsmarkt spricht. Angebot von Arbeitskraft und Nachfrage nach Arbeitskraft stehen einander gegenüber, und ihre jeweiligen Träger treten in Austauschverhandlungen miteinander. Gelangen nun Anbietende nicht zur Verwertung ihrer Arbeitskraft, also bleiben sie arbeitslos — wie die über 2 Mill. um die Jahreswende 1925/26 — so liegt es nahe zu fragen, auf welcher Seite des Arbeitsmarktes liegen Hemmungsgründe vor, die einen normalen Ausgleich verhindern? Denn — zunächst rein theoretisch gesehen — können Ursachen dafür auf der Angebots- wie Nachfrageseite wirksam werden. Diese Frage sei auch an den Anfang dieser Untersuchung gestellt. Sie führt uns zugleich zwangsläufig zu einer allgemeinen Gliederung in unserer Betrachtung, in dem wir zunächst die Angebotsseite auf dem Arbeitsmarkt analysieren und uns danach mit der Nachfrageseite beschäftigen werden. Das gesamte Angebot am Arbeitsmarkt umfaßt die Gesamtheit der Menschen, die tatsächlich Arbeit suchen, um in einer Erwerbstätigkeit ein Entgelt zu erhalten. Es ist dies Angebot keine starre Größe, sondern sogar eine höchst variable. Mannigfache Gründe und Umstände können auf eine Veränderung hinwirken, sei es auf eine Verminderung oder Vermehrung solchen Angebots.

Die Kriegs- und Inflationsperiode in Deutschland hat Verhältnisse gezeitigt, die ein plötzliches Hindrängen zum Arbeitsmarkt auslösten, also die Zahl der Anbietenden am Arbeitsmarkt wesentlich erhöhten. Auch in Vorkriegszeiten wuchs mit der Gesamtbevölkerung die Zahl der Arbeitsuchenden und Erwerbstätigen. Doch damals handelte es sich um eine ziemlich gleichmäßig fortschreitende Bewegung, die keine krisenhaften Erschütterungen am Arbeitsmarkt hervorrief. In der Nachkriegszeit hingegen verwandelte sich die ruhigere Aufwärtsbewegung im Zuwachs der anbietenden Arbeitskräfte in ein plötzliches Ansteigen dieser Kräfte. Aus den verschiedensten Gründen strömten die Menschen in Deutschland massenweise dem Arbeitsmarkt zu, die ihm vorher ferngeblieben waren.

Welche Faktoren diese Massenbewegung bewirkt haben, können wir am leichtesten und sichersten aus der Bevölkerungs- und Berufsstatistik erfahren. Durch die Veröffentlichungen der letzten Berufszählung von 1925 sind wir in der Lage, aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse dieser Zählung und derjenigen der vorherigen von 1907 ein Bild von dem veränderten Bevölkerungsaufbau zu erhalten [53]).

Im folgenden Zahlenschema erhalten wir eine Gegenüberstellung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen: [54])

Die Erwerbstätigen und die Gesamtbevölkerung nach Wirtschafts-Abt. 1925 u. 1907.

Wirtschafts-Abteilungen	1925		1907		Zu- bezw. Abnahme gegenüber 1907	
	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.
A. Land- und Forstwirtschaft	9.762.426	30.5	8.556.219	34.0	+ 1.206.207	+ 14.1
B. Industrie und Handwerk	13.238.765	41.4	10.060.845	40.0	+ 3.177.920	+ 31.6
C. Handel und Verkehr	5.273.498	16.5	3.266.247	13.0	+ 2.007.251	+ 61.5
D. Verwaltung, freie Berufe usw.	1.502.379	4.7	1.327.627	5.3	+ 174.752	+ 13.2
E. Gesundheitswesen usw.	588.788	1.8	323.724	1.3	+ 265.046	+ 81.9
F. Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechs. Arbeit	1.642.973	5.1	1.642.983	6.4	+ 22.442	+ 1.4
A.—F. Erwerbstätige insgesamt	32.008.839	100.0	25.155.203	100.0	+ 6.853.636	+ 27.2
Gesamtbevölkerung	62.410.619	100.0	54.991.675	100.0	+ 7.419.022	+ 13.5

Während die Gesamtbevölkerung in dem jetzigen Reichsgebiet (ohne Saargebiet) von 1907 bis 1925 sich um 13,5 % erhöht hat, ist die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um 27,2 % und zwar die der männlichen Erwerbstätigen um 23.3 % und die der weiblichen Erwerbstätigen um 35,0 % gewachsen, also weit rascher als die Gesamtbevölkerung. Diese Tatsache findet in verschiedenen Faktoren ihre Erklärung:

[53]) Die amtlichen Zahlen berücksichtigen bereits die Gebietsveränderung in der Zwischenzeit, so daß man ohne sachliche Bedenken aus der Gegenüberstellung Vergleiche ziehen kann.

[54]) Wirtschaft und Statistik von 1927 Nr. 13.

1. Die Verschiebungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung.

Der Bestand an erwachsenen, arbeitsfähigen Menschen bestimmt naturgemäß ausschlaggebend die Zahl der Erwerbstätigen. Und dieser Bestand hat 1925 gegenüber 1907 eine abnorm starke Zunahme erfahren.

Zu (+) — bezw. Ab (—) nahme gegenüber 1907.

	männlich		weiblich		zusammen	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Gesamtbevölkerung	+ 3 090 517	+ 11.4	+ 4 328 445	+ 15.5	+ 7 419 022	+ 13.5
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre)	+ 3 669 000	+ 22.1	+ 5 209 000	+ 30.5	**+ 8 878 000**	**+ 26.4**
Erwerbstätige insgesamt	+ 3 876 465	+ 23.3	+ 2 977 141	+ 35.0	+ 6 853 636	[55] + 27.2

Die erwerbsfähigen Altersklassen von 15—65 Jahren sind demnach besonders stark in ihrer Besetzung angewachsen. Wie erklärt sich diese Erscheinung bei dem starken Ausfall an erwerbsfähigen Männern infolge der Kriegsverluste? Zwei Momente haben in gleicher Richtung gewirkt und den Bestand der fraglichen Altersklassen erhöht.

Die hohen Geburtenziffern[56] der Jahre vor dem Kriege sind jetzt in das arbeitsfähige Alter eingerückt, während zugleich der Geburtenrückgang während des Krieges und der Nachkriegszeit eine Senkung in der Besetzung der ersten Geburtenjahrgänge hervorrief[57]), so daß dadurch insgesamt die Jahrgänge des erwerbsfähigen Alters auch prozentual zur Gesamtbevölkerung wachsen mußten. Wie schon gesagt — war mit der Zunahme der Erwerbsfähigen ohne weiteres auch ein Anwachsen der Erwerbstätigen gegeben, wenngleich sich die Steigerungsziffern beider Posten nicht decken; denn Erwerbsfähigkeit ist nur eine Voraussetzung zur Erwerbstätigkeit, der Wille zum Tätigwerden muß zum mindesten noch hinzutreten. Wir sehen auch deutlich aus der vorhergehenden Aufstellung, daß die Zahl der Erwerbsfähigen um rd. 8,9 Millionen, die der Erwerbstätigen um rd. 6,8 Millionen gestiegen ist — nimmt man die Erwerbstätigen ohne mithelfende Angehörige, lautet die Zahl sogar nur rd. 5,2 Millionen.

---

[55]) Wirtschaft und Statistik 1927 Nr. 13.

[56]) Durchschnittliche Stärke der Geburtenjahrgänge (jetziges Reichsgebiet) in Millionen —

Geborenen:	1901/10	1911/13	1917	1920	1925
	1.9	1.7	0.8	1.6	1.3

— Wirtschaft und Statistik von 1927 Heft 1.

[57]) So haben die Jahrgänge unter 15 Jahren insgesamt 1925 gegenüber 1910 um 1 687 828 abgenommen — in v. H. zur Gesamtbevölkerung um 17,9.

2. Das Hinüberwechseln von Personenkreisen aus der Nurkonsumenten- in die Produzentengruppe.

Folgende Angaben werden darüber Aufschluß geben:

Zu (+) — bezw. Ab (—) nahme gegenüber 1907.

	männlich		weiblich		zusammen	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Berufslose Selbständige	+ 248 264	+ 17.1	+ 518 219	+ 31.8	+ 766 483	+ 24.6
Angehörige	— 1 034 182	— 11.5	+ 833 082	+ 4.7	— 201 097	— 0.8

[59])

Die Gruppe der Angehörigen hat insgesamt gegenüber 1907 abgenommen, wenngleich nur beim männlichen Teil. Während sie 1907 48,7 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, war ihr Anteil 1925 auf 42,5 % gesunken. In absoluter Zahl ausgedrückt war sie um rd. 200 000 zurückgegangen. Ohne weiteres können wir annehmen, daß diesem Rückgang ein entsprechender Zuwachs in der Gruppe der Erwerbstätigen gefolgt ist. Und was entnehmen wir aus den Zahlen der Gruppe der berufslosen Selbständigen? Diese Gruppe, die in der Hauptsache die aus dem Wirtschaftsleben ausgeschiedenen Alters-, Invaliden-, Kriegs- und Hinterbliebenenrentner umfaßt, hat ebenso wie die Zahl der Erwerbstätigen eine größere Zunahme aufzuweisen als der Entwicklung der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. (Vergl. die betreffenden Verhältniszahlen für diese Gruppen S. 45).

Die Zunahme der berufslosen Selbständigen um 24,9 % hat jedoch nicht mit der Steigerung der Erwerbstätigen Schritt gehalten. (27,2 %). Daraus geht hervor, daß insoweit die Erwerbstätigenzahlen auf Kosten der Gruppe der berufslosen Selbständigen angewachsen sind. Andererseits kann durch die Zahlenergebnisse nicht die vielfach verbreitete Meinung bestätigt werden, daß die Rentnerschicht als ganze durch den Wiedereintritt verarmter Rentner in das Berufsleben kleiner geworden ist. Die Abnahme der Zahl der Rentiers wird durch die Zunahme der Zahl der Rentenempfänger (Sozialrentner) mehr als ausgeglichen. Dieses Wachstum ist auf die Folgen des Krieges und zu einem sehr erheblichen Teil auch wohl auf die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre zurückzuführen.

In gleicher Richtung einer Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen liegen noch weitere Faktoren:

Zunahme der Frauenarbeit, die ohne weiteres aus den bisherigen Uebersichten erkennbar ist. Ist jedoch der Steigerungskoeffizient beim weiblichen Geschlecht in allen Rubriken größer als beim männlichen. Die Verluste von Männern im Kriege haben in den Altersjahren von 25—50 einen starken Frauenüberschuß herbeigeführt.

[59]) Wirtschaft und Statistik v. 1927 Nr. 10. S. 447.

Auf tausend Männer kommen Frauen

Altersjahre	1925	1910
25—30	1151	1002
30—35	1260	1001
35—40	1180	1003
40—45	1108	1022
45—50	1068	1045 [59])

Daher das prozentual stärkere Anwachsen des erwerbsfähigen Teils der Bevölkerung bei den Frauen, und daraus folgernd das weit stärkere Anwachsen der erwerbstätigen Frauen gegenüber den erwerbstätigen Männern (35,0 % gegenüber 23,3 %) — auch eine Folge der Kriegs- und Inflationsverhältnisse.

Von Einfluß auf die Verhältnisse am Arbeitsmarkt war ohne Zweifel auch die Herabsetzung der Heeresstärke gegenüber 1907 um 500 000, im Vergleich zu 1914 sogar um rd. 600 000 Männer. Diese waren vorher durch den Militärdienst dem Wirtschaftsleben entzogen und strömten nun mit einem Male dem Arbeitsmarkte zu. Dazu kam das mittelbare Freiwerden von Arbeitskräften auf diesem Gebiet durch die Einschränkung der Arbeiterschaft jener Industrieen, die für militärische Zwecke in Anspruch genommen waren. Allerdings gilt es doch zu überlegen, ob nicht die Kriegsverluste von etwa 2 Millionen Männern im erwerbsfähigen Alter ein so starker Gegenposten sind, daß der Zuwachs dadurch längst als ausgeglichen erachtet werden muß. Die Kriegsverluste werden bis etwa 1965 vermindernd auf das Arbeitsangebot wirken, eben bis die 1918 wehrfähig Gewordenen aus der Masse der Erwerbsfähigen ausscheiden.

3. Der Gewinnsaldo in der Wanderungsbilanz 1910/25.

Als möglich bedeutsamen Faktor seien schließlich noch die Wanderungen innerhalb der Bevölkerung berücksichtigt. Wie ist die Gestaltung des Wanderungssaldos auf Grund der Wanderungsbilanz 1910 bis 1925?

Ergeben sich auch hieraus Anhaltspunkte, die eine Steigerung des Arbeitsangebots erklären können?

In Wirtschaft und Statistik [60]) hat man zunächst rein rechnungsmäßig den Wanderungssaldo ermittelt durch folgende Aufstellung:

	männlich	weiblich	zusammen
Einwohnerzahl am 1. 12. 10	28 489 817	29 308 552	57 798 369
„ „ 16. 6. 25	30 196 823	32 213 796	62 410 619
mithin Bevölkerungszunahme	1 707 006	2 905 244	4 612 250
hiervon als Geburtenüberschuß	1 820 320	2 737 822	4 558 142
Verbleibt Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (—)	— 113 314	+ 167 422	+ 54 108

Es wird dazu a. a. O. bemerkt, daß die rd. 170 000 Kriegsvermißten bei der Berechnung nur insoweit berücksichtigt sind, als etwaige Toterklärungen auch tatsächlich zur Kenntnis der Standesämter und damit

---

[59]) Wirtschaft und Statistik von 1928 Nr. 2.
[60]) a. a. O. 1927 Nr. 7 S: 306.

zur Anschreibung für die Statistik der Bevölkerungsbewegung gelangt sind. Letzteres wird aber nur für einen kleinen Teil der Vermißten zutreffen, so daß sich in Wirklichkeit für das männliche Geschlecht eine geringere Einwohnerzahl 1925, eine geringere Bevölkerungszunahme, ein geringerer Geburtenüberschuß und ein kleinerer Wanderungsverlust ergeben dürfte, der den Wanderungsgewinn insgesamt auf etwa 150 000 Personen steigern würde.

Zu einem etwas anderen Ergebnis gelangen Schätzungen, die die Reichsstelle für das Wanderungswesen in einer Denkschrift vorgenommen hat. (Vergl. Reichstagsdrucksache Nr. 4084 1, Wahlperiode 1920—22 und Sonderheft Nr. 2 zu Wirtschaft und Statistik 1925). Die Gesamtzuwanderung von 1910 bis 25, die in der Hauptsache aber erst in der Nachkriegszeit erheblich einsetzte, wird dort auf rd. 1¹/₄ Millionen geschätzt. (Zuströmung aus den abgetretenen Gebieten, Rückstrom von Auslandsdeutschen und Zuwanderung von Ausländern) [61]).

Die in gleichem Zeitraum erfolgte Abwanderung wird auf rd. 1 Million veranschlagt; nämlich durch die überseeische Auswanderung hat Deutschland rd. 350 000 Reichsangehörige an das Ausland abgegeben. Die Schätzung für die Abwanderung über die „trockenen" Grenzen gehen auf rd. 650 000 Personen.

Die Wanderungsbilanz von 1910—1925 schließt demnach mit einem Gewinnsaldo von 200—250 000 Personen. Vor dem Kriege waren die Wanderungsbilanzen, mit Ausnahme des Zeitraums von 1895—1905, ständig passiv. Die einmalige außerordentliche Zuwanderung der Nachkriegszeit bewirkte die Aktivität der Bilanz bis 1925. Dieser Ueberschuß an eingewanderten Personen muß und wird auch zu einem Teil, so weit es sich um erwerbsfähige Menschen handelt, an den deutschen Arbeitsmarkt herangekommen sein. Er stellt mithin auch einen Bruchteil des gesamten Mehrangebots am Arbeitsmarkt dar.

Wir haben in der rückliegenden Uebersicht eine Reihe von Ursachen herausgefunden, die die anfangs zahlenmäßig festgestellte erhebliche Zunahme der Erwerbstätigen in Deutschland erklären können.

Erwerbstätige sind nun aber nicht Erwerbsuchende, also Arbeitslose. Wir haben deshalb noch nicht den Kernpunkt herausgeholt, der im Hinblick auf unsere Untersuchung bedeutsam ist. Man muß von vornherein beachten, daß die Zählung vom 16. Juni 1925 in eine Zeit sehr geringer

---

[61]) Die Gesamtzahl der am 16. 6. 1925 in Deutschland ansässigen Ausländer ist zwar nach Angaben von Wirtschaft und Statistik 1927 Nr. 7 niedriger als am 1. 12. 1910 — und zwar um rd. 200—250 000. Aber innerhalb dieses langen Zeitraumes schwanken wohl die Zu- bezw. Abwanderungsziffern für Ausländer. Gerade die Inflationszeit hat die Ausländer in großer Zahl nach Deutschland gelockt; außerdem verblieben während des Krieges die ausländischen Wanderarbeiter in Deutschland, während sie vordem in den Wintermonaten in ihre Heimat zurückkehrten.

Arbeitslosigeit fiel. Es gab damals nur rd. 200 000 Hauptunterstützungsempfänger, während im März 1926 — dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise — über 2Millionen Erwerbslose unterstützt wurden. Also — die durch die neueste Berufszählung von 1925 erwiesene starke Zunahme der Erwerbstätigen besagt zunächst nur, daß die Zahl der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte stark zugenommen hat, das Arbeitsangebot sich erhöht hat. Aber — das ist gleichsam die für unsere Untersuchung bedeutsame Konsequenz — dies Mehrangebot, dies plötzliche Drängen zum Arbeitsmarkt erhöhte die Gefahr einer Nichtbefriedigung solchen absolut stärkeren Angebots. Daß in der Zeit bis Mitte 1925 diese Gefahr gebannt blieb, lag lediglich an den besonderen Verhältnissen der Wirtschaft, die in einem Zustand der Aufblähung des gesamten Produktions- und Verteilungsapparates stand. Mit Schwinden dieser künstlich angeregten Sonderkonjunktur mußte sogleich das Mehrangebot am Arbeitsmarkt, das bis dahin zum größeren Teil aufgesogen war, als Belastung des Arbeitsmarktes spürbar werden; d. h. die starke Zunahme der Erwerbstätigen 1925 gegenüber 1907 und ihr plötzliches in kurzer Zeit zusamengedrängtes Auftreten nach dem Kriege mußte nun eine entsprechend stärkere Reduktion erfahren, als sie erfahren hätte, wenn sich die Zahl der Erwerbstätigen nicht so exorbitant und mit einmal erhöht hätte. Gerade das plötzliche Zunehmen im Gegensatz zu der mehr oder weniger gleichmäßigen Bewegung der Vorkriegszeit verursachte im Augenblick des Stillstandes der künstlich bewirkten Konjunktur im Herbst 1925 die explosive Ausstoßung so vieler Arbeitskräfte.

Eine abschließende Bemerkung sei noch hinzugefügt: wie durch die charakterisierten besonderen Umstände die ersten Jahrgänge des erwerbsfähigen Alters eine besonders starke Besetzung erfuhren, so wird sich der außerordentliche Geburtenausfall der Kriegs- und Nachkriegszeit [62]) in wenigen Jahren in einem spürbaren Mangel an jugendlichen Arbeitskräften auswirken. Und zwar kann man mit dieser für den Arbeitsmarkt bedeutsamen Erscheinung von etwa 1931—35 rechnen [63]). So wird ganz von selber eine Entlastung am Arbeitsmarkt eintreten.

---

[62]) Auf 1000 Einwohner entfielen Geborene:

1901/10	1911/13	1917	1920	1925
34,02	28,4	14,2	26,6	21,3

Wirtschaft und Statistik v. 1927 Nr. 13.

[63]) Die voraussichtliche Altersgliederung der deutschen Bevölkerung. Altersklassen von 15—20 Jahren (i. 1000):

1914	1928	1929	1930	1931	1932
5912	6460	6370	6256	5870	5360
1933	1934	1935	1936	1937	1938
4690	4090	3845	4180	4720	5240

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung"
Heft 1 Teil A v. 1928 S. 31.

§ 6.

Die allgemeinen bestimmenden Faktoren auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes.

Nachdem wir die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und ihre Wirkungen auf das Angebot am Arbeitsmarkt untersucht haben, wenden wir uns nun der anderen Seite des Arbeitsmarktes zu, forschen also nach verursachenden Faktoren in der Richtung einer Minderung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Unternehmer im weitesten Sinn sind wohl die direkt nachfragende Partei am Arbeitsmarkt, aber ihr Arbeitskraftbedarf ist weniger eine subjektiv begründete Nachfrage als vielmehr eine funktionelle Größe, abhängig von Faktoren, die außerhalb eigenpersönlicher Spähre liegen; beispielsweise von der Kaufkraft der Konsumentenschaft. Steigt diese, wird auch der Arbeitskraftbedarf der Unternehmer wachsen und vice versa. Wir müssen deshalb sehen, welche Faktoren wie Magneten auf Arbeitskräfte einwirken können, also geeignet erscheinen, Arbeitskraft zu binden. Und dann müssen wir untersuchen, ob die so gearteten Faktoren irgendwie Einbuße erlitten haben, durch die eine Minderung an Arbeitskraftbedarf erklärlich wird.

Die Nachfrage, die durch die Kaufkraft eines Volkes bestimmt wird. ist die Triebkraft der Produktion; denn produziert wird überhaupt nur, weil irgendwo Absatz in Aussicht steht, irgendwo gekauft wird. Die Produktion ist ja nicht Sebstzweck, sondern Mittel zur Bedarfsbefriedigung, deren Voraussetzung Kaufkraft ist. Und weil die Stärke der Kaufkraft den Umfang der Produktion bestimmt, beeinflußt sie auch mittelbar den Arbeitskraftbedarf, da dieser funktionell bestimmt wird von der Weite der Produktion.

Der Bedarf nach Arbeitskraft ist noch von einer anderen Seite her gebunden. Die heutige Wirtschaftsstufe mit hohem Produktivitätsgrad verlangt zu seiner Erhaltung und Steigerung das Einschlagen von Produktionsumwegen, fordert schlechthin Kapitalgüter. Die gegenwärtige Produktionsweise ist eine intensiv kapitalbedürftige. Wenn die Produktion Mangel an notwendigem Kapital leidet, muß sie auch den Bedarf nach Arbeitskräften einschränken. Kapital und Arbeit sind Komplementärfaktoren, die einander ergänzen müssen und sich nur zum geringen Teil ersetzen können.

Der Arbeitskraftbedarf ist in Sonderheit an diese beiden Wirtschaftserscheinungen gebunden und muß deshalb reduziert werden, wenn die Kaufkraft oder das Kapital, bzw. beide zugleich eine Minderung erfahren.

1. Die Inflation und der Kaufkraftschwund.

Hat die Inflation in Deutschland einen solchen Reduktionsprozeß ausgelöst, der das Realeinkommen des deutschen Volkes herabminderte? Die Theorie sagt „ja", und die Wirklichkeit der Tatsachen bestätigt diese Antwort.

Der Inflationsprozeß als Verarmungsprozeß des deutschen Volkes

sei in theoretischer Behandlung kurz vorangestellt, um dann an Hand von Tatsachenmaterial die Richtigkeit der Theorie zu erproben.

Wenn man die Inflation als wirtschaftsfeindliche Erscheinung analysieren will — die Kreditinflation als Anticipation künftiger Entwicklung (Vergl. Schumpeter „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" S. 214), in die eine gesunde Wirtschaft in kurzer Zeit hineindrängt, steht hier natürlich außer Behandlung — so ist die Fisher'sche Verkehrsgleichung ein gutes und einfaches Hilfsmittel dazu: $G\,U + G_1\,U_1 = P.H$ — das bedeutet: Geldmenge (Bar- und Kreditgeld) und Umlaufsgeschwindigkeit dieses Geldes stehen in funktioneller Wechselwirkung mit dem Preisniveau des Handelsvolumens. Der Normalfall der Inflation ist Vermehrung von G und G_1, also Steigerung der Geldmengen und Ausweitung des Kreditverkehrs. Auf diesem Normalwege hat auch bei uns in Deutschland die Inflation ihren Anfang genommen, als im Kriege der Staatsbedarf ungeheuer anstieg und die Notenausgabe diesem angepaßt wurde. Die vom Reiche ausgegebenen Schatzwechsel waren Finanzwechsel, deren Einlösung ganz vom Willen des Schuldners abhängig war. Die Einlösung der Schatzwechsel und damit der Rückstrom ausgegebener Banknoten wurde anfangs noch ermöglicht durch die Aufnahme der Kriegsanleihen, die zur Tilgung der aufgenommenen Reichsschulden verwandt wurden. Als aber der Anleiheertrag hinter dem Schuldenbetrag zurückblieb und diesen nicht mehr voll abdecken konnte, mußte ein Ueberangebot an Zahlungsmitteln im Verkehr bleiben, mußte infolgedessen die Inflation einsetzen. Die Geldmenge war gesteigert, ohne daß ihr ein entsprechendes Warenangebot gegenüberstand.

Die Geldseite ist Ausgangspunkt der Inflation gewesen. Sie hat das Volkseinkommen rein monetär ausgeweitet, also das Nationaleinkommen vergrößert, aber das Realeinkommen verringert. Der normale und wirtschaftliche Weg zur Einkommenserhöhung durch Produktionssteigerung wurde durch die Inflation verlassen; der Zusamenhang zwischen Geldeinkommen und den naturalwirtschaftlichen Tatbeständen zerrissen. Die Inflation sündigte gegen das Wort, das Cassel in der „Sozialen Praxis" von 1927 Nr. 8 Sp 180 zitiert: „Es gibt keine andere Kaufkraft als die Produktion". Die „Zusätzliche Kaufkraft" — ein Begriff, den man oft schlechthin als Uebersetzung des Wortes Inflation annimmt, ist nur Schein, nicht Wirklichkeit. Die sogenannte zusätzliche Kaufkraft wird durch die Preissteigerung und durch den Antrieb auf die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zur schwindenden Kaufkraft. Hinter dem Schleier der zusätzlichen Kaufkraft stirbt die Wirtschaft immer mehr ab, da die Nahrungsrationen — die reale Kaufkraft — täglich kleiner werden infolge der sich potenzierenden Geldentwertung [64]).

---

[64]) Allerdings nur unter der Bedingung gleichzeitiger Verengung des Nahrungsspielraumes der Wirtschaft, einer Bedingung, die für Deutschland in der Kriegs- und Nachkriegszeit gegeben war. (Umstellung vieler Industrien für Kriegszwecke, Rückgang der Arbeitsproduktivität im allgemeinen, später Arbeitszeitverkürzung und endlich Importbehinderung durch die feindliche Blockade.)

Geldmenge und Geldwert bewegen sich bei einer Inflation in umgekehrter Richtung — steigt die Geldmenge, wie in unserm Fall, sinkt der gesteigerte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, also — in unserer For-Wert des Geldes. Die psychologische Folge dieses Vorganges ist die mel — Steigerung auch von U und U_1. Der Hinweis auf die Inflationszeit genügt wohl, die Wahrheit dieser Theorie zu bestätigen. Das Tempo der Geldentwertung wuchs über das Maß der Notenvermehrung infolge rasender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes hinaus, so daß die ungeheure Geldmenge, in Gold gerechnet, dauernd abnahm. So betrug der Gesamtumlauf der Zahlungsmittel in Deutschland noch 1920 4,8 Milliarden in Gold gerechnet, dauernd abnahm. So betrug der Gesamtumlauf der Zahlungsmittel in Deutschland noch 1920 4.8 Milliarden in Gold gerechnet, August 1923 nur 116 Millionen in Gold gerechnet, also war die Geldmenge in Gold um $^1/_{40}$ herabgedrückt, dem entsprechend die Geldentwertung gestiegen — rückführbar auf die stets steigende Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Die Kaufkraft der Geldeinheit wie diejenige der Geasmtheit aller Geldeinheiten nahm immer mehr ab.

Der Vorgang der Geldentwertung findet seinen sichtbaren Ausdruck in einer entsprechenden Steigerung der Warenpreise. Auf eine Wareneinheit entfallen mehr Geldeinheiten als vorher. Man muß für dasselbe Quantum und Quale Ware mehr Nominalgeldeinheiten aufwenden. Die Inflation löst automatisch eine Preissteigerung aus. Die zunächst entstandene Spannung in obiger Gleichung findet ihren Ausgleich in einer Steigerung von P.

Würde dieser Ausgleichsvorgang einheitlich und proportional vor sich gehen, wäre in kurzem das Verhältnis beider Seiten der Gleichung dasselbe wie vorher — wenn auch die absoluten Zahlen gestiegen wären. Solche Gleichmäßigkeit des Prozesses wäre schließlich nur ein Rechnungsvorgang ohne volkswirtschaftlich erhebliche Bedeutung. Die Ungleichmäßigkeit des Ablaufes einerseits und die Unproportionalität in den Steigerungsziffern beider Seiten andererseits stempelte den Prozeß erst zu einem Problem und verursachte die wirtschaftlichen Störungen und Wertvernichtungen.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Geldentwertung weit über die Geldvermehrung hinauswuchs, so daß sie eine proportionale Anpassung der Einkommen an die Preissteigerung verhinderte, und die Kaufkraft, das Realeinkommen abnahm. Diese Kaufkraft zerstörende Wirkung der Inflation mußte in besonders rigoroser Weise das sogenannte Renteneinkommen treffen, das o h n e jedes Anpassungsvermögen dem Geldentwertungsprozeß voll ausgesetzt war, und nicht wie das Arbeitseinkommen der Arbeitenden der Entwertung — wenn auch in ungenügendem Maße — so doch in etwa entgehen konnte durch nominelle Steigerung.

So weit die Theorie — im folgenden wollen wir versuchen, unsere Theorie zu erhärten. Im allgemeinen handelt es sich bei den folgenden Zahlen über das Volkseinkommen oder einzelne Einkommenskategorieen um Schätzungen. In Ermangelung sicherer Grundlagen muß man

sie heranziehen. Eine gewisse — wenn auch nur vorsichtig zu wertende — Beweiskraft wohnt ihnen doch wohl inne.

Wir sprachen eben von dem der Inflation besonders ausgesetzten Besitzeinkommen; es fließt aus Vermögensanlagen, die der Entwertung zum Opfer fielen, wodurch zugleich die aus solchen Quellen fließenden Einkommen immer mehr versiegten, bis schließlich mit der Vernichtung dieser Anlagen auch die betreffenden Einkommenskategorien aus dem Einkommensfonds des deutschen Volkes verschwanden.

Der bekannte Parlamentarier Erkelenz stellt hierüber folgende Schätzungen auf [65]): „Geht man einmal von der Summe von 90 Milliarden Vorkriegsvermögen in Form von Hypotheken, Sparkassengeldern, Obligationen und ähnlichen Vermögenswerten aus, und rechnet man nur mit einem Verzinsungssatz von 4 %, dann entgeht den Kreisen, die dieses Vermögens damals hatten, infolge der Inflation jetzt eine Kaufkraft von rd. 3,6 Milliarden Goldmark.

Eine andere Quelle, die versiegt ist, ist das Einkommen aus Vermögensanlagen im Ausland, damals auf rd. 20 Milliarden geschätzt. Rechnet man mit einem Satz von 6 %, so ergab sich damals ein jährliches Einkommen von 1,2 Milliarden Goldmark." Zu gleichem Ergebnis kommen die Schätzungen des statistischen Reichsamtes [66]). Der weitaus größte Teil der deutschen Kapitalanlagen im Ausland ist durch Entwertung, Veräußerung, Liquidations- und Sequestrationsmaßnahmen in und nach dem Kriege verloren gegangen, und damit sind die Einkommen aus diesen Quellen versiegt. Der Mc. Kenna-Ausschuß nimmt den verbleibenden Rest von deutschen Kapitalanlagen im Auslande für Ende 1923 zwischen 5,7 und 7,8 Milliarden Goldmark an [67]). Unter allem Vorbehalt der Richtigkeit dieser Annahme, wäre dies Aktivum in der Bilanz des unsichtbaren Außenverkehrs weit überkompensiert durch die Summe der stetig anwachsenden deutschen Auslandskredite. Das statistische Reichsamt schätzt den Nettobedarf der deutschen Passivzinsen — ohne Verzinsung der Dawesanleihen und ohne Kapitalzurückzahlung — 1925 auf 90 Millionen RM., 1926 auf 200 und 1927 auf 430 Millionen RM [68])

Das Plussaldo der Kapitalertragsbilanz vor dem Kriege ist durch den Krieg und die Inflation in ein negatives Saldo verwandelt. Vor dem Kriege wurde der deutsche Einkommensfonds vom Auslande her bereichert, nun muß das deutsche Volk aus seinem Fonds abgeben. Um entsprechende Beträge wird das deutsche Volkseinkommen verkleinert — die deutsche Volkskaufkraft ist um soviel geringer geworden. Das Renteneinkommen bildet erst einen Teil des gesamten Volkseinkommens. Das Arbeitseinkommen ist der andere, sehr bedeutende Teil. Inwieweit dieses hinter der Geldentwertung zurückblieb, und mithin das Realeinkommen dieser Gruppen der Bevölkerung beeinträchtigt wurde, ist schwer

---

[65]) „Technik voran" von 1926 Nr. 31/32 S. 363.

[66]) Wirtschaft und Statistik 1928 S. 158.

[67]) Theodor Plaut „Deutsche Handelspolitik" S. 239.

[68]) Wirtschaft und Statistik 1928 S. 158.

feststellbar. Einzelne Angaben darüber liegen für das Einkommen der Arbeiter im engeren Sinn vor. Sie müssen wir als Teile fürs Ganze des Arbeitseinkommens hinnehmen und werden damit wohl auch von der Wirklichkeit nicht allzu weit entfernt bleiben:

Wir betonten schon, daß das Arbeitseinkommen entgegen dem Renteneinkommen ein gewisses Anpassungsvermögen besitzt, wodurch es der Geldentwertung nicht in gleichem Maße wie das Renteneinkommen ausgesetzt ist. Der für die Geldvermögensbesitzer verhängnisvolle Grundsatz „Mark gleich Mark" konnte für das Gros aller Erwerbstätigen in Deutschland unmöglich anerkannt werden, weil solches Anerkenntnis die Massenkaufkraft vernichtet und damit den völligen Ruin der deutschen Wirtschaft herbeigeführt hätte.

Der Anpassungsprozeß beim Arbeitseinkommen genügte aber nicht; je rascher das Tempo der Geldentwertung, um so größer die Spanne zwischen Nominal- und Realeinkommen. In den letzten Monaten des Inflationsjahres 1923 herrschte die größte Absatzkrisis, weil die Kaufkraft der Papiergeldeinnahmen immer mehr verschwand. So berichtet uns Sering [69]): „Im Reichsdurchschnitt standen die Reallöhne der gelernten Arbeiter im November 1923 auf 23,28 %, der ungelernten Arbeiter auf 65,89 % des Vorkriegslohnes. Die Beamtengehälter betrugen im November 1923 bei den unteren Beamten (Gruppe III) 52,93 %, bei den mittleren Beamten (Gruppe VIII) 37,74 % und bei den höheren Beamten (Gruppe XI) 31,79 % des Vorkriegsgehaltes".

Wir dürfen nun aber im Hinblick auf die zur Untersuchung stehende Krisenperiode 1925/26 nicht außer Acht lassen, daß seit der Stabilisierung der Währung Ende 1923 die Anpassung dieser Einkommensarten an die Preissteigerung schrittweise nachgeholt werden konnte, und in der Tat von 1924 ab nachgeholt wurde. Das zeigen folgende Angaben des internationalen Arbeitsamtes in Genf [70]):

Reallohn in Deutschland in v. H. der Vorkriegsreallohnes.

	für gelernte	für ungelernte Arbeiter
Vorkriegszeit	100	100
1923	58	72
1924	76	87
1925	92	102
1926	91	101
1927	93	105

Es zeigt sich, daß die in der Tabelle eingesetzten tarifmäßigen Lohnsätze der ungelernten Arbeiter den Vorkriegsreallohn erreicht, ja überschritten, die der gelernten Arbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit bald erreicht haben. In langsamer Folge wurden auch die Gehälter der Beamten und Angestellten der verteuerten Lebenshaltung angepaßt. Die Einbußen der Inflation auf das Arbeitseinkommen der deutschen Bevölkerung

---

[69]) Berichte über Landwirtschaft N. F. Bd. IV, Parey, Berlin 1926 „Die Deutsche Wirtschaftskrisis" v. Max Sering S. 42 Anmerk. 3.

[70]) Revue internationale du travail Oktober 1927 S. 586.

sind also erheblich gemindert worden. Es wäre wohl aber verkehrt anzunehmen, daß zur Zeit der Krise 1925/26 die Kaufkraft der Arbeitseinkommen völlig restituiert wäre. Die gelernte Arbeiterschaft hatte bis dahin noch nicht das Lohnniveau von 1913 erreicht.

In der Hauptsache war es allerdings der Kaufkraftausfall der Rentenempfänger von Vorkriegsvermögen, der fortwirkte und große Teile der deutschen Bevölkerung als kaufkräftige Schichten ausschaltete.

Trotz dieser recht offensichtlich gewordenen, durch die Zahlen bewiesenen Einschrumpfung der deutschen Volkskaufkraft, hat man mehrfach Berechnungen über das deutsche Volkseinkommen angestellt mit dem Ergebnis, daß das deutsche Volk schon zur Zeit 1925 und 26 ebenso kaufkräftig gewesen sei wie vor dem Kriege. So führt Prof. Hirsch [71]) zwei Schätzungen der beiden großen Verbände — des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes — an. Ersterer schätzt das deutsche Volkseinkommen Ende 1925 auf 42¾ — 48 Milliarden Goldmark, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Anfang 1926 auf 52—60 Milliarden Goldmark. Die bekannte Helfferich'sche Schätzung des deutschen Volkseinkommens geht auf 42 Milliarden Goldmark im Jahre 1912. Derselbe Helfferich schätzt es im Februar 1924 auf nur 18—19 Milliarden Goldmark, und noch Anfang 1925 gab Bankdirektor Dr. Solmßen einen Betrag von nur 20 Milliarden Goldmark an; während Ende 1925 der Reichsverband der Deutschen Industrie die oben angeführte Zahl einsetzte.

Die starken Differenzen in den verschiedenen Schätzungsangaben beweisen schon die Schwierigkeit der Methoden und warnen zugleich, auf Grund so unsicherer Angaben auf den Wohlstand des deutschen Volkes zu schließen. Die besonders hoch gegriffenen Ziffern der beiden angeführten Verbände führt Prof. Hirsch (a. a. O. S. 118) vor allem darauf zurück, daß die beim Arbeitgeber veranlagte, aber vom Arbeitnehmer zu tragende Lohnsteuer das Arbeitseinkommen, das dazu das weitaus größte Kontingent im Gesamteinkommen ausmacht, mit einer Genauigkeit erfaßt, die das alte Deutschland garnicht kannte. Die wichtigste Einkommensquelle des deutschen Volkes tritt also damit fast restlos in Erscheinung, während bei der vorkriegszeitlichen Methode der Selbsteinschätzung die Wege zur Verheimlichung von Einkommensbeträgen offenstanden.

Zu berücksichtigen ist vielleicht auch der Umstand, daß der gleiche Wertbetrag in der Volkswirtschaft mehrmals als Einkommen erscheint, so daß bei Errechnungen auf Grund der Einkommensstatistik leicht und häufig Doppelzählungen unterlaufen werden.

Um diese Fehlerquellen zu vermeiden, müßte man die Volksproduktion feststellen, also den Ertrag von erzeugten Gütern in der Volkswirtschaft. Man hätte dann das sogenannte Sozialprodukt, das mit dem Volkseinkommen identisch ist. Selbst unter der sehr günstigen Annahme gleicher Volksproduktion gegenüber der vor dem Kriege würde doch

---

[71]) „Heimatdienst" v. 15. 4. 26, S. 118.

das Volkseinkommen — wie früher dargelegt — um die Beträge geschmälert sein, die als Passiva in der Kapitalertragbilanz erschienen sind, während vor dem Kriege ein starkes Aktivum in der Bilanz von über 1 Milliarde Mark das deutsche Volkseinkommen bereicherte.

Aus allen den dargelegten Erwägungen darf man wohl den Kaufkraftschwund des deutschen Volkseinkommens als gegeben ansehen, die Inflation als das verursachende Moment dieses Einschrumpfungsprozesses bezeichnen. Das Institut für Konjunkturforschung nimmt auch einen Rückgang des Realeinkommens des deutschen Volkes an, und zwar unter Berücksichtigung eines Geldentwertungsindex von 140 % für die Zeit beendeter Inflation, einen Rückgang von rd. 10—15 % [72]). Man muß aus den angegebenen Gründen (Fortsetzung des Anpassungsprozesses bei dem Arbeitseinkommen) Abstriche von dieser Summe machen. Immerhin war die gesamte Volkskaufkraft auch 1925/26 noch um Milliardenwerte geschwächt.

Die Einkommenssteuerstatistik soll auch noch als Beweismaterial unsere Annahme erhärten: Das Gesamtaufkommen an Einkommen- und Körperschaftssteuer betrug im Rechnungsjahr in Millionen RM:

1924/25	1925/26	1926/27	1927/28
2524,4	2441,5	2635,3	3262,3

also gerade im Krisenjahr ist die steigende Linie in der Einkommensentwicklung unterbrochen. Unsere früheren Darlegungen über die Verhältnisse in einzelnen Industrieen erhalten durch das herangezogene Material jetzt eine beweiskräftige Stütze.

Der Rückgang der Inlandsnachfrage kommt im Sinken der Indexpreise deutlich zum Ausdruck. Die Indexpreise für Industrierohstoffe z. B., d. h. für Rohstoffe und Halbfabrikate waren vom August bis Oktober 1925, also der Zeit der Hochkonjunktur von 134,9 auf 134 gewichen, dann aber vom November 1925 bis April 26 rapide abgefallen von 134 bis 124,9. Die Wirkung war Ansteigen der Konkurse, Betriebsstillegungen und der Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Konkurse hält sich bis August 1925 unter 800 im Monat, vom September bis Dezember 1925 wächst sie auf 914, 1164, 1343, 1925 — im neuen Jahr steigt die Zahl weiter an bis zum Februar 2092 [73]). Die Zahl der Arbeitslosen zeigt eine verhätnismäßig gleiche Entwicklung (siehe Tabelle und Blatt 1 im Anhang der Arbeit), vom September 1925 bis Februar 1926 ein rapides Ansteigen der Arbeitslosenziffer [74]).

So ergibt sich für uns ein lückenloses Bild, wie die Kaufkraftminderung durch alle Glieder des Wirtschaftsorganismus hindurch auf den Arbeitsmarkt einwirkte und seine Struktur im ungünstigen Sinn beeinflußte.

---

[72]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 1 v. 1926, S. 40.

[73]) Max Sering: „Die Deutsche Wirtschaftskrisis" S. 48.

[74]) Dieser Abschnitt war als Abschluß eine allgemeinen Darlegung der Auswirkungen der Krise, deren eine Ursache im vorhergehenden behandelt wurde.

2. Die Inflation und die Verknappung des Kapitalfonds.

Wir entsinnen uns der Feststellung, daß der Arbeitskraftbedarf auch bestimmend beeinflußt wird von dem der Produktion zur Verfügung stehenden Kapital. Es ist nun zu untersuchen, ob durch die Inflation auch der Kapitalbestand der deutschen Volkswirtschaft irgendwie beeinträchtigt und damit auch der Arbeitskraftbedarf vermindert wurde.

Der Kausalzusammenhang zwischen Inflation und Kapitalmangel begegnet in der Theorie keiner so einmütigen Zustimmung wie die ursächliche Einwirkung der Inflation auf das Volkseinkommen. Julius Wolf z. B. vertritt in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik" [75]) die Meinung, daß die Inflation ohne Wirkung auf den Kapitalbestand geblieben sei. Man kann — nach Ansicht des Verfassers — diese Ansicht nur dann vertreten, wenn man den Kapitalbestand als rein abstrakte Rechnungseinheit auffaßt. Diesenfalls kann man sagen, daß die Inflation den Kapital**bestand** nicht berührte, daß nur der Kapital**charakter** ein anderer geworden ist; und diese Veränderung ist ohne Zweifel unter dem Zwang inflatorischer Wirkung einer Geldentwertung ausgelöst. Jede Geldinflation ruft eine neue Verteilung des Volksvermögens hervor. Die Unternehmer gewinnen als Schuldner auf Kosten der Kapitalisten und Sparer. In der Hand der Unternehmer verwandelt sich das Geldkapital schnell in Realkapital als zwangsläufige Folge der Geldentwertung ohne Rücksicht auf die vielleicht völlig fehlende Betätigungsmöglichkeit solcher Kapitalform. Solche möglichen Fehldispositionen sind wirtschaftlich völlig wertlos, da das in ihnen steckende Kapital keine wirtschaftlichen Brauchbarkeiten schaffen kann. Diese Erwägung berechtigt wohl dazu, den Immobilisierungsprozeß in der deutschen Wirtschaft während der Inflationsperiode für den verknappten Kapitalfonds mit verantwortlich zu machen. Es mußte ein spürbarer Mangel an Erwerbsvermögen in Geldform eintreten.

Hinzu kommt ferner, daß der Kapitalzuwachs durch die Inflation beeinträchtigt wurde, so daß der Kapitalbestand in der Zukunft gefährdet werden mußte. Jeder Kapitalbestand ist zeitlicher, natürlicher Abnutzung unterworfen, und bedarf der allmählichen Erneuerung. Die stetige Kapitalneubildung in einer Volkswirtschaft sorgt in normalen Zeiten für die Kontinuität des Kapitalbestandes, so daß dieser gleichsam zu einer ewigen Kategorie wird. Die Inflation hatte nach und nach die kapitalbildenden Kräfte unterbunden, einmal durch Vernichtung der Kapitalerträgnisse und durch Minderung der Arbeitseinkommen (siehe voriger Abschnitt), sodann durch die Erscheinung der Inflationspsychose, die das Vertrauen in die unbedingte Festigkeit der neuen Währung verhinderte und damit eine schnelle Aufwärtsentwicklung des Sparens im Anfang nach Stabilisierung der Währung verhinderte. So betrug z. B. im Monatsdurchschnitt der Zuwachs an Spareinlagen:

---

[75]) a. a. O. Bd. 172 S. 359.

	1925	90,5	Millionen	RM
	1926	116,4	"	"
	1927	131,4	"	"
1. Vierteljahr	1928	240,4	"	" [76]).

Alle eben dargelegten Tatsachen und Erwägungen lassen wohl die Annahme von Prof. Wolf (vergl. S. 58) als wenig haltbar erscheinen. Der Verfasser bekennt sich jedenfalls zu der Majoritätsansicht derer, die Inflation und Kapitalverknappung wie Ursache und Wirkung ansehen.

So schwierig schon die Feststellung über das deutsche Volkseinkommen ist, so scheint es noch viel schwieriger, eine auch nur annähernde Vorstellung von der Größe des deutschen Kapitalfonds zu erhalten. Allein die Bewertung des Kapitals als Sachkapital begegnet allergrößten Schwierigkeiten und kann sich überhaupt nur auf subjektive Schätzungen gründen. Ueber die Größe des Sachkapitals kann man deshalb zahlenmäßig nichts aussagen, kann höchstens an Auswirkungen, die sich in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung bemerkbar machen, auf gewisse Entwicklungslinien schließen.

Das Geldkapital [77]) unterliegt naturgemäß eher einer statistischen Feststellung, da es von vornherein in Geldform erscheint und mithin wertmäßig erfaßt wird. Da aber die innerbetrieblichen Kapitalbildungsvorgänge, besonders die der Abschreibung und Bildung stiller Reserven der zahlenmäßigen Erfassung entzogen sind, so ist auch für das Geldkapital der Wirtschaft die Statistik nicht hinreichend, um uns darüber genauere Angaben bieten zu können. Man muß sich deshalb mit einzelnen symptomatischen Zahlen begnügen.

---

[76]) Deutsche Sparkassenzeitung vom 30. 6. 1928 S. 4.

[77]) Die Scheidung zwischen Sach- und Geldkapital ist nicht als Systematik der Gegensätze aufzufassen, da jedes Kapital zunächst Geldkapital darstellt, sondern nur als Ausdruck für verschiedene Entwicklungsstadien im Kapitalbildungsprozeß; etwa so — aus dem Volkseinkommen wird ein Teil nicht der Konsumtion zugeführt, sondern gespart, geht in die Sammelinstitute der Sparkassen und Banken, bildet hier Geldkapital. Die produktive Wirtschaft benutzt es dann zu Investitionen in Sachwerte (Anlagen und Materialien) und als Lohnfonds. Die Anlagen und Materialien, die zur Verarbeitung kommen, nennt der Verfasser Sachkapital.

Eine — wenn man so sagen kann — zahlenmäßige Bestandsaufnahme des Kapitalfonds einer Volkswirtschaft muß beides berücksichtigen, da stets beide Kapitalsstadien vorhanden sind. Das Sachkapital ist kaum schätzbar, das Geldkapital ungenau mittels der statistischen Angaben der Sammelinstitute evtl. der Betriebe.

Einige Zahlen zur Kapitalbildung.

Bestand der Spareinlagen im deutschen Reich, (in Millionen RM)

	1925	1926	1927
1. Vierteljahr	621,7	2044,6	3718,8
2. „	797,0	2362,3	4022,7
3. „	948,0	2712,6	4340,3
4. „	1096,4	3090,8	4665,4 [78])

Ende 1926 sind erst 15,7 %, Ende 1927 23,7 % des Einlagebestandes von vor dem Kriege erreicht (19,689 Millionen RM).

Die Giroguthaben zeigen noch langsamer steigende Tendenz. Das ergibt sich aus den Anteilen der Spar- und Giroguthaben am Gesamtkapital der Sparkassen. So war das Verhältnis von Spar- zu Giroeinlagen:

	1924	wie 40,3 : 41,9
	1925	wie 59,3 : 28,3
Febr.	1927	wie 64,6 : 23,2

Ueber den Verlauf der Kreditoren bei 10 Großbanken Deutschlands unterrichtet folgende Uebersicht:

1925	2. Vierteljahr	4675	in Millionen RM.
	4. Vierteljahr	5277	„
1926	2. Vierteljahr	5674	„
	4. Vierteljahr	6890	„
1927	Februar	7275	„
	April	7569	„
	August	7690	„
	Oktober	8016	„ [79]).

Schon diese statistisch erfaßbaren und erfaßten Kapitalbildungsfaktoren zeigen den langsamen Reproduktionsprozeß von Kapital an.

Aber auch die innerbetriebliche Kapitalbildung in Deutschland ist vermutlich geringer als vor dem Kriege, da die Unternehmer weit mehr das Bestreben haben, die Lagervorräte möglichst gering zu halten, weil sie eben garnicht in der Lage sind, auf Vorrat zu arbeiten und deshalb auch bei rückgängigem Absatz die Belegschaften schneller entlassen müssen als früher. Große Lagerbestände erfordern erhebliches Kapital, das zinslos darliegt und die allgemeinen Unkosten des Betriebes stark erhöhen. Die innerbetrieblichen Kapitalansammlungen vor dem Kriege konnten solches Unternehmerrisiko tragen; der Unternehmer hoffte, in baldiger Zeit Absatzmärkte im Inlande oder Auslande für diese Stapelwaren zu finden und damit sein gebundenes Kapital wieder flüssig zu machen. Heute reicht das innerbetrieblich angesammelte Kapital nicht hin, derartige Spekulationen durchzuführen. Dem geringeren Kapital muß ein verkleinertes

---

[78]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 von 1927 Uebersicht 1.

[79]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 von 1927 Uebersicht 1.

Risiko entsprechen. Die Bildung größerer Kapitalreserven in den einzelnen Unternehmungen wird wohl durch die erhöhten Zinsen und öffentlichen Lasten hintangehalten.

Der Zinssatz als Repräsentant für kurzfristige Kredite — der Satz für Warenwechsel — betrug in Berlin 1925 noch 9%, im Februar 1926 noch 7%, um von da ab weiter auf 5% zu sinken [80]. Der Reichsbankdiskont betrug März 1925 bis März 1926 9%, bis Ende März 1926 8%.

Die absolute Zinshöhe bei langfristigen Anlagen ist ebenfalls eine äußerst beträchtliche. So betrugen die Nettokosten bei ersten Hypotheken vom Okt. 1925 bis Febr. 1926 noch 16—15% gegenüber einem Vorkriegssatz von durchschnittlich 4% bei erststelligen Hypotheken [81].

Die öffentlichen Lasten — Steuern und soziale Abgaben — haben auch erhebliche Steigerungen erfahren. Teils sind neue Steuern eingeführt, teils die Steuersätze alter Steuern erhöht. Durch die Steigerung der Steuersätze und den Ausbau der alten Steuern betrugen die Mehreinnahmen 1925/26 gegenüber 1913/14:

			Steigerung gegen 1913/14 in v. H. von 1913/14
Bei der Einkommensteuer	1070	Millionen RM.	77
„ „ Tabakssteuer	560	„ „	1113
„ „ Grund- u. Gebäudesteuer	440	„ „	100
„ „ Gewerbesteuer	400	„ „	223
„ „ Beförderungssteuer	280	„ „	709
„ „ Vermögenssteuer	200	„ „	250
insgesamt	2950	„ „	

Von den neuen Steuern erbrachte 1925/26:

Die Umsatzsteuer	rd. 1,4	Millionen RM.
„ Hauszinssteuer	rd. 1,25	„ „
Sonderleistungen	0,46	„ „
insgesamt	3,11	„ „

Max Severing: „Deutschland unter dem Dawes-Plan“ S. 156.

Insgesamt hatte also die deutsche Wirtschaft 1925 und 26 gut 6 Milliarden mehr an Steuern zu tragen als im letzten Vorkriegsjahr.

Eine prozentual noch stärkere Belastung als durch die Steuern hat die deutsche Wirtschaft durch die sozialen Abgaben erfahren: 1913 1,3 Milliarden, 1925 2,5 Milliarden RM.

Die Preisentwicklung der Erzeugnisse von Industrie und Landwirtschaft steht zu der Steigerung dieser Kostenelemente der Produktion

---

[80]) Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung 1926 S. 389.
[81]) Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung nach Angaben einer Hypothekenbank.

in keinem Verhältnis. Die Indexziffer der Lebenshaltung bewegt sich 1925 und 26 zwischen 135,7 und 143,4 (1913 gleich 100.) Dies geringere Ausmaß der Preissteigerung gegenüber der Kostenerhöhung mußte den Unternehmergewinn verringern, aus dem Kapital gebildet wurde, und die innerbetriebliche Kapitalbildung der Unternehmungen beeinträchtigen.

Wenn auch feststehen mag, daß die eigene Kapitalbildung in Deutschland in ihrem Tempo und Ausmaß hinter der vorkriegszeitlichen weit zurückgeblieben ist und die inflatorischen Auswirkungen auf den deutschen Kapitalfonds nur zum Teil beseitigt hat, so fragt es sich doch, ob nicht ein um so reichlicherer Gegenstrom ausländischer Kredite die Kapitalarmut in Deutschland wenn auch nur aushilfsweise gemildert hat. Diese Frage wird Gegenstand unserer Untersuchung in § 7,1 sein, wo wir die Entwicklung des ausländischen Kapitalzustromes verfolgen wollen. Wir müssen uns an dieser Stelle und für die folgenden Erörterungen mit der einfachen Feststellung begnügen, daß die Auslandskredite keine ausreichende Kompensation für die ungenügende inländische Kapitalbildung darstellten.

Die vorhin geschilderten Vorgänge in der Kapitalbewegung — die Flucht in die Sachwerte, in erster Linie in Produktionsanlagen — die den Produktionsapparat, also den einen Teil des Sachkapitals während der Inflation ungeheuer ausweiteten, hatten einen entsprechenden Rückgang von Geldkapital zur Folge; für die Betriebe bedeutete das Mangel an Betriebskapital, mit dem sie vor allem Rohstoffe einkaufen und Löhne zahlen mußten. Der Rohstoffbezug fand aber gerade in der Zeit vor Kriseneinbruch zum großen Teil auf dem Wege des Kapitalimports statt [82]). In welchem Umfang die Auffüllung der entleerten Rohstoffläger 1924/25 geschah, ist an Hand eines von Prof. Sering gebrachten Diagramms [83]) zu ersehen. Wir wollen nur einige Zahlen aus dem Diagramm anführen. Der Einfuhrüberschuß betrug 1924/25 4,7 Milliarden RM. (Gegenwartswert), der Ausfuhrüberschuß an Fertigwaren in der gleichen Periode 4,2 MilliardenRM.; 1925/26 sind die entsprechenden Angaben 2,7 und 5,6 Milliarden (Gegenwartswert). Diese zum großen Teil kreditierten Rohstofflieferungen auf der einen, die umfangreichen Produktionsanlagen auf der anderen Seite wird es manchen — besonders auch kapitalintensiven — Industrien ermöglicht haben, die Produktion durch Exportforcierung kontinuierlicher zu gestalten als dem verringerten Inlandsabsatz entsprochen hätte, und dadurch das Betriebskapital für Lohnzahlungen zu reproduzieren. Wir haben an früherer Stelle bereits Zahlenangaben über die Ausfuhrsteigerungen in kapitalintensiven Industrien gemacht (siehe Seite 32 ff.). Wenn wir uns einmal den gesamten Ausfuhrhandel ansehen und seine Bewegungslinie in der fraglichen Krisenzeit beobachten, so müssen wir feststellen, daß diese Linie nach oben zustrebt, also daß trotz der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise die Exportindustrie insgesamt eine günstigere Entwicklung verzeichnen kann. Der Verfasser muß hier auf die Ausfuhrziffern und Diagramme

---

[82]) Die Höhe der Wareneinfuhr mit 12,4 Milliarden läßt sich nur durch die Gewährung namhafter Auslandskredite erklären.

[83]) M. Sering: „Deutschland unter dem Dawes-Plan“ S. 187.

späterer Erörterungen hinweisen (siehe Tab. 2 im Anhang der Arbeit). Es liegt die Vermutung nahe, diese eigentümlich kontrastierende Entwicklung in der Ausfuhrindustrie gegenüber der depressiven Lage der übrigen Wirtschaftszweige auf die ebenso eigentümliche Kapitalkonstellation zurückzuführen [84]).

Die Ausführungsindustrien scheinen demnach, in großen Teilen wenigstens, kapitalintensive Industrieen zu sein, die mit ihrem großen Produktionsapparat die Ausfuhr stark forcierten.

Wenn wir einmal die beiden großen Gruppen — die Produktionsmittel — und die Verbrauchsgüterindustrieen — daraufhin untersuchen, welche von beiden anteilsmäßig stärker am Ausfuhrhandel participiert, so werden wir feststellen, daß es die kapitalintensivere Produktionsmittelindustrie ist. Der Verfasser hat auf Grund der Angaben darüber, welche Industrieen in die Gruppe der Produktionsmittelindustrie und welche in die andere Gruppe zu rechnen sind [85]), und an Hand der Ziffern in den Ausfuhrtabellen von „Wirtschaft und Statistik" [86] die Wertziffern des Außenhandels für die Produktionsmittelindustrie im Jahre 1926 errechnet. Der Restanteil der Gesamtausfuhrziffer stellt den Wertanteil der Verbrauchsgüterindustrie dar. Es ergibt sich demnach, daß die Quote für die Produktionsmittelindustrie rd. 5,800 in Milliarden (Gegenwartswert), die der Verbrauchsgüterindustrie rd. 4,000 in Milliarden (Gegenwartswert) beträgt.

Sehen wir uns hiernach die Arbeitslosenziffern in den beiden genannten Hauptgruppen der Industrieen an:

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
in v. H. der erfaßten Gewerkschaftsmitglieder:
in den

		Produktionsmittel-industrien		Verbrauchsgüter-industrien [87]).	
1925	Juli	7,6	12,7		
	August	10,1	13,1		
	September	13,3	12,4		
	Oktober	19,8	16,1	Okt. = 100	
	November	30,0	27,1	151	168
	Dezember	44,8	38,3	226	237

[84]) Die ansteigende Linie der Ausfuhr schon von 1924 ab, einer Zeit guter inländischer Konjunktur, führt der Verfasser auf eine durch verhältnismäßig noch niedrige Löhne ermöglichte Konkurrenzfähigkeit zurück. Wir stellten fest, daß der Anpassungsprozeß dieser Einkommen erst langsam mit der Stabilisierung einsetzte.

[85]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 S. 38.

[86]) a. a. O. 927 Nr. 2 S. 72/73.

[87]) Welche Industrieen zu den beiden Gruppen gerechnet werden — dazu vergl. „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 S. 32 Anmerk. 1; der langen Aufzählung wegen läßt es der Verfasser an dieser Stelle mit dem Hinweis bewenden.

1926	Januar	50,4	51,0	254	316
	Februar	46,9	53,1	237	329
	März	46,5	53,8	235	328
	April	41,3	50,2	208	311
	Mai	37,2	48,8	188	303
	Juni	37,1	46,6	187	298
	Juli	35,9	44,8	181	278

Es liegt die Vermutung nahe, das geringere Abfallen im Beschäftigungsgrad der Produktionsmittelindustrie auf die durch größere Kapitalintensität erzwungene stärkere Ausfuhrsteigerung zurückzuführen.

Die Maschinenindustrie als repräsentativ kapitalintensive Produktionsmittelindustrie scheint unsere Vermutung zu bestätigen. Wir haben bereits früher (siehe S. 32 u. 33) Angaben in Zahlen und einem Diagramm gemacht, die die depressionsmildernde Wirkung der gesteigerten Ausfuhr beweisen.

In Industrieen dagegen, in denen das Anlagekapital eine gegenüber der Arbeitskraft geringere Rolle spielt, bestand von vornherein nicht derselbe Zwang zur Weiterführung der Betriebe, sobald der Inlandsabsatz nachließ. Das Absatzventil gesteigerter Ausfuhr tritt in solchem Fall weniger in Tätigkeit; derartige Industriebetriebe können sich eher und leichter den Bewegungen des Bedarfs nach ihren Erzeugnissen anpassen. Die Folge davon ist der schnellere und stärkere Ausschlag in der Arbeitslosenkurve. Die Arbeitslosigkeit nimmt in solchen Industrieen stärkere Formen an. Das Bekleidungsgewerbe haben wir früher schon als typisch arbeitsintensives Gewerbe anerkennt (siehe S. 31), auch die Lederindustrie ist im Verhältnis zu andern Industrieen kein ausgesprochener kapitalintensiver Gewerbezweig zu nennen. In beiden Gewerben haben wir es mit besonders hohen Prozentzahlen der Arbeitslosigkeit zu tun. (Siehe Blatt und Tabelle I im Anhang der Arbeit.) Beide gehören auch zu den ausgesprochenen Verbrauchsgüterindustrieen, die insgesamt genommen prozentual stärker an der Arbeitslosigkeit participieren als die Produktionsmittelindustrie (siehe Tabelle oben!). Auch hier scheint unsere Vermutung bestätigt, daß der geringere Beschäftigungsgrad in den Verbrauchsgüterindustrieen mit der geringeren Kapitalintensität im Zusammenhang steht, die eine stärkere Belegschaftsreduzierung zuläßt. Es mag zunächst merkwürdig erscheinen, daß kapitalintensive Industrieen, vornehmlich Produktionsmittelindustrieen, weniger unter Kapitalmangel zu leiden hatten, mithin prozentual weniger Arbeiter entlassen mußten als arbeitsintensive Industrieen. Diese Paradoxie klärt sich eben durch die Qualifikation des Kapitalmangels auf. Geldkapital fehlte in erster Linie. Letzteres konnte bei kapitalintensiven Industrieen mit hohem Anlagekapital — so in der Maschinenindustrie — zum Teil auf dem Wege gesteigerter Ausfuhr hereingeholt werden, während es bei den Industrieen arbeitsintensiver Natur — so bei der Lederindustrie — die bei rückgängigem Inlandsabsatz keine Kompensation am Auslandsmarkt suchten oder fanden, im sinkenden Ertrage ihrer Produktion nicht in ausreichendem Maße beschafft werden konnte; was für sie soviel bedeutete als Verkleinerung des Lohnfonds und damit Zwang zu neuen

Arbeiterentlassungen. Die Inflation als Antriebskraft für die gekennzeichneten Wanderungen des Geldkapitals in die Produktionsanlagen hat insbesondere die Unternehmungen mit hohem Anlagekapital von der so notwendigen Ausmerzung überflüssiger Glieder ferngehalten und ihnen zunächst durch inländische Geldinjektionen (vergl. S. 75) und ausländische Kredite die Möglichkeit geboten, allzu scharfe Krisenerschütterungen zu verhindern. Erst als mit Nachlassen dieser konjunkturanregenden Kredite der Gedanke schärfster Rationalisierung zum Durchbruch kam und praktisch betätigt wurde, wurde die latent vorhandene Krise der deutschen Wirtschaft ausgelöst und trat symptomatisch in den Steigerungsziffern der Arbeitslosigkeit in Erscheinung. Diese speziellen auslösenden Faktoren für die Krise wollen wir in § 7 dieser Arbeit behandeln.

Vorher wollen wir noch die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft und ihre Auswirkungen auf Deutschlands Wirtschaft und damit seine Arbeitsmarktgestaltung skizzieren; denn es ist klar, daß die Ungunst der Verhältnisse im Bereich der Weltwirtschaft für einen so stark entwickelten Industriestaat mit wichtigen Ausfuhrindustrieen — wie Deutschland es ist — das Krisenhafte in der Wirtschafsdepression und in der Abwärtsentwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefördert, ja mit verursacht hat.

3

Die Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft und ihr Einfluß auf die deutsche Wirtschaftslage.

Wir haben in den letzten zwei Abschnitten von Ursachen der Krise gesprochen, die ihrerseits Wirkungen der Inflation waren. Die Inflation mit anschließender Währungsstabilisierung erkannten wir als den bestimmenden Wandlungsfaktor, der in seinen einzelnen Auswirkungen den Arbeitskraftbedarf in der deutschen Wirtschaft herabminderte.

Während dieser gesamte Prozeß wirtschaftlicher Wertevernichtung, wie ihn die Inflation darstellte, innerhalb der deutschen Volkswirtschaft zum Entstehen kam und von hier aus das Gefüge der Wirtschaft und die Struktur des Arbeitsmarktes ungünstig beeinflußte, so kommen wir im Folgenden an die Behandlung von Vorgängen, die ihren Ursprung außerhalb der deutschen Wirtschaftsgrenzen haben, die aber innerhalb der deutschen Wirtschaft zu bedeutsamen unheilvollem Einfluß gelangten. Die Betonung dieser Unterscheidung ist nicht ganz belanglos, insofern als die außerhalb deutscher Wirtschaftssphäre gesetzten Ursachen für die deutsche Arbeitsmarktkrise im ganzen auch deutscher Machtsphäre entrückt sind; die deutsche Wirtschaftspolitik im Sinne einer Krisentherapie wird von sich aus mit eigenen Mitteln kaum die Möglichkeit haben, diese Ursachen hinwegzuräumen, während dies bei den innerwirtschaftlichen Ursachen denkbar und möglich ist.

Wenn wir von Strukturwandlungen der Weltwirtschaft reden, so setzen wir voraus, daß es ein solches „Sozialwirtschaftsgebilde" gibt, nicht bloß auf Grund einer Fiktion, sondern als eine lebendig wirkende

Einheit. Das ist bestritten. Was aber niemand abstreiten kann, ist die Tatsache, daß die einzelnen nationalen Wirtschaftseinheiten in wechselseitigen Beziehungen zueinanderstehen, ja, und das ist vielleicht von größter Bedeutung — stehen müssen. Die früher vorhandenen losen Beziehungen sind im Laufe der Zeit mit Bevölkerungszuwachs und Bedürfniserweiterung zu Abhängigkeiten geworden, so daß es heute keine autarkische Wirtschaft mehr geben kann. Warum soll man aber nicht ein derartig eng verflochtenes Gebilde eine Einheit nennen?

Wir halten also daran fest, daß sich uns die Weltwirtschaft als eine Einheit darstellt, in der die Einzel- bzw. Volkswirtschaften der Erde mit lebenswichtigen Belangen wechselwirksam miteinander verbunden sind.

Der Einheitscharakter der Weltwirtschaft ist durch die vollzogenen, wie die noch in Bewegung befindlichen Wandlungen nicht aufgehoben — selbst die Nationalitätsidee in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung nach Verselbständigung, nach Autarkie, kann diese Einheit nicht zerstören. Von dieser eben genannten Nationalitätsidee haben die Wandlungen und Veränderungen der Weltwirtschaftsstruktur ihren Ausgang genommen — man möchte sagen — von ihr sind sie angestiftet worden. Die Nationalitätsidee ist zunächst ein im Staatsbewußtsein wurzelnder Begriff, der aber notwendigerweise, zum Leben erwacht, das rein Wirtschaftliche mit umfaßt, ja im Streben nach Werden und Wachsen gerade im Wirtschaftlichen sein Lebenselixier findet. Ansehen und Macht eines Staates nimmt mit wirtschaftlicher Erstarkung und Verselbständigung zu — Amerika, Italien zwei Beispiele! Italien vor allem durch die Entwicklung der Automobil- und Kunstseidenindustrie.

Diese Idee hat wohl in allen Ländern Wurzel gefaßt und Energieen ausgelöst, die nationalwirtschaftliche Bestrebungen förderten. Im Hinblick auf jene Ideenwelt mit ihrem Einfluß auf die Gestaltung volkswirtschaftlichen Eigenlebens müßte man nun eigentlich durch alle Länder der Erde einen Rundgang antreten, um den Grad der gegenüber der Vorkriegszeit gesteigerten Intensität und Mannigfaltigkeit des nationalen Wirtschaftslebens zu messen und die Mittel aufzuzeigen, deren sich die nationale Wirtschaftspolitik jeweils bedient, um dann die so bedingten Veränderungen mit ihrer Auswirkung auf Deutschlands Wirtschaft festzustellen. So interessant diese Untersuchungen auch sein mögen — sie würden den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Wir müssen uns deshalb mit ein paar Hinweisen begnügen, die skizzenhaft an sich bekannte Vorgänge vor Augen führen. Lenken wir zunächst unsere Blicke nach den außereuropäischen Ländern, so sehen wir dort an vielen Stellen die Nationalbewegungen vorwärtsschreiten und im Gefolge die einzelnen Länder nationalwirtschaftlich aufblühen. Das britische Imperium sieht seine Schützlinge — die Dominions — immer selbständiger werden und sich gegen das Mutterland abschließen. Das „Committee on industry and trade“, das die Aufgabe hatte, die gegenwärtige, weltwirtschaftliche Situation für die englische Industrie zu untersuchen, kommt in seinem Bericht zu der bemerkenswerten Feststellung, daß die größten Zoll-Tariferhöhungen, denen sich die englische Industrieausfuhr in der Nachkriegszeit gegenübersieht, innerhalb des Empire zu finden sind, da hier die

durchschnittliche Belastung dem Werte nach um fast 2/3 gestiegen sei. Diese Erhöhung wird nur zum Teil durch die gewährte „preference" ausgeglichen [88]).

Das reiche Ausbeutungsland der Chinesen wirft in nationalbewußter Gesinnung seine Ketten ab. die ihnen wirtschaftsmächtige und expansionslüsterne Völker einst umgelegt hatten, um autonome Wirtschaftspolitik zu treiben.

Die südamerikanischen Staaten verfolgen in denselben Bestrebungen Verselbständigung ihrer Wirtschaft, Loslösung vom europäischen Kontinent [89]) und Kontingentierung der Einwanderer.

Japan und die Vereinigten Staaten von Nordamerika stellen sich an die Spitze in diesem Kampf um Autarkie. Das überall außerhalb Europas erwachende und gesteigerte Nationalbewußtsein führte konsequenterweise zu einem Neumerkantilismus in den einzelnen Volkswirtschaften. Ganz ähnliche Mittel merkantiler Wirtschaftspolitik als im 17. und 18. Jahrhundert wurden auch nun benutzt, um die eigene Wirtschaft zu fördern. Um nur einige zu nennen: Einwanderungsbeschränkung, Einfuhrabwehr, Ausfuhrforcierung — das waren damals und sind auch heute die vornehmlichsten Mittel nationaler Wirtschaftspolitik. Diese aus der Nationalitätsidee erwachsenden Bestrebungen auf dem Gebiete des Wirtschaftlichen wurden nun durch den Krieg nicht gehemmt, sondern im Gegenteil sehr gefördert. Die Idee als solche mußte ja an sich schon durch die Entfachung der Kriegsleidenschaften angeregt und gehoben werden. Aber auch davon abgesehen, löste die durch den Krieg verursachte Unterbrechung wirtschaftlicher Beziehungen der Nationen untereinander zwangsweise eine stärkere nationale Eigenbetätigung im Wirtschaftlichen aus. Viele Staaten — vor allem außer Europas — soweit sie in ihrer Industrieentwicklung noch verhältnismäßig weit zurück waren und auf europäische Industrieerzeugnisse angewiesen waren, mußten nunmehr die ausbleibenden Einfuhrwaren durch heimische Produktion hervorbringen. So wurden neue Industrieen unter dem Zwang der Verhältnisse errichtet und nach dem Kriege und der Wiederherstellung normaler Handelswege zu halten versucht. Schutz der nationalen Arbeit — unter dieser Losung wurden Schutzzollmauern errichtet, hinter denen die jungen Industrieen vor der rauhen Luft ausländischer Konkurrenz geschützt, allmählich erstarken und wettbewerbsfähig werden sollten. Das Zollsystem der Erziehungszölle von List machte Schule — alle Staaten schienen plötzlich auf der Entwicklungsstufe angelangt zu sein,

---

[88]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 171: Art. v. Charlotte Leubuscher „Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions" S. 63.

[89]) Während der Anteil der Union an der Gesamteinfuhr in die lateinisch-amerikanischen Staaten im Jahre 1913 auf 24 % geschätzt wurde, veranschlagt man ihn für das Jahr 1925 auf gegen 55 %. Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 171 Art. von Tuckermann: „Die Neuindustrialisierung der Erde", S. 46.

auf der es galt, in Vorbereitung zur höchsten Stufe wirtschaftlicher Produktivität die weiter entwickelten Länder durch Zölle und andere Einfuhrbeschränkungen fernzuhalten.

So haben sich die außereuropäischen Länder in erster Linie mehr und mehr industrialisiert und vom europäischen Import emanzipiert. Die einheimischen Rohstoffe gingen zum großen Teil nicht mehr außer Landes, um als Fertigfabrikate wieder zu kommen, sondern blieben im Lande und wurden von einheimischer Industrie verarbeitet und zum Teil exportiert. Robert Friedländer führt in seinem Buch „Chronische Arbeitskrise" [90]) ein Beispiel an, das die Veränderungen deutlich illustriert: „Die Baumwollspindeln der Welt betrugen 1913 rd. 144 Millionen, 1924 159 Millionen. Das Plus verteilt sich im wesentlichen auf Indien, China, Japan, Nordamerika, Brasilien, also auf diejenigen Länder, die Ziele des Exportes von Baumwollprodukten waren. Da aber von den europäischen Spindeln ein Teil auf Export arbeitete, etwa 30 Millionen, so bedeutet die Einrichtung von 15 Millionen Spindeln in den Importländern einen dauernden Verlust eines höchst bedeutenden Teiles an Exportmöglichkeiten der Baumwollindustrie."

Prof. Tuckermann [91]) schätzt z. B., daß in Indien unter Einrechnung des Bedarfs der Heimarbeit beinahe die Hälfte der indischen Baumwolle im eigenen Land verarbeitet wird. Bezeichnend ist auch — wieder eine Angabe des obengenannten Autors — daß, während vor dem Kriege die englische Textilmaschinenindustrie nach Indien überhaupt keine Ausfuhr hatte, im Jahr 1922 hierhin ²/₅ ihrer Ausfuhr gingen [92]).

Die Zahl der Baumwollspindeln in China stieg von etwa 1 Million vor dem Kriege auf über 3¹/₃ Millionen 1925; in Japan von rd. 2,2 Millionen Baumwollspindeln 1914 auf 5 Millionen 1925; in Brasilien von 1 Million 1911 auf 1,8 Million 1925 [93]).

Die autarkischen Bestrebungen erfaßten ebenso die europäischen Länder, wodurch auch gerade Deutschland hart betroffen werden mußte, weil sein Hauptexport vor dem Kriege (1913 mit 76,2 %) in die europäischen Länder ging [94]). Hier sind es nicht nur die neugeschaffenen Staatengebilde, die ihre aus den alten wirtschaftlichen Zusammenhängen losgerissenen Industrieen mit Schutzzollmauern umgaben, um sie am Leben zu erhalten — auch die Länder des alten Europa neigten zu einem fast schrankenlosen Protektionismus. Es seien nur erwähnt: die Abkehr Englands vom Freihandel durch die Industrieschutzgesetzgebung zur Förderung der sogenannten Schlüsselindustrieen [95]), ferner die Wirt-

---

[90]) a. a. O. S. 22.

[91]) „Die Neuindustrialisierung der Erde" S. 31/32.

[92]) Tuckermann: „Die Neuindustrialisierung der Erde" S. 31/32.

[93]) Charlotte Leubuscher: „Ziele und Mittel der Handelspolitik in den britischen Dominions" S. 35, 39 und 53.

[94]) Max Sering: „Die Deutsche Wirtschaftskrisis" S. 198.

[95]) Die „Safeguarding of Industry act" trat am 10. 1. 1921 in Kraft. Vergl. Plaut „Deutsche Handelspolitik" 1924 S. 198.

schaftspolitik in Spanien [96]) und vor allem in Italien, wo man mit aller Macht und denkbaren Mitteln nationale Industrieen schafft und hochzüchtet.

Für Italien sei erinnert an die Entwicklung der Automobil- und Kunstseidenindustrie. So hat der Aufschwung in der Automobilindustrie bewirkt, daß für das Wirtschaftsjahr 1925 in der Handelsbewegung die Ausfuhr von Automobilen an die dritte Stelle gerückt ist, und auch westliche Industriestaaten wie Groß-Britannien, die Schweiz und Deutschland beachtenswerte Abnehmer sind [97]).

Außerordentlich eindrucksvoll ist die Erstarkung der Kunstseidenindustrie. In der Vorkriegszeit war die Einfuhr größer als die Ausfuhr — in den letzten Jahren hat diese Industrie in Italien einen ungeahnten Aufschwung genommen, so daß sie heute den zweiten Platz in der Weltproduktion behauptet. (Amerika steht an erster Stelle.) Die Snia Viscosa in Mailand-Turin ist wohl das größte Unternehmen der europäischen Kunstseideindustrie. Die Ausfuhr an Kunstseide hat sich im Jahre 1923 auf 2,3 Millionen, im Jahre 1925 auf über 8,5 Millionen kg gesteigert, während sich die Einfuhr 1925 auf knapp 0,6 Millionen kg beziffert [98]).

Ausfuhr-Anteile am Welhandel (Welt = 100).

		1913	1924	1925	1926		1913	1924	1925	1926
Europäische Länder	Deutschland	15,1	7,2	8,6	9,9	Europäische Länder				
	England	16,1	16,0	15,3	14,8		67,0	57,3	56,4	57,9
	Italien	3,1	2,9	3,0	3,0					
	Belgien	4,4	3.0	2,8	2,5					
	Frankreich	8,4	10,0	8,8	8,1					
	Niederlande	5,2	2,9	3,0	3,0					
	Oesterreich	3,5	1,3	0,9	0,9					
Außereurop. Länder	Verein.Staaten	15,4	20,6	19,8	19,9	Außereurop. Länder				
	Japan	2,0	3,3	3,7	4,0		33,0	42,7	43,6	42,1
	Canada	2,8	4,8	5,2	5,3					
	Britisch-Indien	4,9	5,4	5,9	4,9					

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Heft 2 v. 1926 Übers. 6; z. T. selbst errechnet.

[96]) In Spanien macht man Staatssubventionen oder Steuererlassungen für private Unternehmungen davon abhängig, daß diese ihren Bedarf an Metallwaren und Maschinen bei der heimischen Industrie decken. Vergl. Sering: „Deutschland unter dem Dawes-Plan“ S. 138.

[97]) Tuckermann: „Die Neuindustrialisierung der Erde“ S. 10.

[98]) Tuckermann: „Die Neuindustrialisierung der Erde“ S. 11.

Was hatten nun alle diese eben gekennzeichneten Wirtschaftsmethoden und ihre Auswirkungen zur Folge, mußten sie zur Folge haben? Verschiebungen in den Handelsbeziehungen der Länder untereinander. Die Handelsbilanzen der Volkswirtschaften mußten also ein sichtbar anderes Aussehen bekommen. Und das war auch der Fall. Man ersieht aus den Ziffern und Diagrammen (Tab. 2 im Anhang der Arbeit und Zahlen in der Tabelle der Fußnote siehe vorige Seite!) deutlich, wer in dem Wirtschaftskampf gegeneinander als Sieger hervorging. Der große Block „Außer-Europa". Europa insgesamt mußte zurückweichen und große Handelskontigente an Außer-Europa abgeben. Und Deutschland wurde von allen europäischen Ländern — wenigstens Hauptwirtschaftsländern — am schwersten getroffen, indem es die relativ größte Einbuße am Ausfuhrhandel erlitten hatte.

Wir wollen uns jetzt an Hand der Zahlentabelle in Fußnote voriger Seite und der Tabelle 2 (i. Anhang d. Arbeit) die Verschiebungen im Welthandel ansehen[99]). Sie zeigen uns die Aenderung der Quotenverteilung am Welthandel. Die Stabilität der Quotenanteile, die vor dem Kriege ziemlich herrschend war, hat in dem Jahre nach dem Kriege — besonders seit 1924 — einer starken Labilität Platz gemacht. Die europäischen Länder lassen alle (mit Ausnahme von Frankreich infolge seiner Valutakonkurrenz) ein Absinken der Quoten erkennen, das den Verlust am Ausfuhranteil des Welthandels kennzeichnet. Deutschlands Linie stürzt am rapidesten dem Tiefpunkt zu, sein Ausfuhranteil ist relativ am stärksten gesunken; nämlich gegenüber 1913 um mehr als 50 %.

Die außereuropäischen Länder hingegen zeigen ein Ansteigen der Quoten, das die Zunahme des Ausfuhranteils am Welthandel zum Ausdruck bringt.

Vergleichen wir die europäischen und außereuropäischen Länder insgesamt miteinander 1913 gegenüber 1926, so sehen wir, daß 10 % am Welthandel Europa von Außer-Europa abgenommen wurde.

Die Tabelle 2 gibt eine variierte Darstellung über die gleichen Vorgänge wie die Zahlentabelle in der Fußnote voriger Seite wieder. Sie veranschaulicht vielleicht die Verschiebungen im Welthandel noch deutlicher. Der Verfasser hat den Ausfuhrhandel der einzelnen Länder im Jahre 1913 gleich 100 gesetzt und die Veränderungen in den angegebenen Jahren gegenüber 1913 errechnet und eingezeichnet. Wir sehen deutlich, wie Außer-Europa auf Kosten Europas im Welthandel Eroberungen gemacht hat, und wie von den europäischen Ländern Deutschland außer Oesterreich prozentual die größte Einbuße erlitten hat. Die absoluten Ziffern für Deutschland sind folgende:

Ausfuhr in Millionen RM. (in Vorkriegswerten ohne Reparationsleistungen).

1913	1924	1925	1926
10089,8	4311,6	5556,3	6643,3

[99]) Die Tabellen berücksichtigen nicht die Inflationsjahre, in denen die Ausfuhranteile der valutakonkurrierenden Länder anstiegen und — kurvenbildlich gesehen — dem Linienverlauf „Frankreich" ähnelten. (Siehe Tab. 2.)

Aus diesen durch amtliche Zahlen unwiderlegbar gewordenen Tatsachen können wir nun wohl den Schluß ziehen, daß die rückgängige Bewegung der Ausfuhrziffern eine rückläufige Konjunktur in den entsprechenden Ausfuhrindustrieen bewirken mußte; und daß infolge der graduell stärksten Abwärtsbewegung im Ausfuhrhandel Deutschlands der ungünstige Einfluß auf seine Exportindustrie auch am wirksamsten werden mußte. Wenn der Verfasser an anderer Stelle auf die kontrastierenden Entwicklungen in der Ausfuhrindustrie und der übrigen Wirtschaft in der Krisenzeit 1925/26 hinwies und aus der Aufwärtsentwicklung im Außenhandel und damit der Ausfuhrindustrie auf eine geringere Arbeitslosigkeit in ihr schließen konnte, so hindert diese Tatsache natürlich nicht die Feststellung, daß infolge des Ausfuhrrückganges gegenüber 1913 die Exportindustrie in Deutschland ganz erhebliche Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vornehmen mußte. Daß der Tiefpunkt der Ausfuhrkurve und der Höhepunkt der Krise nicht zusammenfallen, sondern zeitlich einander folgen, erklärt sich — wie wir früher schon feststellten — daraus, daß die Ausfuhrindustrieen in kompensatorischer Absicht in der Depressionsperiode der Wirtschaft ihre Ausfuhr stark steigerten und mit Hilfe der vorherigen Kapitaleinfuhr vom Auslande steigern konnte.

Das Institut für Konjunkturforschung hat den Versuch gemacht zu berechnen, wieviel Arbeitskräfte in Deutschland durch die Verminderung des Auslandsabsatzes frei geworden sind [100]). Es führt aus, daß die für die Frage der Arbeitslosigkeit entscheidenden Veränderungen auf dem Gebiete der Fertigfabrikate liegen; denn auf dem Gebiet der Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel hat sich im Endergebnis kaum etwas geändert. Diese Warengruppen weisen nämlich 1913 einen Einfuhrüberschuß von 5,7, 1925 einen solchen von 5,6 Milliarden auf. Auf dem Gebiete der Fertigfabrikate ist die Einfuhr 1913 gegenüber 1925 die gleiche geblieben, die Ausfuhr hat sich jedoch von 6,7 auf 4,7 Milliarden gesenkt. Das Institut stellt nun folgende Ueberlegung an: wäre die Aufnahmefähigkeit des Auslandsmarktes bei gleichbleibenden Preisen um 2 Milliarden größer gewesen, so hätte dies vermutlich keine Vermehrung des Produktionsapparates bedingt, dessen Kapazität für die Mehrproduktion wohl ausgereicht hätte. Die Mehreinfuhr der dann notwendigen Rohstoffe zur Verarbeitung schätzt es auf 20 % der angenommenen Mehrausfuhr von 2 Milliarden, also auf 0,4 Milliarden. Die verbleibenden 1,6 Milliarden strömen nicht voll dem Arbeitsmarkt zu, sondern werden zu einem Teil in Zins- und Unternehmereinkommen umgewandelt, so daß nicht viel mehr als 1 Milliarde nach Vorkriegswert zu Lohnzahlungen zur Verfügung stehen würden, d. h. bei Annahme eines Arbeitslohnes von 1000 RM. je Kopf nach Vorkriegswert ungefähr soviel, als erforderlich wäre, um eine Million Erwerbstätige in Nahrung zu setzen. Unter Abzug der Arbeitskräfte, die durch die Sachlieferungen auf Grund des Friedensvertrages gebunden werden, kommt

---

[100]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 v. 1926 S. 15.

das Institut zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch Verminderung der Ausfuhr auf rd. ³/₄ Million, also einem beträchlichen Bruchteil der Gesamtarbeitslosigkeit (über 2 Millionen).

Wenn nun auch diese auf Schätzungen und gewagten Berechnungen beruhende Zahl niemals Wirklichkeitswert beanspruchen kann, und auch garnicht soll, so hat sie doch den Wert, uns den Export als wesentlichen Bindungsfaktor von Arbeitskräften zu beweisen. Dieser ist in Deutschland erheblich zurückgegangen; die weitere Folge mußte sein — Stillegung entsprechender Betriebe und Freisetzung von Arbeitern.

Wir gingen davon aus, daß der nationale Wille der einzelnen Völker die Antriebskraft war, die in autarkischer Zielrichtung positive Handlungen zur Abwehr anderer Staaten bewerkstelligte und nannten unter ihnen vor allem den Protektionismus, der hohe Zollmauern aufrichtete. Es gibt nun Wissenschaftler, die da behaupten — man überschätze den Einfluß derartiger Zollpolitik in damaliger Zeit, vor allem, wenn man sich vergegenwärtige, daß das Gesamtniveau der Zölle im Vergleich zum erhöhten Preisniveau der Waren kaum überhöht sei. So sagt Prof. Eulenburg [101]) unter anderem: „Das Ergebnis meiner Ermittlungen ist, daß die deutsche Ausfuhr unterschiedlich belastet wird. Einzelne Industriezweige, wie etwa die chemische Industrie sind tatsächlich von der Erhöhung der Zölle betroffen. Aber im ganzen glaube ich, daß die Zollpolitik nicht für das Einschrumpfen des Handelsvolumens insgesamt verantwortlich gemacht werden kann. Bestätigt wird dieses Ergebnis — so sagt er weiter — noch durch einen anderen Umstand. Wenn nämlich die amerikanische Ausfuhr auf Kosten der europäischen gewachsen ist, so zeigt das deutlich, daß die Zunahme der ersteren durch die Zollpolitik jedenfalls nicht gehindert worden ist." Dieser Satz ist sicherlich richtig — aber, als einzige Schlußfolgerung aus der Tatsache der amerikanischen Exportsteigerung auf Kosten der europäischen Ausfuhr ungenügend; denn der Hauptgrund für die Ueberspringung europäischer Zollmauern liegt wohl darin, daß Amerika weit billiger produzieren kann als Europa und deshalb die Zölle selbst tragen kann, ohne die Grenze der Wettbewerbsunfähigkeit erreicht zu haben. Was daher für Amerika kein Hindernis war, ist es für Europa doch gewesen. Deshalb glaubt der Verfasser,daß die Absperrungspolitik außer europäischer Länder ein gut Teil rückgängiger Ausfuhr verschuldet hat. Ein weiteres Argument der Praxis, das dieser Annahme günstig ist, ist die zweifellos vorhandene Neuindustrialisierung der Länder, von der vorhin die Rede war. Eine solche Entwicklung ist doch nur denkbar unter dem Schutz von abwehrenden Zöllen. Ohne sie ist ein derartiger Versuch von vornherein aussichtslos.

Unsere Betrachtungen haben gezeigt, welche starken wirtschaftlichen Energien aus der Nationalitätsidee hervorgingen und früher aufeinander eingespielte Kräfte in der Weltwirtschaft aus der Gleichgewichtslage gebracht haben. Die Ruhelage ist noch nicht erreicht, deshalb auch das veränderte Bild der Weltwirtschaft noch unklar und unfertig. Doch

---

[101]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 182 S. 82.

lassen sich gewisse Grundlinien im veränderten System der internationalen Arbeitsteilung erkennen, die interessante Aufschlüsse und Ausblicke ermöglichen — Ausblicke, die auch für die künftige Umstellung europäischer und damit deutscher Wirtschaft von Bedeutung sein können.

Die fortschreitende Industrialisierung, namentlich in den Ländern der tropischen Zone, hat die Lehre List's von der internationalen Arbeitsteilung zwischen Ländern der gemäßigten und tropischen Zone widerlegt — wenigstens die extreme und starre Auffassung als irrtümlich bewiesen. Die natürliche Arbeitsteilung war eben keine natürliche, sondern nur eine historisch gewordene. Die mächtigsten Länder schritten in der Wirtschaftsentwicklung voran und hinderten andere am Aufstieg zur erfolgreichen Konkurrenz. Der Industrieblock „Europa" brauchte außereuropäische Rohstoffe und Unterhaltsmittel. Sie waren Voraussetzung dafür, daß ihre Industrieen und ihre wachsenden Menschenmassen leben konnten. Der Standort vieler Industrieen lag weit ab von den Rohstoffquellen; z. B. in der Textilindustrie. Daß sich solche von der Rohstofforientierung abweichende Industrieen entwickeln konnten, lag an mancherlei Kostenvorteilen, von denen z. B. einer durch eine geschulte und leistungsfähige Unternehmer- und Arbeiterschaft erzielt wurde.

Diese Arbeitsorientierung bedeutete eben die Wahl des „günstigsten Standorts". Ein solcher „günstigster Standort" braucht nicht zu allen Zeiten der günstigste zu bleiben.

Der Krieg ließ eine Gegenentwicklung aufkommen, die standortsmäßig betrachtet, auf vielen Gebieten einen Wechsel des „günstigsten Standorts" anbahnte und förderte. Die Rohstoffländer, deren Bevölkerung nach List auf Grund ihrer Rasseveranlagung und infolge klimatischer Verhältnisse Tauschländer für die europäischen Industriegebiete bleiben würden, sie erfüllten die Erziehungsaufgabe, Unternehmertum und Arbeiterschaft heranzubilden zu einer industrieellen Armee, die zwar noch hinter Mauern hoher Zölle kämpft, aber im Laufe der Zeiten zu offenem Kampf bereit stehen wird gegen die alten Armeen in Europa. Dann ist der Wechsel des „günstigsten Standorts" vollzogen. Dem natürlichen Vorsprung der Rohstoffüberlegenheit in den tropischen Ländern hat sich der Kostenvorteil einer gelernten und leistungsfähigen Arbeiterschaft zugesellt, so daß diese neuen Industrieländer auf manchen Gebieten den alten überlegen sein werden.

Die Geschichte vollzieht sich nun aber nicht in Explosionen, die alle bisherige Ordnung auflöst, sondern in Evolutionen, die langsam und in Übergängen fortschreiten. Die „raumwirtschafliche Produktionsdifferenzierung" [102]), wie Prof. Harms sinngemäß von der internationalen Arbeitseinteilung spricht, bedingt in ihrer Verschiebung eine Veränderung im internationalen Warenaustausch dertausch dergestalt, daß — wie Robert Friedländer sagt [103]): „an die Stelle der Formel Reis gegen Schienen, Tee gegen Kattun immer mehr die Formel Reis gegen Walzwerke, Tee gegen Spinnmaschinen treten wird."

---

[102]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 172 S. 49.
[103]) „Chronische Arbeitskrise" S. 23/24.

So schafft die Neuindustrialisierung für die älteren Staaten neue Möglichkeiten des Absatzes und der Ausfuhrentfaltung. „Eine neue Arbeitsteilung auf erweiterter Stufenleiter", von der Prof. Eulenburg einmal sprach [104]), wird die nächste historische Etappe weltwirtschaftlicher Entwicklung sein [105]). Das so gestaltete Uebergangsstadium wird die erstgeschilderten Gefahrenmomente späterer Entwicklung kaum wirksam werden lassen, sondern nach vollzogener Umstellung auf die neuen Produktionsgrundlagen voraussichtlich eine Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte, nicht zuletzt der Arbeitskräfte anregen. Man kann daher von dieser Seite her auch für Deutschland, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch gesehen, eine Aufwärtsentwicklung erhoffen.

Fassen wir die Erörterungen im letzten Ergebnis zusammen, so können wir abschließend die Frage, ob weltwirtschaftliche Struktur-Wandlungen den deutschen Wirtschaftsablauf gestört und weiterhin auf den Arbeitsmarkt im Sinn einer stärkeren Belastung eingewirkt haben, nunmehr bejahen und die Relation zwischen beiden Bewegungen als Kausalitätsverhältnis bezeichnen.

Von außen her kamen Kräfte heran, bohrten und nagten am Gefüge der deutschen Wirtschaft, verengten seine Basis und wurden so zu Ursachenträgern der deutschen Wirtschaftslähmung. Der fremde Wille, der uns dahin brachte, erschwert auch eine Behebung durch eigenen Willen, durch nationale Handlungen.

Die Möglichkeiten künftiger Entwicklung haben uns aber gezeigt, daß wiederum von außen her Kräfte entstehen können — diesmal als Ueberträger günstiger Bewegungen, welche die gebannten wirtschaftlichen Energieen neu beleben und in den Produktionsprozeß einschalten können.

§ 7

Die speziellen auslösenden Faktoren für die Krise.

Die beiden letzten Paragraphen (§§ 5 und 6) sollten den allgemeinen Hintergrund abgeben, ohne dessen Darstellung und Anschauung die krisenhafte Erschütterung der deutschen Wirtschaft in ihrer weitergetragenen Wirkung auf den deutschen Arbeitsmarkt 1925/26 nicht recht verständlich sein würde. Zu erklären bleibt noch, warum gerade in dem engbegrenzten Zeitraum einiger Monate (Oktober 1925 — März/April 1926) die Krise zum Durchbruch kam, warum nicht früher, und warum wurde sie so bald durch eine günstigere Arbeitsmarktentwicklung abgelöst? Die speziellen Auslösungsfaktoren für die Krise gerade in der Wende 1925/26 werden uns sogleich im Abschnitt 1 und 2 beschäftigen. Die andere Frage nach den Ursachen für die Aufwärtsentwicklung nach der Krise steht im letzten Kapitel (IV) zur Beantwortung.

---

[104]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 172 S. 85.

[105]) Diese Umstellung in angedeuteter Richtung scheint sich bereits anzubahnen, wenn man die steigenden Ausfuhrziffern der eisenschaffenden und verarbeitenden Industrieen als Zeichen dafür ansehn kann.

1
Die Verlangsamung des ausländischen Kapitalzuflusses.

Andeutungsweise wurde schon (S. 65) auf die konjunkturanregende Wirkung von Auslandskrediten wie auch von inländischer Zahlungsmittelvermehrung hingewiesen. Diese beiden finanziellen Vorgänge haben die eigentlich bei der Stabilisierung der Markwährung Ende 1923 fällig gewesene Krise in Deutschland hinausgeschoben und erklären zugleich die Aufschwungskonjunktur in einer Zeit, da Deutschlands Lebensbedingungen soviel ungünstiger geworden waren.

Die starke Vermehrung des deutschen Geldumlaufes setzte gleich nach der Stabilisierung der Währung mit Ausgabe der Rentenmark seit dem 15. 11. 23 ein. Die Rentenmarkscheine wurden dem Verkehr durch Darlehen an das Reich und an die Wirtschaft zugeführt. Diese Darlehnsgewährung hat die Kaufkraft der Massen und der Unternehmer bis Ende Dezember 1923 schon um mehr als 2 Milliarden Mk. gesteigert. (Wirtschaft und Statistik 1924 S., 57). Der Geldumlauf wurde dadurrch um den 3fachen Betrag erhöht. (In der ersten Hälfte November 1923 betrug er in Goldmark nur 800 Millionen)[106]). Die am 7. April 1924 durch die Reichsbankleitung erfolgte Kreditrestriktion war im Hinblick auf inflatorische Anzeichen (Preissteigerung, Marktverschlechterung) vorgenommen worden und bedeutete für die Wirtschaft einen Hemmschuh in der Aufschwungskonjunktur, weil das Tempo der Kaufkraftschöpfung eine Verlangsamung erfuhr. Damit wurde das Bedürfnis nach Auslandsanleihen wach. So gelang es bereits im 3. Vierteljahr 24 einigen deutschen Industrieverbänden und Privatfirmen Anleihen zumeist auf kurze Frist und für die Finanzierung von Exporten im Ausland aufzunehmen. So wurde von englischer Seite (der Prudential Insurance Co.) im August 1924 dem Norddeutschen Lloyd eine 10jährige Anleihe von 1 Million Pfund Sterling gewährt. Auch holländische, schweizerische und schwedische Banken brachten Ende 1924 Markanleihen privat unter[107]). Doch erst die Annahme des Dawes-Abkommens vom 31. August 1924 öffnete der deutschen Wirtschaft in ungeahnter Weise die ausländischen Kreditmärkte, voran den amerikanischen. Die Reihe beginnt mit der am 14. Oktober 1924 in New-York und London aufgelegten Reparationsanleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark.

Es folgten andere große Anleihen, bis der Zustrom der Auslandskredite im Februar 1925 seinen Höchstpunkt erreicht hatte. Die folgenden Monate sind geradezu durch eine Pause in der Aufnahme von Auslandsanleihen gekennzeichnet. Im März 1925 wurde eine einzige emittiert, vom April bis Juni 1926 ruhte die Emissionstätigkeit ausländischer Bankinstitute völlig, setzte vom Juli ab langsam wieder ein und erreichte in den Monaten November und Dezember 1926 eine ziemlich bedeutsame

---

[106]) M. Sering: „Die Deutsche Wirtschaftskrisis" S. 44 Anmerk. 1,

[107]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik 3. Teil Bd. 174 Art. von R. Kuczynski: „Deutsche Auslandsanleihen seit 1924" S. 5.

Höhe. In den zwei Monaten allein war die Auslandsverschuldung über 1/2 Milliarde hoch, nämlich 544,4 70 Millionen RM [108]).

Sieht man sich in der angegebenen Tabelle in der Rubrik „Kreditnehmer" diese näher an, so erkennt man, daß die Kredite vornehmlich großen und allergrößten Unternehmungen zugute kamen, die Klein- und Mittelbetriebe ausgeschlossen blieben. In dem mehrfach erwähnten Bericht des V. D. M. A. heißt es auf Seite 56 wörtlich: „Während einzelne große Maschinenbaufirmen ihren Geldbedarf im Laufe der beiden Berichtsjahre (1925 und 1926) mit Hilfe ausländischer Kredite und Anleihen decken konnten, blieb dieser Weg der großen Zahl der mittleren und kleineren Werke verschlossen." Andere Industriezweige werden ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Eine allgemeine, die gesamte deutsche Wirtschaft erfassende Kreditierung hatte aufgehört, als die Vermehrung des Geldumlaufs im Juli 1925 mit rd. 5 Milliarden RM zum Stillstand gelangt war [109]). Die in den folgenden Monaten noch einströmenden Kredite waren wohl in der Hauptsache „Einfuhrkredite" und keine „Geldkredite", d. h. es waren Warenlieferungen vom Auslande mit Zielgewährung. Die durch solche Auslandskredite zur Verfügung gestellte Kaufkraft wirkte sich unmittelbar auf dem Auslandsmarkt aus und versorgte gleichzeitig die betreffenden inländischen Unternehmungen mit Rohstoffen und Lebensmitteln, mittels deren sie noch eine Zeitlang weiter produzieren und ihre Arbeiter unterhalten konnten. Doch die konjunkturanreizende Wirkung der Auslandskredite durch Zahlungsmittelvermehrung hatte aufgehört, Kapital- und Kaufkraftknappheit traten damit in Erscheinung. Der durch die Inflation verursachte Einschrumpfungsprozeß des Kapital- und Einkommenfonds des deutschen Volkes konnte nun erst im Augenblick, da weder die Reichsbank noch durch Vermittlung der Reichsbank das Ausland den Notenumlauf als Kaufkraft- und Betriebsmittelquelle weiterausdehnten, zur vollen wirtschaftsgesetzlichen Auswirkung gelangen. Ohne genügendes Betriebskapital können die Unternehmungen weder Rohstoffe einkaufen noch Löhne zahlen, noch auch selber ihre Warenlieferungen kreditieren — ein großer Nachteil im Konkurrenzkampf. Die Folge mußte sein und war es, daß in diesem Augenblick die Krise in der deutschen Wirtschaft durchbrach, da ihr Durchbruch nur durch das Stützungssystem — man kann wohl sagen — durch eine Kreditinflation hintangehalten wurde. Ausmaß und Intensität der Krise, wie sie sich in besonders eklatanter Weise in den schnell ansteigenden hohen Arbeitslosenziffern seit Oktober 1925 äußerte, wurde noch durch einen andern Vorgang in der gesamten deutschen Wirtschaft befördert — es war der radikale Rationalisierungsprozeß in Deutschland.

---

[108]) Errechnet aus der Tabelle in „Deutsche Anleihen im Ausland 1924—27" von R. Kuczynski S. 11.

[109]) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich von 1927 Anl. 1.

2
Die Rationalisierung und ihre zeitliche Zusammenballung.

Die Verlangsamung ausländischen Kapitalzuflusses hätte wohl schon genügt, eine allgemeine Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt auszulösen; denn mit dem Fortfall der Auslandskredite wurde der durch die Inflation verursachte Verlust an mobilem Kapital und an Kaufkraft erst recht spürbar und führte zur Zahlungsunfähigkeit der Massen und der Unternehmer. Die grausame Wahrheit der Verarmung des deutschen Volkes trat damit nun klar an's Licht. Die Erzeugungskapazität der deutschen Wirtschaft stand — wie wir früher darlegten — in gar keinem Verhältnis zu der verminderten Kaufkraft des deutschen Volkes. Diese Disproportionalität trat im Augenblick der Kreditreduzierungen erkennbar zutage und brachte nun erst die meisten Unternehmer zu der Einsicht zu rationalisieren; das bedeutete vor allem die Fehldispositionen der Inflationszeit zu korrigieren und an Stelle der oft unwirtschaftlichen Ausdehnung der Produktionskapazität wieder deren wirtschaftliche Anpassung an den verkleinerten Absatzmarkt und das verknappte Betriebskapital zu setzen. So kam der Gedanke der Rationalisierung in der Wirtschaft zwangsläufig in kürzester Zeitspanne zum Durchbruch und führte in ihrer zeitlichen Zusammenballung zu großen Arbeiterentlassungen, steigerte und förderte also damit die krisenhafte Abwärtsentwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Der Begriff „Rationalisierung" umfaßt im einzelnen sehr verschiedenartige Vorgänge. Das Endziel jeder Rationalisierung ist jedenfalls Produktivitätssteigerung durch Verbilligung der Einheit der Erzeugnisse. Die Rationalisierung ist demnach qualitativ orientiert, weil sie dem Gesetz des geringsten Mittels folgt. Die in Erreichung dieses Zieles auftretende Arbeitslosigkeit ist eine sozial sehr bedauerliche Nebenerscheinung, nicht etwa gewollter Zweck rationeller Maßnahmen, um den Produktionsaufwand zu vermindern; sie wird in einer freien Wirtschaft bei gnügender Elastizität der Wirtschaftskräfte im Zuge der letzten Auswirkung der Rationalisierung bald verschwinden. Es ist vielleicht notwendig, kurz darauf hinzuweisen, daß Rationalisierung und Arbeiter-Freisetzung keine unbedingt notwendige Kausalverknüpfung darstellt. Es ist sehr wohl denkbar und auch durchaus in der Praxis vorhanden, daß sich Rationalisierungsvorgänge hinsichtlich des Arbeitskraftbedarfes ganz neutral verhalten, d. h. den sachlichen Aufwand verringern, ohne den personellen Aufwand zu beeinflussen. Oder der personelle Aufwand kann rationeller ausgewertet werden durch organisatorische Maßnahmen derart, daß die einzelnen Arbeitskräfte zweckentsprechender unter Beobachtung ihrer individuellen Fähigkeiten angestellt werden. Diese Rationalisierung braucht nicht die Zahl der Arbeitskräfte zu reduzieren, sondern nur durch die vernunftgemäße Ausnutzung der Kräfte den Leistungserfolg heraufzusetzen; denn der Arbeitsaufwand pro Einheit der Erzeugnisse wird in solchem Fall herabgesetzt. Das schafft die Voraussetzung für eine nachfolgende Preisreduktion. Tritt sie ein, wird voraussichtlich der Umsatz steigen und infolgedessen das durch die Leistungssteigerung pro Kopf verursachte Ueberflüssigwerden von Arbeitskräften wieder wettgemacht.

Das Taylor-System ist vielleicht als klassisches Beispiel für die eben gekennzeichnete Rationalisierung zu nennen. Der Grundgedanke dieses Systems zielt doch darauf ab, die besten Beziehungen zwischen Arbeitskraft und Arbeitsaufgabe zu vermitteln, einmal durch Anpassung des einzelnen Arbeitsprozesses und Arbeitswerkzeuges an die Arbeiter und sodann durch Anpassung der Arbeiter an die ihnen zugewiesenen Arbeitsaufgaben unter möglichster Beachtung der qualitativen Differenziertheit der Arbeitskräfte [110]). Diese Hinweise mögen genügen, um der Annahme von einer notwendigen Kausalverknüpfung zwischen Rationalisierung und Arbeiterfreisetzung zu begegnen.

Wo nun aber — und sicherlich in den weitaus meisten Fällen — eine Verknüpfung von Rationalisierungsvorgängen mit dem Arbeiterbedarf vorhanden ist, ist sie aber wiederum nicht nur einseitig, d. h. nur als Arbeitererſparung zu werten; vielmehr können in zeitlicher Abfolge Arbeiterbedarfssteigerungen und — verminderungen durch eine rationalisierende Maßnahme ausgelöst werden, indem die Rationalisierung zunächst als stark kapitalnachfragende Bewegung die Produktionsmittelindustrieen anregt und ihre Spezialarbeitsmärkte belebt — bis die Kapitalinvestitionen aufhören und damit die stimulierenden Wirkungen auf die entsprechenden Industrieen und ihre Arbeitsmärkte zum Abschluß gelangen. Das Vordringen kapitalintensiverer Produktionen wird höchstwahrscheinlich dann ein gewisses Nachlassen des Arbeitskraftbedarfes hervorrufen. Nachdem wir so zunächst feststellten, daß Rationalisierungsvorgänge hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Arbeitskraftbedarf neutral, ja sogar anfänglich anregend sein können, wollen wir uns nun mit der Rationalisierung befassen, insoweit sie Arbeit ersparend eingewirkt hat — insoweit sie also die Arbeitsmarktkrise von 1925/26 mit verursacht haben kann. Eine Korrelation zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit ist unverkennbar, wenn man sich die Betriebsstatistiken ansieht. Sehr ausgeprägt tritt diese gleichlaufende Bewegung beider Erscheinungsformen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zutage, der in kürzester Zeit über 100 000 Bergleute entließ, dabei aber in der Kohlenförderung eine erhebliche Zunahme verzeichnen konnte.

---

[110]) Die Psychotechnik ist heute eine besondere Wissenschaft, die — wenn man so sagen darf — die Rationalisierung des Arbeitsmaterials „Mensch" erstrebt, sie will die menschliche Arbeitsleistung vernunftgemäß ausnutzen, nicht etwa ausbeuten; denn eine Ausbeutung wäre der „Ratio" entgegen. Diese rationelle Behandlung menschlicher Arbeitskraft wird auch, wirtschaftlich gesehen, zu einer vorteilhaften Ausnutzung führen. Humanität und Wirtschaftlichkeit stehen nicht im Widerspruch. Schon der Name „Psychotechnik" ist bezeichnend. Der erste Bestandteil des Wortes bezeichnet die Menschenseele, der zweite den mechanischen Arbeitsprozeß. Erst, wenn Seele und Technik, Mensch und Wirtschaft sich richtig zusammenfinden, können wir von einer wirklichen Rationalisierung unserer Wirtschaft sprechen.

Belegschaften			Kohlenförderung
	1923	507,478	1925 10 % über 1924 trotz des angezeigten Rückganges der Belegschaften.
	1925	409,404	
März	1926	357,349	

Die Folgerungen aus der schlechten Wirtschaftslage, seit die anregenden und antreibenden Geldinjektionen nachließen, sind in besonders scharfer und konsequenter Weise von den deutschen Maschinenindustrieen bezogen worden. Dazu liefert uns der schon mehrfach genannte Bericht des V. D. M. A. über die Jahre 1925 und 1926 einen bemerkenswerten Beitrag. Die in der Maschinenindustrie vorherrschenden Klein- und Mittelbetriebe [111]) haben besonders seit 1925 nur wenig Kredit bekommen können. „Die Beschaffung von ausreichenden Betriebsmitteln bildete im Jahre 1925 von Monat zu Monat mehr die alles beherrschende Sorge der Maschinenfabriken". So heißt es in dem Bericht S. 56. Und weiterhin: „Während einzelne große Maschinenbaufirmen ihren Geldbedarf im Lauf der beiden Berichtsjahre (1925 und 1926) mit Hilfe ausländischer Kredite und Anleihen decken konnten, blieb dieser Weg der großen Zahl der mittleren und kleineren Werke verschlossen". Aus dieser Sachlage mag das klare und mutige Programm der deutschen Maschinenindustrie hervorangegangen sei [112]). Es lautete: Konzentration der verfügbaren Mittel auf Höchleistungsbetriebe und Stillegung aller anderen; — also äußerste Rationalisierung, die zunächst die Arbeitslosigkeit steigern mußte und steigert hat, wie wir dem Bericht entnehmen können [113]). Dort wird an Hand eines Schaubildes gezeigt, daß der Versand von Maschinen je Kopf des Normalarbeiters vom 1. Vierteljahr 1925 ab dauernd gestiegen ist, was sich zum großen Teil zweifellos als Rationalisierungsergebnis darstellt, wenn man auch — wie der Bericht ausführt — natürlich die in den Versandzahlen nicht ausgeschalteten Schwankungen in der Lagerhaltung berücksichtigen muß. Der Bericht fährt dann fort: „Der Versand von Maschinen insgesamt fiel in seinem zahlenmäßigen Betrag von 1925 auf 26 um 14,5 %, die Zahl der beschäftigten Arbeiter — Kurzarbeit und Ueberstunden-Arbeit auf 48-Stunden Arbeit umgerechnet — um 30,2 %. Die Arbeiterzahl ging also im Verhältnis zum Versand um 52 % stärker zurück. Nach dieser Rechnung ergibt sich, daß von der Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1926 gegenüber 1925 eintrat, 52 % der Rationalisierung zuzuschreiben ist, während die übrigen 48 % ihre Ursache in der Verschlechterung der Wirtschaftslage haben."

Die Rationalisierung im Maschinenbau hat also die Arbeitslosigkeit in ihm zu hohem Prozentsatz verursacht. Berichte anderer Industrieen werden vermutlich ähnliche Ergebnisse anführen, wenn man daran denkt,

---

[111]) Nach dem oben benannten Bericht rd. 60 % der Gesamtinudstrie S. 9.

[112]) Vergl. „Maschinenindustrie und Wirtschaftspolitik", Sitzungsbericht über den wirtschaftpolitischen Teil der ordentlichen Mitgliederversammlung d. V. D. M. A. am 4. 12. 25 in Berlin.

[113]) ebenda. S. 21.

wie sich der Gedanke straffster Rationalisierung nach der Periode unwirtschaftlich aufgeblähter Produktion auf allen Gebieten der Wirtschaft Bahn brach. Diese zeitliche Zusammenballung und die Intensität des Rationalisierungsprozesses verschuldete vor allem das plötzliche und massenhafte Moment in der Arbeiterausstoßung und gibt uns zugleich den Erklärungsgrund dafür, daß die Rationalisierungsvorgänge früherer Perioden — etwa die als Rationalisierung anzusprechenden wirtschaftlich-technischen Umwälzungen im vorigen Jahrhundert — keine annähernd so krisenhaften Erschütterungen auf dem Arbeitsmarkt herorgerufen haben; denn die Rationalisierungsmaßnahmen damaliger Zeiten waren als Korrelat ungehinderter, freier Konkurrenz eine ziemlich gleichmäßig fortschreitende Erscheinung, die die natürliche Resorptionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht zu stark belastete, als daß sie nicht die durch die Rationalisierung entstehende Arbeitslosigkeit wieder rückbilden konnte. Die erwähnte korrelative Eigenschaft der Rationalisierung vergangener Zeiten zwang auch die Unternhmer, die Rationalisierung in der gesellschaftlichen Nutzwirkung einer Preisverbilligung ausspielen zu lassen, wodurch einer chronischen Arbeitslosigkeit von vornherein entgegengewirkt wurde.

Während also die Plötzlichkeit und Massenhaftigkeit im Auftreten rationeller Betriebsführung nach einer Zeit unrationellster Wirtschaftsgebarung das Krisenhafte der Arbeitsmarkterschütterung 1925/26 miterklären kann, ist wohl die mangelnde Elastizität der Wirtschaftskräfte Ursache für die Arbeitslosigkeit als sozialen Dauerzustand, wie es Schumpeter einmal ausgedrückt hat[114]). Die Zweckverfolgung der früheren Rationalisierung, als eine Methode wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes zu gelten, ist in der gegenwärtigen Periode der Rationalisierung nur zum Teil in Wirksamkeit — und zwar in erster Linie wohl bei den ausgesprochenen Exportindustrieen, die in scharfem Wettkampf mit gleichartigen, ausländischen Industrieen stehen. Bei ihnen zeigen sich auch die Auswirkungen der Rationalisierung und werden sich im weiteren Verlauf der Entwicklung vielleicht noch mehr herausstellen. Man denke z. B. an die deutsche Automobil-Industrie, die im allerschärfsten Wettkampf mit ausländischen Automobilkonzernen steht und ständig am Werke ist, die deutschen Wagen durch rationalisierte Produktionsmethoden in Qualität und Preis in Kampfstellung zu halten und ihnen neue Absatzmärkte zu erschließen. Die Statistitik der Preisentwicklung in der Automobilindustrie zeigt, daß die Preise der Automobile im Gegensatz zu denen der meisten Fertigwaren und zu dem allgemeinen Preisniveau in den Jahren 1924—27 sich um rd. 34 % im Vergleich zum letzten Vorkriegsjaher gesenkt haben. Bei den Personenwagen hat sich diese Preisentwicklung in außerordentlich schnellem Tempo durchgesetzt. Die Inderziffer für 1926 betrug 78,3 %, für 1926 67,7 % (1913 = 100); in dieser Ermäßigung der Automobilpreise kan man wohl den besten Beweis dafür erblicken, daß gerade diese Exportindustrie den Erfolg ihrer Rationalisierungsbestrebungen sich volkswirtschaftlich auswirken

[114]) „Der Deutsche Volkswirt" Nr. 24 v. 1927 S. 73.

läßt, um dadurch ihre Produktions- und Absatzbasis nicht nur zu halten, sondern zu verbreitern.

Ob und inwieweit die Rationalisierung in der deutschen Automobilindustrie Umsatzsteigerungen zur Folge hatte und dementsprechend anfänglich verursachte Arbeitslosigkeit kompensiert werden konnte, kann der Verfasser zahlenmäßig nicht belegen. Wenn man aber bedenkt, daß die Kraftwagenausfuhr Deutschlands 1928 gegenüber 1927 sich nahezu vedoppelt, gegenüber 1926 sogar reichlich verdreifacht hat [115]) so wird vermutlich dieser Steigerung eine — wenn auch nicht entsprechende — Steigerung des Beschäftigungsgrades stattgefunden haben. Ein anderes Beispiel, das als Auswirkung der Rationalisierung zu werten ist, wird von dem V. D. M. A. in dem oftgenannten Bericht angeführt [116]). Dort hat man aus einem Vergleich zwischen Preisentwicklung und Selbstkostenentwicklung im Maschinenbau folgende Schlußfolgerung gezogen: Ein dort aufgezeichnetes Kurvenbild zeigt, daß die Preise stärker gefallen sind als der Selbstkostenindex der Maschinenindustrie. „Dieser Index ist ein gewogener und setzt sich aus Selbstkosten wie Stundenlöhnen, Materialpreisen, Frachttarifen usw. zusammen. Da das Wägungsverhältnis sich nicht ändert, ist in dem Index der Einfluß der Rationalisierung nicht berücksichtigt, der sich in einer Verringerung des Anteils einzelner Selbstkostenarten, vor allem der Löhne, an den gesamten Selbstkosten ausdrückt. Wenn also die Maschinenpreise stärker gefallen sind als dieser Selbstkostenindex, so kann man die Ursache neben manchen Verlustverkäufen vor allem in der Rationalisierung suchen."

Das konkurrierende Ausland zwingt in solchen Exportindustrieen zur Rationalisierung und ihrer baldigen Auswirkung in der Richtung einer Preisreduktion, die ihrerseits aller Wahrscheinlichkeit nach zu Umsatzsteigerungen und Arbeitereinstellungen führen wird.

Anders scheinen dem Verfasser die Verhältnisse zu liegen bei der in der Hauptsache auf den Inlandsmarkt gestützten Produktion, weil der freie Konkurrenzkampf auf vielen Gebieten ganz wesentlich eingeschränkt und gemildert ist durch das ausgedehnte System von Organisationen, das ja den Zweck verfolgt, die Konkurrenz zu beseitigen und die Tendenz sinkender Preise abzuschwächen. Die durch Rationalisierung errungene Produktivitätssteigerung kann im Rahmen eines derart starren Preisgefüges sehr wohl zu eigenem Unternehmervorteil ausgenutzt werden.

Während früher — noch bis Ende des vorigen Jahrhunderts — Rationalisierung und Produktionsverbilligung einander folgen mußten, ist dieser Zwang in unserer heutigen „Organisationswirtschaft", die in vieler Beziehung einen durchaus gebundenen, ja oftmals monopoloiden Charakter aufweist, sehr stark herabgesetzt — ob und wie weit die Unternehmer der Logik der Tatsachen folgen und die Rationalisierung und die dadurch erreichte Produktivitätssteigerung in ihre privatwirtschaftlichen Dienste

---

[115]) Deutsche Zeitung vom 5. 1. 1929.
[116]) a. a. O. S. 22/23.

stellen, oder ob sie dennoch mehr oder weniger freiwillig die volkswirtschaftliche Einstellung beibehalten und die gesellschaftliche Nutzwirkung rationellerer Betriebsführung in einer Produktionsverbilligung sich ausspielen lassen werden — diese Frage kann man nicht allgemein beantworten. Die zukünftige Preisentwicklung wird am ehesten Antwort geben. Bisher haben die Preise noch nicht auf die Rationalisierungsmaßnahmen reagiert.

	Großhandelsindexziffer (Gesamt) 1913=100	Indexziffer der Lebenshaltungskosten 1913=100	Indexziffer der industriellen Fertigwaren 1918=190
1924 1. Vierteljahr	138,3	122,6	
2. „	136,0	125,2	
3. „	133,2	127,5	
4. „	141,5	135,2	
1925 1. „	142,5	135,7	151,5
2. „	139,5	136,8	156,2
3. „	143,8	144,4	158,8
4. „	141,5	124,0	159,4
1926 1. „	134,4	139,0	157,0
2. „	132,3	140,0	152,2
3. „	134,0	142,3	145,3
4. „	136,8	143,4	143,2
1927 1. „	135,5	145,0	141,7
2. „	136,6	146,9	144,4
3. „	138,4	147,9	148,7
4. „	139,8	150,7	154,4 [117])

Die Preissenkung in den Monaten der Krise 1925/26 beruht auf dem Nachlassen der Nachfrage; sie wird von 1927 ab durch eine stete Steigerung der Indexziffern abgelöst.

Möglicherweise spielen hier Faktoren mit hinein, die als Gegenkomponenten die vielleicht von Unternehmerseite gewollte Endwirkung der Rationalisierung — Preisreduktion — neutralisieren. Man denke nur an die stetig steigenden Löhne und Ausgaben für soziale Lasten und Steuern. Anstatt die Rationalisierung in der Richtung der Preisverbilligung auswirken zu lassen und dadurch der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, hemmen neue Lohnforderungen diesen Selbstablauf wirtschaflich-sozialen Geschehens und nehmen den Arbeitslosen die Möglichkeit, als Arbeitende am Sozialprodukt Anteil zu haben.

So scheint das gegenwärtige Wirtschaftssystem, in dem selbstwaltende Gesetze nicht wirken können, sondern durch Bindungen mannigfacher Art in ihrer Autonomie behindert werden, Ursache für das Ausbleiben des volkswirtschaftlich wünschenswerten Zieles jeder Rationalisierung

[117]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 1 Teil A von 1928 Uebersicht 1.

zu sein und damit zugleich Ursache für die Arbeitslosigkeit als sozialem Dauerzustand. Die Elastizität der früher wirklich freien Wirtschaft hat die Arbeitslosigkeit als Folge von Rationalisierungsvorgängen bald überwunden, die Starrheit gegenwärtiger Wirtschaft steht dem entgegen.

Zusammenfassend kann man sagen — die Rationalisierung in Deutschland, die mit der Verknappung des Kapitalmarktes einsetzte, und die gesamte deutsche Wirtschaft ergriff, hatte ein starkes Anwachsen der Arbeitslosenziffern zur Folge. Diese Rationalisierungskrise sollte eine Gesundungskrise, gleichsam der notwendige operative Eingriff in den kranken deutschen Wirtschaftskörper sein, der eine normale Entwicklung vorzubereiten hatte. Bis in die Gegenwart hinein ist die Rationalisierung im allgemeinen noch nicht zu ihrer therapeutischen Funktion durchgedrungen, weil sie durch starke Gegenbewegungen daran gehindert wird. Die „Ratio" der Technik und Organisation kann das gewollte Ziel nur erreichen, wenn die „Ratio" in wirtschaftlichen Dingen — die Wirtschaftsvernunft — alle Kreise, ob Unternehmer, Arbeiter oder Staat erfaßt hat.

§ 8

Die Qualifikation der Arbeitsmarktkrise 1925/26 als Strukturkrise.

Die diagnostischen Untersuchungen haben uns erkennen lassen, daß die Arbeitsmarktkrise von 1925/26 einer Komplexität von Ursachen ihre Entstehung verdankt und infolge dieser vielfältigen Bedingtheit nicht unter eine Ueberschrift zu pressen ist. Mit einer solchen Genügsamkeit und Selbstbefriedigung würde man sich den Weg versperren, der über den Ausbau einer umfassenden Analyse zur Therapie, von der Wirtschaftserkenntnis zur Wirtschaftspolitik führt.

Wir sind nun noch Antwort auf eine Frage schuldig, die unseren Erörterungen vorangesetzt wurde. Wie kann man die damalige Krise qualifizieren? Ist sie vorwiegend strukturell oder konjunkturell bedingt? Die eingangs gewonnenen allgemeinen theoretischen Begriffserkenntnisse über strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit und die konkreten Tatsachen, die wir als Ursachenerscheinungen der Krise hinstellen konnten — müssen wir gedanklich einander gegenüberstellen und dann die Subsummierung vornehmen. Wollten wir die Krise als Konjunkturkrise besonderen Ausmaßes auffassen, also als eine aus dem normalen Wirtschaftsablauf hervorkommende Erscheinung, die über kurz oder lang in einer endogen ausgelösten Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft verschwindet — so wäre damit zugleich eine Divergenz zwischen dem idealtypischen Verlauf einer Konjunkturkrise und dem tasächlichen Krisenverlauf feststellbar; denn die Krise wurde nicht durch wirtschaftsendogene Heilkräfte überwunden — die die Krise ablösende Aufwärtsentwicklung war nicht eine organisch gesunde, wirtschaftsdynamische Periode einer Hochkonjunktur nach überstandener Krisis und ist damit nicht in das übliche Schema eines Konjunkturverlaufes einzuordnen. Vielmehr war die ansteigende Entwicklung in der Wirtschaft und zugleich auf dem Arbeitsmarkt durch exogene Verumständungen hervorgerufen, — durch

Geld- und Kreditinjektionen einerseits und den englischen Bergarbeiterstreik andererseits, also durch — ihrer ganzen Natur nach — dem Wesen normalen Wirtschaftsablaufes entgegengesetzte Faktoren. (vergl. auch Kap. IV der Arbeit).

Die Krise als Strukturkrise zu charakterisieren entspricht hingegen durchaus unserer früheren Theorie über das Wesen struktureller Arbeitslosigkeit. Strukturwandlungen im Wirtschaftsgefüge müssen als Ursachenträger der Krise auf dem Arbeitsmarkt vorliegen. Wir haben im Laufe unserer Behandlung gesehen, wie von beiden Seiten des Arbeitsmarktes her die Wirtschaftsstruktur wesentlich beeinflußt und das ausgeglichene System der wirtschaftlichen Kräfte von Grund aus zerstört wurde. Und diese Vorgänge insgesamt wirkten sich in einer übernormal starken Belastung des deutschen Arbeitsmarktes aus. Ueberblicken wir noch einmal kurz die Reihen der Ursachen, so ist ihr exogener Charakter durch die Darstellungen bewiesen; denn sie waren wirtschaftsfeindliche Bewegungen und nicht Kräfte, die einer Wirtschaftsenergetik förderlich sein konnten. Wir haben mit dieser Erkenntnis von dem Grundcharakter der Krise als einer ausgesprochenen Strukturkrise die Grundlage für eine Therapie gewonnen, die nicht Konjunktur- sondern ausgesprochene Wirtschaftspolitik auf lange Sicht sein muß.

Kapitel IV.

Vorübergehende Behebung oder Überwindung der Krise?

§ 9

Die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes 1926/27.

Die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes 1926/27 (vergl. Blatt 1 und 2 im Anhang der Arbeit) steht — wie uns scheinen mag — in einem etwas merkwürdigen Widerspruch zu den Ausführungen von § 8, die der Arbeitsmarktkrise 1925/26 das Prädikat „Strukturelle Krise“ beilegten. Wenn die Krise innerhalb eines einzigen Jahres bereits als überwunden gelten könnte, wäre die Qualifizierung der Krise als Strukturkrise kaum haltbar; denn Strukturänderungen im Wirtschaftsorganismus und mit ihr verbundene, von ihr ausgehende Erschütterungen auf dem Arbeitsmarkt können unmöglich in so kurzer Zeitspanne verschwinden. Die Auflösung des Widerspruches kann nur dann als gefunden gelten, wenn das Absinken der Zahl der Arbeitslosen nur als vorübergehende Erscheinung zu werten ist, wenn es sich also nicht um eine Ueberwindung, sondern um eine periodische Behebung der Krise handelt.

In den letzten Paragraphen dieses Kapitels werden wir drei hinsichtlich der Besserung des deutschen Arbeitsmarktes besonders bedeutungsvolle Momente kennen lernen: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, den englischen Bergarbeiterstreik und den starken Kapitalimport vom Auslande.

Der Episodencharakter in allen drei Erscheinungen liegt wohl ziemlich offen zutage. Ob diesem Charakter auch eine nur vorübergehende Wirkung auf dem Arbeitsmarkt entsprochen hat, wird sich vielleicht im Verlauf der Behandlung zeigen lassen. Jedenfalls dürfte die Annahme berechtigt sein, alle drei Vorgänge nicht als krisentherapeutische Maßnahmen im Sinne einer ausgesprochenen Heilbehandlung anzusprechen. Unter solcher Voraussetzung würden auch bei dem wesentlich besseren Stand des Arbeitsmarktes 1926/27 doch die tiefsten Ursachen der vorherigen Krise 1925/26 noch im Wirtschaftskörper stecken geblieben sein. Ihre Wirkungen — wie sie symptomatisch auf dem Arbeitsmarkt hervortraten — werden nur vorübergehend suspendiert sein. Die letzte Schlußfolgerung, die man theoretisch ziehen müßte, scheint durch die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1928 verwirklicht zu werden [118]). Mit dem Aufhören der konjunkturanreizenden und arbeitsmarktentlastenden Erscheinungen muß die latent noch immer vorhandene Krise

[118]) Siehe Blatt 2 im Anhang — langsames Ansteigen der Arbeitslosenziffern seit Juli 1928.

aus dem Jahre 1925/26 wieder offen zutage treten. Erst die nachhaltige Beseitigung der wahren Ursachen kann den inneren Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft vorbereiten und fördern, damit die Struktur des deutschen Arbeitsmarktes dauernd günstig beeinflussen und eine größere Ausgeglichenheit auf ihm bewirken.

§ 10
Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und die Notstandsarbeiten in ihrer krisenmildernden Wirkung.

Wenn der Verfasser im vorhergehenden die drei genannten Vorgänge nicht als ausgesprochene Heilmaßnahmen wertete, so darf er sich bezüglich des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung dabei auf eine Auslassung des damaligen Reichsarbeitsministers Brauns berufen, der in der Sitzung des Reichstages vom 28. 6. 1926 am Schluß seiner Reichstagsrede über das Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm gesagt hat: „Daß es die Krisis erleichtern, die Folgen für die Beteiligten nach Möglichkeit lindern soll“ [119]). Es ist mit diesem Wort das beschränkte Ziel des Programms gekennzeichnet, als Aushilfsmittel zur Spitzenüberbrückung zu dienen.

Einem zunächst kurzen Ueberblick über das Arbeitsbeschaffungsprogramm soll eine mehr theoretisch gehaltene kurze Behandlung über seine Auswirkung auf den Arbeitsmarkt folgen. Zahlen zum Beleg für einen direkten Zusammenhang zwischen Rückgang der Arbeitslosen und Wirkung der staatlichen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt sind kaum nachweisbar, außer bezüglich der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere also bei den öffentlichen Notstandsarbeiten; denn das ganze System der öffentlichen Notstandsarbeiten — wie es in den Bestimmungen vom 30. April 1925 geregelt ist — hat ja zum Ziel, die Beschäftigung unterstützter Erwerbsloser sicherzustellen und ihren Umfang völlig ins Klare zu rücken. Der größte Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms kommt aber in seinem unmittelbaren Effekt für den Arbeitsmarkt nicht deutlich genug zum Ausdruck, so daß man zweifellose Kausalzusammenhänge feststellen könnte.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm umfaßt alle diejenigen Maßnahmen der Reichsregierung, die die Beschäftigungsmöglichkeiten durch Bereitstellung von Mitteln zu erweitern suchen. Die öffentlichen Notstandsarbeiten sind nur ein Teil aus der Ganzheit des Programms. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat die Maßnahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms in 5 große Gruppen eingeteilt:

1. die produktive Erwerbslosenfürsorge,
2. die Aufträge großer Beschaffungsstellen (der Post, Eisenbahn usw.),
3. Stützung einzelner Unternehmungen,
4. die Maßnahmen zur Steuerung der Notlage bestimmter Industrieen (Kredite für Reedereien, bzw. der Landwirtschaft durch die Mittel der Reichsgetreidestelle),

[119]) Protokoll der 219. Sitzung des Reichstages S. 7 639 ff.

5. Exportförderung (Handelsvertragsverhandlungen, Versicherung des Exportkredites und des Russengeschäftes.) [120]).

Die Gesamtsumme der Mittel zur Inangriffnahme dieser Maßnahmen bezifferte sich für das Haushaltsjahr 1926 auf 630 Millionen RM [121]). Von den größeren Posten seien nachfolgende genannt: das Reich hat der Reichsbahngesellschaft ein Darlehn von 50 Millionen RM zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen gewährt. Von diesem Betrage sollte — gleichsam eine Auflage — ein möglichst hoher Betrag im Lauf des Jahres 1926 in Bezirken besonders großer Arbeitslosigkeit verwendet werden.

Weiterhin hat das Reich der Reichsbahngesellschaft 100 Millionen RM vorgeschossen zur Begebung folgender Aufträge:

1.	Erweiterung des beabsichtigten Gleisumbauprogramms um 500 km	= 30 Mill. RM.
2.	Fortführung und Erweiterung des geplanten Programms der großen Bauten (Brückenumbauten, Erweiterung von Bahnhöfen usw.	= 15 Mill. RM.
3.	Verbesserung des Fahrzeugparks	= 35 Mill. RM.
4.	Beginn der Elektrifizierung der Berl. Stadt- und Ringbahn	= 20 Mill. RM.

Die Reichspost hat ebenfalls Mittel erhalten zur Erweiterung ihrer Aufträge an die verschiedenen Industrieen. So hat sie z. B. für 1926 Aufträge erteilt: an die Kabel- und elektrotechnische Industrie im Werte von 113 Mill. RM., an das Baugewerbe von 104 Mill. RM., an die Metall-, Eisen- und Maschinenindustrie von 27½ Mill. RM.

Die Wasserstraßenbauten sollten mit verstärkten Mitteln beschleunigt und durchgeführt werden.

Im Wohnungsbau sind recht erhebliche Kredite aufgebracht worden, durch Reichsgesetz vom 26. 3. 1926, ein 200 Mill. Kredit, von dem nach einem Jahr etwa 105 Mill. abgerufen waren. Von besonderer Bedeutung für eine günstigere Arbeitsmarktgestaltung war das Bauvorhaben von Landarbeiterwohnungen —zunächst in einer Höhe von 25 000 — wovon 10 000 im Jahre 1926 fertiggestellt werden sollten. Durch diese Bereitstellung von Wohnungen für deutsche Landarbeiter wird nicht nur augenblicks der Spezialmarkt für Bauarbeiter entlastet, sondern diese Maßnahme bedeutet Arbeitsmarktpolitik auf lange Sicht, da ausländische Arbeiter entbehrlich gemacht werden. So hat auch die damalige Reichsarbeitsverwaltung im Hinblick auf diese Aussicht das Kontingent ausländischer, landwirtschaftlicher Arbeiter für das Jahr 1927 von 130 000 auf 100 000 herabgesetzt.

Die Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge umfassen sehr verschiedene Vornahmen: So insbesondere Straßenbauten, Meliorationen, Siedlungen, Hochwasserschutzanlagen u.

---

[120]) Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 9. und 10. 7. 1926 in Düsseldorf.

[121]) „Soziale Praxis" von 1927 Nr. 10 Sp. 245.

a. m. Die Hauptträger der Notstandsarbeiten sind bezw. waren die Gemeinden, die auch einen erheblichen Teil der finanziellen Lasten zu tragn haben, jedoch durch Reichs- und Landesmittel unterstützt werden. Das Reich hat im Etat 1926 für diese Zwecke erhebliche Mittel bewilligt, so z. B. für den Straßenbau 80 Mill. RM., für Meliorationen über 40 Mill. RM., für Siedlungszwecke 30 Mill. RM., zugleich 50 Mill. RM. von der Reichsgetreidestelle.

Der Vollständigkeit halber seien noch die Maßnahmen der Reichsregierung genannt, die auch Teile des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellen, die aber hauptsächlich in ihrer mittelbaren Auswirkung auf den Arbeitsmarkt zu beurteilen sind. Hierher gehört die Aktion der Exportbeförderung wie die Ausfallgarantie für die Russengeschäfte in Höhe von 60 % des Kaufpreises für 2—4jährige Lieferungsgeschäfte bis zum Gesamtwert von 150 Mill. RM. In diesem Zusammenhang wäre dann noch endlich zu nennen: die Unterstützung einzelner Unternehmungen und Industrieen. So hat das Reich im Jahre 1926 Hilfsaktionen in Gang gebracht und finanziert, die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Werftindustrie dienen, die Notlage im Eisenerzbergbau im Siegerland, Lahn- und Dillgebiet mildern und endlich den Textilmaschinenbau der Fa. Krupp fördern sollten [122]).

Wie ist nun das Ergebnis dieses eben skizzierten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung einzuschätzen, besonders im Hinblick auf die weitere Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes nach der Krise 1925/26? Wir bekannten uns schon eingangs dieser Erörterungen zu der Unmöglichkeit, für die Maßnahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms einen schlüssigen Beweis dafür zu liefern, daß der tatsächliche Rückgang der Arbeitslosigkeit seit März 1926 als unmittelbarer Kausalnexus mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu werten sei. Die Ausführungen darüber sind deshalb Annahmen, für die exaktes Beweismaterial fehlt. Die einzigen Zahlenangaben finden wir bei den Notstandsarbeitern, die uns aber auch keine beweisschlüssigen Schlußfolgerungen gestatten. Die Notstandsarbeiter bezifferten sich am 15. Mai 1926 auf 170 000, am 15. Januar 1927 au 90 000. Die Schlußfolgerung aus dem Vergleich der Abnahme der Notstandsarbeiter und der gleichzeitigen Abnahme Arbeitsloser zu ziehen und zu sagen — aso haben die Notstandsarbeiten die relativ günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 1926/27 nicht mitbedingt, wäre kaum haltbar. Die Arbeitslosigkeit wäre eben größer gewesen, wenn die 90 000 nicht bei den Notstandsarbeiten beschäftigt gewesen wären. Ihre Abnahme gegenüber Mai 1926 wird wohl Ausfluß der Wintersaison gewesen sein.

Gustav Cassel verurteilt bekanntlich die Notstandsarbeiten grundsätzlich [123]); er macht der staatlichen Arbeitslosenpolitik den Vorwurf,

---

[122]) Vergl. zum vorigen „Soziale Praxis" von 1927 Nr. 10 und 11 Art. von Dr. Frieda Wunderlich: „Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms" und Reichsarbeitsblatt von 1926 Nr. 28 Art. von Dr. Weigert: „Arbeitsbeschaffung und Reichsregierung."

[123]) „Soziale Praxis" von 1926 Nr. 42 und von 1927 Nr. 8.

durch die Notstandsarbeiten den an sich schon verknappten Kapitalmarkt noch mehr einzuengen, und dadurch den privaten Unternehmungen notwendiges Kapital zu entziehen, was in einer so ausgesprochen kapitalbedürftigen Wirtschaft wie der gegenwärtigen neue Arbeislosigkeit verursachen muß. Eine nähere Stellungnahme zu dieser gegenwärtigen Streitfrage ist hier nicht am Platze.

Hinsichtlich der übrigen Maßnahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes ist für die Beurteilung von Wichtigkeit, daß direkte und indirekte Wirkungen dieser Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt zu beachten sind. So werden z. B. durch die Aufträge von Seiten der Reichsbahn an die verschiedensten Industrieen nicht nur in diesen unmittelbar mehr Arbeiter eingestellt, sondern darüber hinaus auch in konnexen Industriezweigen Umsatzsteigerungen und vielleicht Einstellungen von Arbeitskräften folgen.

Das zusätzliche Auftragsprogramm der Reichsbahn, wie wir es vorhin schilderten, kommt nicht nur überwiegend der Metallindustrie zugute, sondern auch die Elektro- Holz und Baustoffindustrie wie das Baugewerbe wird mit angeregt und höchst wahrscheinlich zu Arbeitereinstellungen gezwungen werden.

Eine noch entfernter liegende mittelbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes ist jedenfalls denkbar und möglich und steht im Zusamenhang mit dem allgemein anerkannten Gesetz vom zunehmenden Ertrag in der Industrie. Mit der Größe industrieller Produktion vermindern sich die allgemeinen Unkosten verhältnismäßig, so daß also durch das Mehr an Aufträgen, das der Industrie durch die zusätzliche Arbeitsbeschaffung zugeflossen ist, ihre übrige Produktion eine Verbilligung erfahren haben und damit ihr Gesamtumsatz gestiegen sein könnte, wodurch wiederum neue Arbeitskräfte angefordert werden müßten. Es wäre zutreffendenfalls das Arbeitsbeschaffungsprogramm die auslösende Ursache in dieser Kausalreihe gewesen. Doch jeder zahlenmäßige Beleg ist hier ausgeschlossen.Dazu kommt die Schwierigkeit über die Ungewißheit der Gegenwirkungen, die sich dem Ablauf günstiger Wirkungen entgegenstellen können, wodurch die Arbeitsmarktgestaltung evtl. ungünstig beeinflußt würde. Es sei nur an die Rationalisierung in der Wirtschaft erinnert, die im Anfangsstadium häufig Arbeiterfreisetzung zur Folge hat. (Vergl. § 7, Abschn. 1).

Das Endurteil, zu dem wir gelangen, ist vorsichtig genug, nicht der Berechnung der Ministerialkommission so ohne weiteres zuzustimmen, die bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für mehrere 100 000 Arbeitskräfte auf die Dauer von 8 Monaten zu schaffen glaubte [124]). Diese kühnen Hoffnungen haben sich wohl kaum erfüllt. Aber die zahlenmäßig erkennbare Senkung in den Ziffern der Arbeitslosen seit März 1926 darf wohl ohne Bedenken auf Grund unserer allgemeinen Ueberlegungen mit als Wirkung der staatlichen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt aufzufassen sein.

---

[124]) „Soziale Praxis" Nr. 10 von 1926 Sp. 245.

Vorübergehende Behebung oder Ueberwindung der Krise? Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sollte und wollte nicht an die Wurzel der Arbeitsmarktkrise heranreichen, sollte und wollte nur ihre furchtbare Wirkung für die von ihr Betroffenen mildern. Eine nachhaltige, wirksame Ueberwindung der Krise und damit also eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann nur unter Berücksichtigung der strukturellen Aenderung der Wirtschaft durch eine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht erreicht werden.

§ 11

Die Belebung der deutschen Wirtschaft durch den englischen Bergarbeiterstreik.

Der Episodencharakter des englischen Bergarbeiterstreiks liegt ohne weiteres klar zutage. Es war für die darniederliegende deutsche Wirtschaft wie ein „deus ex machina", wie „ein Geschenk des Himmels", das ihr ohne jedes Zutun zu rechter Zeit zu Hilfe kam. Wenn auch das Vorübergehende in diesem Vorgang feststand, so wurde doch zunächst der deutsche Kohlenbergbau aus seiner depressiven Lage befreit, und diese Absatzbelegung übertrug sich — natürlich in verringertem Grade — auf die anderen Zweige der deutschen Wirtschaft, wodurch ein sichtbarer Umschwung zum Besseren in Deutschland ausgelöst wurde. Die günstige Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt 1926/27 war Symptom dafür.

Wenn wir uns auf Tab. 3 (siehe Anhang der Arbeit) die Arbeitslosenkurven der Länder Groß-Britannien und Deutschland ansehen, erkennen wir deutlich die Gegenläufigkeit beider Kurven, die nicht ohne Grund rein zufällig auftrat, sondern als Korrelationserscheinung zu werten ist. Der englische Bergarbeiterstreik, der im Frühjahr 1926 (1. Mai 1926) einsetzte, legte dort Gruben und viele Industrieen still, schuf also Massenarbeitslosigkeit (zu Anfang des Streiks waren im englischen Bergbau 1100 000 arbeitslose Bergarbeiter vorhanden)[125]). Dem gegenüber übernahm neben anderen Ländern Deutschland einen großen Teil der bisher von England getätigten Produktion von Kohle und anderen Produkten

[125]) Kohlenförderung in Groß-Britannien (Anthrazit ist in der Steinkohle mit eingerechnet)

		(in 1000 metrischen Tonnen.)
M.-D. ($^1/_{12}$ der Jahreszahlen)	1913	24,330
	1925	20,590
	1926	10,939
	1927	21,655

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 von 1926 Uebersicht 10 und 4, von 1927 Uebersicht 6.

Kohlen-Ein- und Ausfuhr in 1000 t

Einfuhr M.-D.	1925	0,9
	1926	1669,5
Ausfuhr M.-D.	1925	4235,0
	1926	1716,0

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 1 von 1927 S. 88.

Die in England nicht zur Ausführung gelangten Aufträge wurden von Deutschand und anderen Ländern Europas übernommen. Dieser Auftragszuwachs hatte eine Produktionsausweitung und als weitere Folge eine starke Einstellung von neuen Arbeitskräften bewirkt.

Es war z. Zt. des Streiks eine strittige Meinung, ob die durch den Streik hervorgerufene Sonderkonjunktur möglicherweise doch nachhaltige Wirkungen auf Deutschlands Gesamtwirtschaft auszuüben vermöchte. Gerade die Unternehmerkreise selber schienen diesen Optimismus zu haben, auf Grund dessen sie langfristige Lieferungsverträge mit niedrigem Gewinn abschlossen — in der Hoffnung, dadurch die übernommenen Märkte auch nach Beendigung des Streikes weiter beschicken zu können. Sie haben also nicht die gute Konjunktur direkt ausgenutzt und monopolartige Preise genommen. Die Hoffnung hat sie getäuscht — nach Beendigung des Streiks setzte bald der englische Wettbewerb von neuem ein und zwar mit verstärkter Macht, so daß in der Gegenwart die englische Kohle der deutschen stärkste Konkurrenz bereitet[126]) und ihr Absatzkontingent stetig vermindert. Kurz einige Zahlen darüber: Betrug die Ausfuhr von Kohle in Deutschland vor dem Streik durchschnittlich 15 % der Förderung, so erreichte sie bei dauernder Aufwärtsentwicklung im August/Oktober 1926 einen Höchststand von rd. 38 %, um knapp ein Jahr später schon wieder auf etwa 22 % gesunken zu sein.

Von den einzelnen Revieren führten in v. H. ihrer Förderung aus:

Zeit		Ruhrgebiet	West Ob. Schlesien	Niederschlesien
1926	1. Vierteljahr M.-D.	33,9	4,9	6,8
	2. " "	41,0	4,9	7,1
	3. " "	50,2	18,4	31,3
	4. " "	40,5	7,7	16,6
1927	1. " "	30,1	3,4	8,0
[127])	2. " "	30,5	5,6	8,7

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung Heft 3 v. 1927 S. 38.

[126]) Die Preisnachlässe der englischen Kohle waren gegenüber den stabil ghaltenen deutschen Preisen außerordentlich groß. Der Durchschnittsfobpreis für Ausfuhrkohle, festgesetzt vom Board of Trade, betrug im Dezember 1926 sh 23,5, im Januar 1927 sh 20,11, im Februar sh 19,—, im März sh 18,5 („Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" von 1927 H. 1 S. 43). — Die Schwere der Konkurrenzverhältnisse drückt sich in den Preisverhältnissen zwischen der deutschen und der englischen Kohle aus. So wurde in Hamburg West Hartly Steam (ungesiebt frei Bord) im Oktober 1927 mit 16,50 RM. angeboten, während sich der Preis von rheinisch-westfälischer Flammförderkohle (Frei Waggon) auf 18,45 RM. stellte. In Stettin kostete schottische Nußkohle (frei Waggon) im September und Oktober 1927 20,94 RM., bezw. 19,89 RM., während oberschlesische Schmiedekohle (frei Waggon) sich auf 28 RM. stellte. In Berlin wurde im September und Oktober 1927 Yorkshire Stückkohle (frei Kahn) mit 26,25 RM., bezw. 27.00 RM. angeboten, während für Deutsch-oberschlesische Nußkohle II (ungewaschen frei Kahn) 25,40 RM. und 22,45 RM. zu zahlen waren. („Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 3 von 1927 S. 39.)

Der Ausfuhranteil in v. H. der Förderung im Ruhrrevier ist im 2. Vierteljahr 1927 bereits unter den Stand der Monate von Beginn des Streikes gesunken; die Anteile in den beiden anderen Revieren standen damals noch etwas höher als zu Beginn 1926.

Dieser rückläufigen Entwicklung in der Kohlenausfuhr entsprach die Senkung der Förderungsmengen und die Zunahme der Halden-Bestände. Die arbeitstägliche Steinkohlenförderung stieg zunächst vom Mai 1926 ab von etwa 420 000 t auf 540 000 t im Oktober 1926. Von diesem Zeitpunkt sinkt die Förderungsmenge wieder und erreicht im Herbst 1927 den Stand von 490 000 t. Der gestiegene Inlandsabsatz hatte ein noch stärkeres Absinken bis dahin verhindert [128]).

Und die Haldenbestände, die während des Sreiks ständig abnahmen und fast völlig geräumt waren, nahmen seit Beendigung des Streiks allmählich infolge mangelnden Absatzes wieder zu. Gegenüber der fast völligen Räumung gegen die Wende des Jahres 1926/27 machten sie im Ruhrrevier gegen Ende des Jahres 1927 etwa 10 % der monatlichen Gesamtförderung, in Deutsch-Oberschlesien rd. 20 % der monatlichen Gesamtförderung aus. (Nur Förderkohle) [129]).

Seit Februar 1927 mußten wieder Feierschichten eingelegt werden — und zwar betrugen diese z. B. im Ruhrgebiet im April 1927 245,863, im Mai 126,491 und im Juni 53,634 [130]). Feierschichten kennzeichnen überflüssige Arbeitskräfte; man kann sie letztlich auch in „Arbeitslose" umrechnen. Die vorherigen Zahlen bestätigen die Annahme, daß die durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufene Belebung des Kohlenbergbaues und weiterhin anderer Wirtschaftszweige nur eine Sonderkonjunktur vorübergehenden Charakters war, die nicht die Arbeitsmarktkrise in Deutschland überwinden konnte.

Inwieweit der englische Bergarbeiterstreik mit seiner konjunkturfördernden Wirkung auf Deutschlands Wirtschaft über sein Ende hinaus mittelbar weitergewirkt hat, ist mit Bestimmtheit nicht zu beantworten. Man kann nur die Vermutung aussprechen, daß zwischen dem Bergarbeiterstreik und der nachfolgenden Entwicklung ausländischen Kapitalzuflusses nach Deutschland eine korrelative Verbindung bestanden hat; denn sonst würde der neu einsetzende Kapitalzufluß aus dem Auslande nicht recht zu erklären sein. Die Richtigkeit dieser These unterstellt, würde man den englischen Bergarbeiterstreik zunächst als unmittelbares Antriebsmoment für die bessere Arbeitsmarktentwicklung seit Mai 1926 zu werten

---

[127]) Die höheren Zahlen im zweiten Vierteljahr 1927 erklären sich daraus, daß seit diesem Zeitpunkt die Reparationskohle in den Ausfuhrzahlen enthalten ist.

[128]) Der Inlandsabsatz wird also jetzt, wo die englische Steinkohle auf dem Weltmarkt in vollem Umfang wieder konkurriert, von größerer Bedeutung für die zukünftige Gestaltung des deutschen Bergbaus.

[129]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 4 von 1927 S. 48.

[130]) „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 von 1927 S. 38.

haben, während in weiterer Folge für das Jahr 1927 die Aufwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt nur noch als mittelbar fortwirkende Bewegung des Streiks aufzufassen ist. Die unmittelbare Ursache liegt in dieser Periode vor allem in dem reichlichen Zustrom neuer Auslandskredite, die ähnlich wie im Jahre 1924/25 Deutschlands Wirtschaft befruchteten und anregten.

§ 12

Die Wirkung des stärkeren Kapitalzuflusses aus dem Auslande.

Die öffentlich aufgelegten deutschen Anleihen — die privat untergebrachten spielen daneben eine nur unbedeutende Rolle — betrugen im Jahre 1926 insgesamt 1,382 Milliarden RM. Im ersten Halbjahr 1927 war die Auslandsverschuldung nur gering, betrug nur 231,830 Mill. RM; in den vier Monaten Juli — Oktober 1927 wurden hingegen deutsche öffentliche Anleihen im Auslande aufgelegt im Betrage von 1,196 Milliarden RM [131]).

Entsprechend der verschiedenen Form, in der die Auslandskredite im Schuldnerland erschienen — als Devisen oder Waren — zeigen sich in den Reichsbankausweisen wie in der Handelsbilanz in der Periode der anwachsenden Auslandskredite korrespondierende Veränderungen.

Der Notenumlauf bei der Reichsbank wurde erheblich gesteigert, indem die öffentliche wie private Wirtschaft die Auslandsdevisen bei der Reichsbank zum Umtausch gegen Reichsbanknoten präsentierte; denn bekanntlich sind Devisen neben Gold als Banknotendeckung zulässig. So nahm der Notenumlauf vom Januar 1927 bis September 1927 um rd. 800 Mill. RM. zu (Januar 1927 3395,3 bis September 1927 4170,7 Milliarden RM.) Im ersten Halbjahr 1927, in dem — wie oben erwähnt — die Auslandsanleihen in nur geringem Betrag nach Deutschland kamen, hat die Reichsbank in verstärktem Maße auf den bei ihr vorhandenen Devisenbestand zurückgegriffen — was in einer stärkeren Annäherung der umlaufenden Noten an die 40 %ige Deckungsgrenze sichtbar zum Ausdruck kam. Im Januar 1927 betrug die Deckung der Reichsbanknoten 66,1 %, Februar 58,8 %, März 57,2 %, April 54,9 %, Mai 50,9 %, Juni 49,0 %, um sich von da ab infolge des steigenden Devisenzuflusses wieder zu erweitern (Juli 50,4 %, August 51,8 %).

Die Wareneinfuhr zeigt folgende Bewegung:

Reiner Warenverkehr.

1926	10,001	Milliarden Gegenwartswert
1927	14,143	„ „

In Vorkriegswerte umberechnet betrug die Einfuhr

1927	10,5	Milliarden RM.
1913	10,8	„ „

---

131) Errechnet aus der Tabelle in „Deutsche Auslandsanleihen 1924—27" von R. Kuczynski S. 11 ff.

Es hat also die Einfuhr 1927 — die höchste der Nachkriegszeit — die des Jahres 1913 fast erreicht. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

nur Einfuhr:	Lebende Tiere		Lebensmittel u. Getränke		Rohstoffe und Halbfertigwaren		Fertigwaren	
Zeiträume	Million. RM.	Warenwert = 100	Million. RM.	Warenwert = 100	Million. RM.	Warenwert = 100	Million. RM.	Warenwert = 100
1926	119.7	1 2	3571.0	35.7	4947 7	49.5	1363.0	13.6
[132] 1927	177.2	1.3	4350.4	30.8	7149.0	50.5	2466.6	17.4

Die Gruppe Rohstoffe und Halbfabrikate sind als wichtigste Importgüter für eine inländische Produktionsbelebung zu werten. Die Steigerung ist auch dem Werte nach erheblich. Aber auch die Steigerung der Gruppe Fertigwaren kommt zum großen Teil der weiterverarbeitenden Produktion zugute. Man muß nämlich bedenken, daß diese Gruppe einen erheblichen Teil solcher Waren enthält, die als Ausgangspunkte für die Weiterverarbeitung anzusehen sind. So entfällt nach „Wirtschaft und Statistik" von der Fertigwareneinfuhr fast $^1/_3$ auf Garn und $^1/_8$ auf Eisen und Eisenwaren, also auf Güter, die der Produktion und weniger dem letzten Konsum dienen sollen.

Auch die Einfuhr der Lebensmittel und Getränke zeigt eine nicht unbeträchtliche Zunahme — sie sind ebenso als Kapitalzuführung zu werten wie etwa die Rohstoffe; denn vom Standpunkt der deutschen Produktion gesehen, handelt es sich dabei um einen leihweise beschafften zusätzlichen Teil des „Lohnfonds"[133]).

Die zusätzlichen Rohstoffmengen, die der deutschen Wirtschaft vom Ausland auf Kredit geliefert wurden, konnten nur veredelt werden, wenn auch genügend Mittel zum Unterhalt der zusätzlichen Arbeitskräfte vorhanden waren. Eine Produktionssteigerung hatte deshalb außer vermehrten Rohstofflieferungen auch eine Lohnfondsausweitung zur Voraussetzung — sei es durch gesteigerten Betriebskredit, sei es durch die Einfuhr von Konsumgütern, die einer größeren Arbeiterschaft zum Unterhalt dienen müssen.

Man kann wohl sagen, es war eine der Aufgaben der Auslandskredite, das gewaltige, brachliegende Kräftereservoir, das die große Menge der Arbeitslosen darstellte, wieder in den deutschen Produktionsprozeß einzuspannen und für die deutsche Wirtschaft nutzbar zu machen. Dazu brauchten wir Rohstoffe und Lebensmittel in erster Linie. Wenn man einwendet — auch die Arbeitslosen müssen unterhalten werden, so darf man wohl erwidern, daß ein in der Fabrik beschäftigter Arbeiter sich nicht mit dem begnügen kann, was ein auf eine kärgliche

[132]) Wirtschaft und Statistik von 1928 Nr. 2.

[133]) Im Sinne von Böhm-Bawerk als gesellschaftlicher Vorrat an Subsistenzmitteln gebraucht.

Unterstützrng angewiesener Arbeitsloser verzehrt. Ein Diagramm über die Bewegung des deutschen Außenhandels, das Prof. Sering bringt [134]), in Verbindung mit den Ziffern über die Arbeitslosigkeit beweist, daß das Sinken der Arbeitslosenziffern seit dem Frühjahr 1926 mit dem Hereinströmen ausländischer Waren parallel verläuft. Die Linie des Einfuhrüberschusses an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln zeigt seit Mai 1926 mit einigen Unterbrechungen steigende Tendenz. Im Mai beträgt dieser Einfuhrüberschuß rd. 4,5 Milliarden RM., steigt allmählich bis zum Höhepunkt im Juli/August 1927 auf etwa 8,5 Milliarden RM. an und erreicht nach kurzfristiger Absinkung im Januar 1928 den Höchstpunkt von 9 Milliarden RM. In der gleichen Zeitperiode zeigen die Arbeitslosenziffern (absolute wie Prozentzahlen) eine ziemlich stetige Abwärtsentwicklung. (Siee Blatt 1 und 2 im Anhang der Arbeit).

Hat der englische Bergarbeiterstreik den ersten Anstoß zu der Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft gegeben, so war die weitere Erholung und Besserung auf dem deutschen Arbeitsmarkt der Wirkung stärkeren Kapitalzuflusses aus dem Auslande zuzuschreiben. Inwieweit die durch den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufene Aufschwungskonjunktur in Deutschland seine Kreditwürdigkeit gestärkt und die ausländischen Geldgeber psychisch beeinflußt hat, entzieht sich natürlich irgendeiner beweiskräftigen Erfassung. Gedanklich darf man wohl gewisse diesbezügliche Zusammenhänge annehmen.

Wenn man hier wieder die Frage stellt: Behebung oder Ueberwindung der Krise —durch das ausländische Kapital? — so scheint vielleicht die Beantwortung nicht so einfach wie bei den beiden anderen Vorgängen, die ihrer ganzen Natur nach interimistischen Charakter aufwiesen.

Die Frage: „Eigene oder geborgte Währung"?, die der Reichbankpräsident Dr. Schacht als Titel einer kleinen Broschüre gewählt hat, fordert Stellungnahme zu dem Meinungsstreit, ob weitere Kapitalzufuhr vom Auslande oder Beschränkung derselben und Aufbau und Ausbau der deutschen Wirtschaft auf nationalem Eigenkapital der volkswirtschaftlich richtigere Weg ist.

Welcher von beiden Meinungen man sich auch anschließen mag — niemand wird wohl leugnen können — auch nicht die Befürworter von Auslandskrediten — daß eine kontinuierliche Auslandsverschuldung in dem augenblicklichen Ausmaß eine Annormalität in der Wirtschaftsführung darstellt, wenn diesem Passivum ein völlig unzureichendes Aktivum gegenübersteht, sodaß Kapital- und Zinsschuld progreßiv anwachsen. (Siehe S. 54).

Der Zustand der Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom ausländischen Kapitalmarkt wird, je länger er dauert, um so gefahrvoller, besonders im Hinblick auf die steigenden Schwierigkeiten der Schuldentilgung. So weit die Schulden nicht in Warenform getilgt werden können

[134]) „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 188.

— und dazu wird bei der heutigen neumerkantilistischen Wirtschaftsweise fast aller Länder Deutschland in den seltensten Fällen die Zustimmung des Gläubigerlandes erhalten — müssen sie in ausländischer Valuta zurückerstattet werden, in der Weise, daß die Schuldner von der Reichsbank Devisen ankaufen, die sie ihrerseits transferieren. Die Folge der Devisenabnahme ist eine Verengung des Deckungssolls bei der Reichsbank für ihre Banknoten. Sie wird bei Verhütung einer Ueberschreitung der 40 %igen Deckungsgrenze Noten einziehen oder den Diskontsatz erhöhen müssen[135]), was einer Deflation mit ihren konjunkturdrückenden Wirkungen gleichkommen würde.

Wir sehen also, das Verschuldungsproblem läuft in Zukunft auf ein Transferierungsproblem hinaus, wie wir es vom Dawes-Plan her kennen. Hier wie dort bedeutet die Lösung Antwort auf die Frage: Erfüllung der Zahlungsverpflichtung unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung unserer stabilen Währung! Während es dort aber Sorge des Reparationsagenten ist, die Lösung zu finden, muß im anderen Fall freiwilliger Verschuldung die Wirtschaft selber die Verantwortung übernehmen. Da gilt es — über den Augenblicksvorteilen nicht die Zukunftsgefahren zu übersehen.

Die wertvolle Hilfe, die der deutchen Wirtschaft und dem deutschen Arbeitsmarkt durch das Auslandskapital zuteil wurde, wird man kaum bestreiten können. Das tut auch Dr. Schacht nicht[136]). Nur darf man die Gefahren nicht übersehen, die ausländische Hilfe und damit zugleich ausländische Abhängigkeit mit sich bringen. Der Notstandscharakter ausländischer Kredite in dem gekennzeichnetem Ausmaß sollte der gesamten Wirtschaft immer gegenwärtig sein, damit nicht mit der Zeit zur Gewohnheit wird, was Ausnahme bleiben soll.

Auslandskredite werden niemals das eine Kernübel der deutschen Krise heilen können — die deutsche Kapitalarmut. Der Weg heimischer Kapitalbildung, die gesteigerte Produkionsleistung und Spartätigkeit zur Voraussetzung hat, kann allein das deutsche Kapital wieder zur „ewigen Kategorie" erheben.

Alle drei Vorgänge: Durchführung des Reichsarbeitsbeschaffungsprogramms, der englische Bergarbeiterstreik und der stärkere Kapitalzustrom aus dem Auslande haben die deutsche Arbeitsmarktkrise 1925/26 zum Stillstand gebracht und eine günstige Entwicklung ausgelöst. Aber die Wurzeln der Krise, wie wir sie im Kapitel III offenlegten, wurden noch nicht entfernt, sondern nur verdeckt. Der wirkliche Gesundungsprozeß, der die Ursachen der Krise beseitigen muß, steht wohl noch im Anfangsstadium. Der Verfasser ist der Meinung, daß

---

[135]) bereits geschehen, am 25. 4. 29. Die Reichsbank sagt in ihrer Begründung zur Diskonterhöhung unter anderem: „Zu den Gold- und Devisenabflüssen hat neben anderen Faktoren auch der Zins- und Tilgungsbedarf für die große Auslandsverschuldung beigetragen."

[136]) a. a. O. S. 3.

die Krise von 1925/26 noch lange nicht überwunden, die ganze Zeit bis zur Gegenwart noch latent vorhanden ist. Die Aushilfsmittel, die wir im vergangenen Abschnitt schilderten, haben ihre stärksten Wirkungen eingebüßt. Die Folgen zeigen sich immer mehr in der „Neu-Auflage" der alten Krise — die Arbeitslosenziffern steigen ständig und haben bereits die 2 Millionen-Grenze erreicht.

Die Wirtschaftstherapie muß sich, wenn sie Erfolg haben soll, auf der Diagnostik aufbauen, das bedeutet — sie muß versuchen, die Wirtschaftspolitik so zu führen, daß die Krisenursachen allmählich verschwinden. Es ist nicht die Aufgabe des Verfassers, im einzelnen die Mittel zu besprechen, durch welche Deutschland seine wirtschaftliche Lage aus eigener Kraft zu bessern vermag. Es sei nur die Richtung gewiesen, die der Verfasser auf Grund seiner Untersuchungen für die richtige hält: Die Produktion Deutschlands muß durch betriebliche und organisatorische Verbesserungen verbilligt werden. Die Rationalisierung muß weiter fortgesetzt und darf vor allem durch keine kontrakomponentalen Faktoren in ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung behindert werden. Monopol-, Steuer-, Sozial- und Lohnpolitik dürfen nicht — wie noch in der Gegenwart — die Wirtschaftsgesundung und den Wirtschaftsfortschritt immer wieder aufhalten durch Forderungen, die im Hinblick auf die prekäre Lage der Wirtschaft nicht der Wirtschaftsvernunft entsprechen.

Nur Produktionsverbilligung kann die Kaufkraft des deutschen Volkes erhöhen und auch die ausländischen Absatzmärkte völlig zurückerobern — die Kapitalbildung im Inlande wird dann fortschreiten, und allmählich wird der normale Kreislauf der Wirtschaft wieder einsetzen, der Produktion und Konsumtion in ihren Kapazitäten einander anpaßt.

Schlußbetrachtung.

Das Reparationsproblem als Problem der Zukunft.

Wenn die Reparationsleistungen aus den Betrachtungen über die Verursachung der Arbeitsmarktkrise 1925/26 ausgeschaltet blieben, so mag das vielleicht verwundern — jedoch geschah es in begründeter Absicht. Niemand wird leugnen, daß die Reparationsleistungen für Deutschlands Volkswirtschaft eine ungeheuer drückende Last und Belastung darstellen, die dem Inlandsmarkt abträglich ist und die Absatzverhältnisse nach außen hin ungünstig beeinflussen muß. Dieses Anerkenntnis hindert aber nicht an der einschränkenden Erwägung, daß für die Krisenzeit 1925/26 die Reparationsleistungen in Form der Transfers noch nicht zu ihrer Auswirkung gekommen waren, weil dem Abfluß von Bargeld ein weit größerer Zustrom ausländischen Kapitals gegenüberstand. Natürlich ist es an sich richtig zu sagen, die Transfers stellen Zahlungen an das Ausland dar, denen absolut keine Gegenleistungen gegenüberstehen, und die daher der deutschen Wirtschaft Kapital und Kaufkraft fortnehmen. Aber für die damalige Anfangsperiode nach dem Londoner Abkommen von 1924 gilt dieser Satz noch nicht, weil in dem Abkommen eine „Gegenleistung" statuiert wurde, in Form einer 800 Millionen Anleihe für Deutschland, die als Vertrauensbasis

für weitere Kapitalbegebungen anzusehen war. Die Anleihen haben bewirkt, daß die für Reparationsleistungen aufgebrachten Abgaben in Deutschland verblieben sind. Aus den Zahlenangaben von Professor Sering[137]) über die Höhe der langfristigen Anleihen und der Reparationsleistungen in den Jahren 1924—27 ergibt sich erst vom Jahre 1927 ab ein Passivsaldo von 75 Mill. RM., das heißt, erst von da ab war das langfristig einströmende Kapital um 75 Mill. RM. geringer als die Reparationsannuität.

Damit werden die Reparationsleistungen zum Problem, an dessen Lösung man in den demnächst stattfindenden neuen Reparationsverhandlungen herangehen will. Bekanntlich sollen nach dem Londoner Abkommen nur Barbeträge aus einem Ausfuhrüberschuß transferiert werden. Da es bisher an Exportüberschüssen fehlte, wurden die auferlegten Tribute geliehen. Schulden können aber nicht in infinitum durch Schulden getilgt werden. Es muß deshalb über kurz oder lang entweder ein Stillstand im Ueberweisungsverkehr eintreten oder die Handelsbilanz aktiviert werden. Das Jahr 1927 wies in Vorkriegswerten und Milliarden eine Einfuhr von 10 und eine Ausfuhr von 7,2 Milliarden Goldmark auf. Die Bilanz war also mit 2,8 Milliarden Goldmark passiv. Diese Passivität muß verschwinden und darüber hinaus ein Aktivposten in der Bilanz erreicht werden, um die Transfers zu bewerkstelligen.

Eine solche Aktivierung der deutschen Handelsbilanz ist wohl kaum zu erwarten, sie wäre überhaupt nur möglich, wenn es der deutschen Industrie gelänge, in dem erforderlichen Maße auf dem Weltmarkt billiger anzubieten, als dies unsere Konkurrenten tun, und zugleich die deutsche Landwirtschaft das Einfuhrkontingent an Unterhaltsmitteln durch eine starke Intensivierung und Rationalisierung ihrer Betriebe herabdrücken würde. Die eine wie die andere dieser Voraussetzungen werden schwerlich in kurzer Zeit realisiert werden können. Die Rationalisierungsmaßnahmen in Industrie und Landwirtschaft werden vielleicht etwas dazu verhelfen. Doch sind die Aussichten im Hinblick auf den Kapitalmangel und die durch die Reparationsleistungen gefährdete Kapitalneubildung nicht sehr groß. Es wird deshalb in erster Linie ein Druck auf das deutsche Volkseinkommen, vor allem auf die Löhne entstehen müssen. Der Nahrungsspielraum der deutschen Volkswirtschaft und die Lebenshaltung in Deutschland werden zu sinken beginnen. Das hat auch Keynes mit Recht hervorgehoben, als er das Reparationsproblem in erster Linie als „Lohnproblem für den deutschen Arbeiter" bezeichnete[138]). Prof. John Maynard Keynes sagt a. a. O. wörtlich: „Wenn wir Deutschlands Kapitalverlust und den Verlust seiner Auslandsmärkte in Rechnung stellen, so scheint es mir unmöglich, daß dieser Zustand mit der Herbeischaffung eines Exportüberschusses zur Erfüllung der jährlichen Reparationsverpflichtungen vereinbar ist. Die ganze Tätigkeit des Transferkomitees wird sich also — und je länger die Zeit

---

[137]) „Deutschland unter dem Dawes-Plan" S. 150.
[138]) Spectator Berlin vom 6. 2. 1926.

dauert, in um so schärferem Maße — darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken."

Transferierung wird in Zukunft Lohndruck erzwingen. Die Transfers werden dann unsichtbar einen erheblichen Teil des deutschen Volks-, insbesondere des deutschen Lohneinkommens enthalten. Ein bestimmter Teil an Arbeitsleistung wird bei uns in Deutschland aufgewendet, wofür der Arbeitende — im Durchschnitt betrachtet — kein Entgelt bekommt. Das allein muß schon zu einem Rückgang in der Lebenshaltung führen. Der Zweck dieses Mechanismus, eine Preisdifferenz gegenüber dem Auslande herzustellen wird nun aber kaum dauernd funktionieren können; denn der ganze Vorgang ist von einem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt begleitet. Der Lohndruck in Deutschland wird sich international fortpflanzen, weil es sich bei den Ausfuhrgütern Deutschlands in erster Linie um solche handelt, die dem Gesetz der niedrigsten Kosten bei der Preisbestimmung unterliegen. Die Preisdifferenz, die Deutschland notgedrungen auf Kosten der Lebenshaltung seiner Bevölkerung zwecks Reparationsausfuhr unter Umständen erreichen könnte, würde infolgedessen wieder verschwinden. Deutschland würde wiederum nicht genug ausführen können, um die geforderten Reparationszahlungen zu leisten. Das Reparationsproblem wird zu einem circulus vitiosus. Der Dawes-Plan, d. h. die Gläubiger Deutschlands erkennen zu unsern Gunsten an, die Reparationsleistungen nur aus einem Exportüberschuß zu begleichen. Dieselben Gläubiger aber verhindern den Eintritt dieser Voraussetzung. Werden die Reparationsverhandlungen in Paris dieses Problem lösen? Diese Lösung heißt: Internationale Schuldenregulierung mit dem Zweck einer durchgehenden Herabsetzung aller Schulden, einschließlich der Reparationsschulden Deutschands — unter Berücksichtigung seiner durch den Versailler Vertrag herabgesetzten Leistungsfähigkeit. Das einzige Land, das nur Gläubigerland ist — die Vereinigten Staaten von Nordamerika [139]) — muß also einen weitgehenden Schuldenerlaß unterschreiben, damit die europäischen Schuldnerländer ihrerseits die Reparationsschulden Deutschlands reduzieren. Der wirtschaftliche Gefahrenpunkt liegt in Europa und heißt Deutschland — der Wendepunkt zum wirtschaftlichen Auf- oder Abstieg liegt in Außer-Europa, liegt bei Amerika. Dies Land hat die Entscheidung über die zukünftige Wirtschaftsgestaltung Europas und Deutschlands.

---

[139]) Forderungen der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Stand vom 15. XI. 26.

England	4 530 000.0	Dollar
Frankreich	4 625 000.0	„
Italien	2 037 000.0	„
Belgien	415 680.0	„
insgesamt	11 007 680.0	„
andere europäische Staaten	770 329.5	„
europäische Länder insgesamt	11 778 009.5	„
Außer-europäische Länder zusam.	15 758.1	„
Gesamtsumme	11 793 884.9	„

Wirtschaft und Statistik Nr. 1 v. 1927.

Lebenslauf.

Am 6. Februar 1901 bin ich — Günther Schöne — in Berlin als Sohn des am 12. Januar 1929 verstorbenen Kriminalkommissars und Majors a. D. Christoph Schöne und seiner Ehefrau geb. Lohmann geboren. Nach dem Besuch mehrerer Schulen in Berlin-Wilmersdorf und Lichterfelde legte ich Ostern 1921 auf einem Real-Gymnasium in Lankwitz die Reifeprüfung ab.

Ich ging zunächst als Eleve auf ein Gut in der Neumark, in der Absicht, Landwirt zu werden. Während meiner Ausbildungszeit bereits merkte ich, daß der landwirtschaftliche Beruf nicht so sehr meinen Neigungen entsprach. Vielmehr richtete sich mein Interesse auf allgemein wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen, die mir besonders in meiner Stellung als Inspektor auf dem Gut im Verkehr mit den Landwirten und Landarbeitern entgegentraten, zu deren Beurteilung mir aber noch die theoretischen Grundlagen und Kenntnisse fehlten.

Daher entschloß ich mich zum Studium der National-Oekonomie und Jurisprudenz und begann dieses 1923 auf der Berliner Universität in Verbindung mit Studien auf der Landwirtschaftlichen Hochschule. Ein Jahr studierte ich dann in Hamburg auf der Universität und kehrte danach zur Ablegung der Diplom-Prüfung für Volkswirte zur Berliner Universität zurück. Die genannte Prüfung bestand ich am 8. Juni 1927.

In der Absicht zu promovieren, setzte ich mein Studium an der Universität in Münster fort, reichte der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät meine Dissertation über das Thema: „Die deutsche Arbeitsmarktkrise 1925/26“ ein und erlangte am 1. Juli 1929 auf Grund einer mündlichen Prüfung von der Fakultät die wirtschafts-wissenschaftliche Doktorwürde.

Arbeitslose in v. H. der Arbeiterfachverbände.[140]

(nach Gewerbegruppen)

Ende des Monats	Baugewerbe	Maschinenbau und Metallverarbeit.	Verkehrsgewerbe	Papierindustrie	Holzgewerbe	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	Bekleidungsgewerbe	Spinnstoffgewerbe	Lederindustrie	Arbeitsmarkt insgesamt
1925.										
Januar	22.2	7.5	7.1	3.0	5.9	5.4	4.9	3.3	7.1	8.1
Februar	21.5	6.1	7.3	2.4	5.0	6.0	5.2	3.0	6.1	7.3
März	12.9	5.1	6.5	2.3	4.0	7.1	3.5	3.0	5.7	5.8
April	5.4	5.0	6.2	2.5	3.5	6.6	2.0	2.8	5.5	4.3
Mai	3.1	3.7	6.1	2.2	2.9	6.1	4.9	2.7	4.2	3.6
Juni	2.9	3.3	3.9	2.3	3.2	5.9	7.0	2.9	4.8	3.5
Juli	3.4	3.8	4.1	2.1	3.4	6.9	8.6	2.3	4.7	3.7
August	4.7	4.6	4.3	3.0	4.1	5.8	10.1	2.5	5.1	4.3
September	4.8	5.2	4.8	3.8	4.2	5.9	9.0	2.5	5.2	4.5
Oktober	7.1	7.2	5.3	3.9	6.4	6.2	9.9	2.6	6.8	5.8
November	26.5	8.2	6.0	6.5	11.5	9.1	17.4	3.4	13.1	10.7
Dezember	45.6	17.2	8.9	11.9	24.2	17.8	24.1	6.1	27.4	19.4
1926.										
Januar	51.5	18.8	10.1	13.6	31.6	18.0	31.1	12.3	32.2	22.6
Februar	41.4	19.6	10.3	14.5	32.0	18.8	29.1	16.0	35.3	22.0
März	34.5	22.6	10.6	15.5	29.9	19.8	26.0	17.8	33.5	21.4
April	26.8	18.9	8.0	16.8	28.7	17.3	22.9	18.8	30.0	18.6
Mai	22.3	19.8	9.7	14.5	28.4	15.4	25.8	18.9	30.2	18.1
Juni	21.2	20.5	8.7	16.9	28.1	14.8	32.3	18.5	28.9	18.1
Juli	19.3	20.6	8.7	16.3	28.5	14.0	34.5	17.2	27.6	17.6
August	17.9	19.8	8.5	17.6	26.7	12.3	33.3	15.2	26.7	16.7
September	16.7	18.6	8.9	15.1	24.0	11.3	28.5	13.1	22.3	15.2
Oktober	17.3	17.3	9.1	12.9	22.0	10.2	21.3	10.5	19.9	14.2
November	21.7	16.9	8.7	10.3	20.4	9.6	23.0	9.0	16.9	14.2
Dezember	38.2	15.4	8.8	11.1	22.0	11.3	25.1	8.8	16.6	16.7

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ von 1926 2 und 4.

Übersichten: 3.

---

[140]) Da nur die Arbeiterfachverbände die Arbeitslosenziffern in v. H. ihrer Mitglieder für die einzelnen Gewerbezweige errechnet und veröffentlicht haben, hat der Verfasser diese herangezogen. Da außerdem auch die Tabelle 3 (im Anhang der Arbeit) über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen europäischen Ländern auf den Gewerkschaftszahlen aufgebaut ist, bietet dies hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in Deutschland und in anderen Ländern den Vorteil besseren Vergleichs.
Eine kurze Uebersicht über die absoluten Zahlen der Arbeitslosen ist auf Blatt 2 ersichtlich.

Blatt 2

Hauptunterstützungsempfänger.

	1925	1926	1927	1928
Januar	593 024	2 030 646	1 827 200	1 333 115
Februar	540 460	2 055 928	1 695 515	1 237 504
März	465 761	1 942 011	1 121 150	1 010 763
April	319 656	1 781 152	870 378	729 329
Mai	233 463	1 744 126	648 606	629 470
Juni	195 099	1 740 754	540 703	610 687
Juli	197 248	1 652 281	452 127	564 064
August	230 727	1 548 138	403 851	574 475
September	266 078	1 394 062	355 462	577 093
Oktober	363 961	1 308 293	339 982	
November	673 315	1 369 768	604 509	
Dezember	1 498 681	1 348 597	1 188 274	

Arbeitslose in v. H. der Arbeiterfachverbände.

	1927	1928
Januar	16,5	11,2
Februar	15,5	10,4
März	11,5	9,2
April	8,9	6,9
Mai	7,0	6,3
Juni	6,3	6,2
Juli	5,5	6,3
August	5,0	6,5
September	4,6	6,6
Oktober	4,5	7,3
November	7,4	
Dezember	12,9	

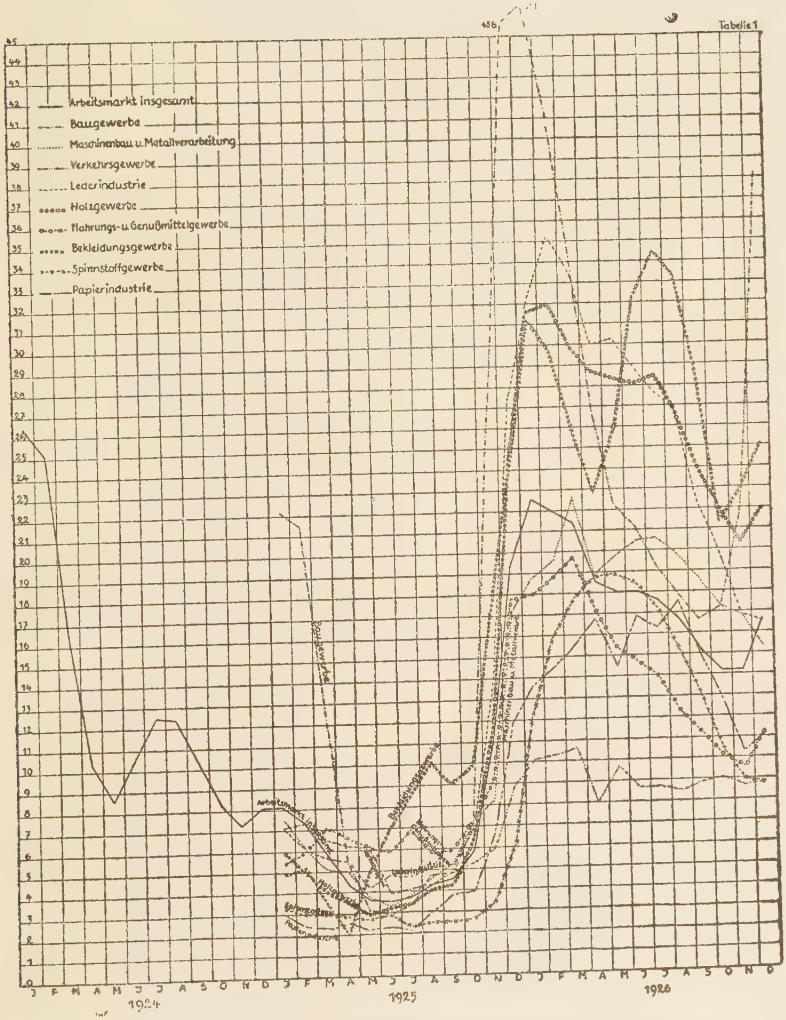
„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" v. 1928, Heft 3 Teil A.

Tabelle 1

Arbeitslosigkeit in den deutschen Arbeiterfachverbänden.

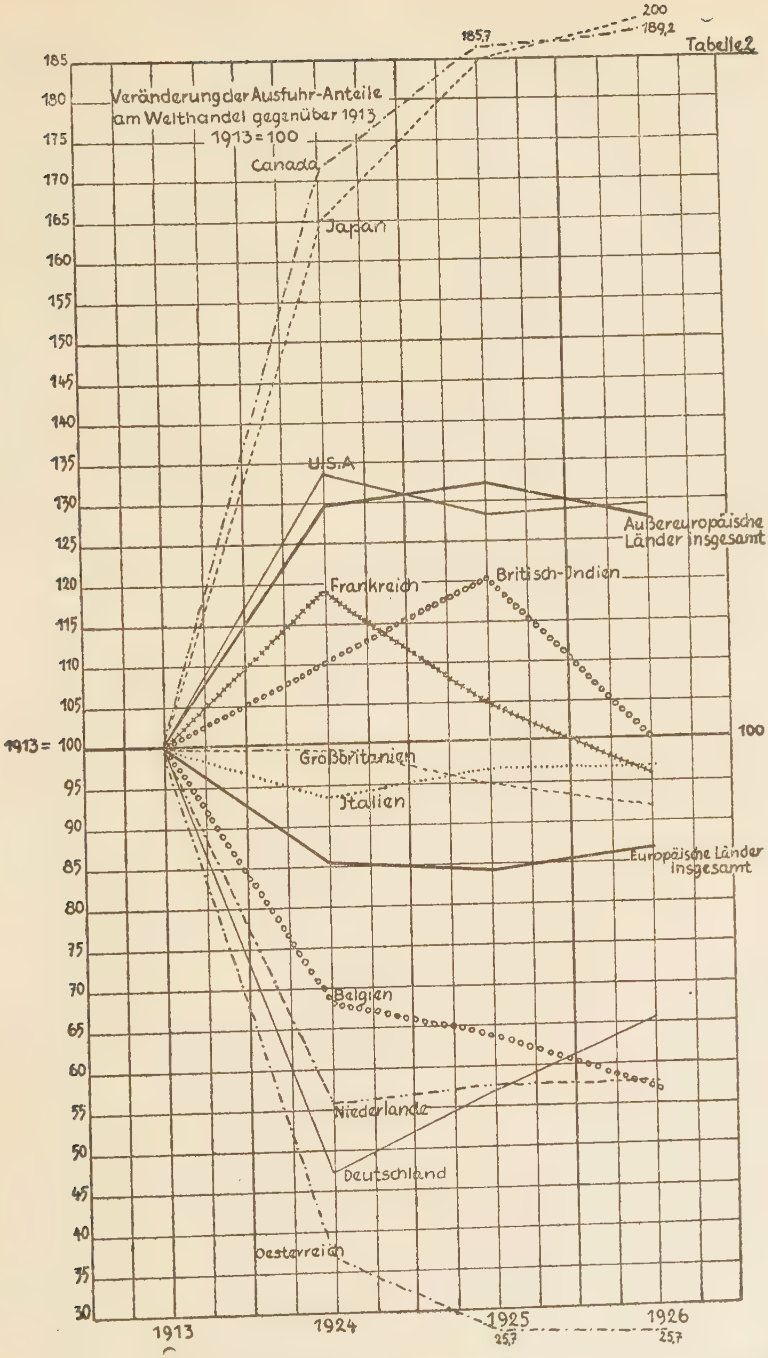
(nach Gewerbegruppen)

in v. H. der Verbände.



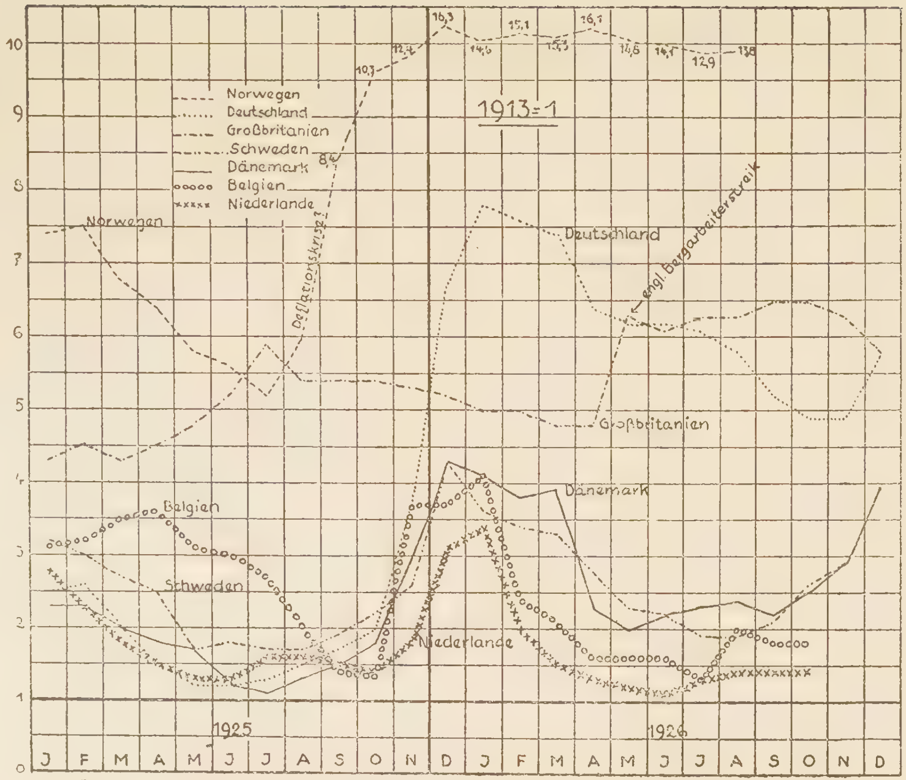
„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" v. 1926
nach: Übersichten 3 / Hefte 2 u. 4 gez.

Tabelle 2



„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung" Heft 2 von 1926
Übers. 6, z. T. selbst errechnet.

Tabelle 3



Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

in v. H. der Gewerkschafts-Mitgliedern bezw. der Versicherten.

1913 = 1.

1925	Deutschland	Großbrit.	Belgien	Niederlande	Dänemark	Schweden	Norwegen
Januar	2.8	4.3	3.1	2.8	2.3	3.2	7.4
Februar	2.6	4.5	3.2	2.3	2.3	3.0	7.5
März	2.0	4.3	3.5	1.8	2.0	2.7	6.8
April	1.5	4.5	3.6	1.5	1.8	2.5	6.4
Mai	1.2	4.8	3.1	1.3	1.7	1.7	5.8
Juni	1.2	5.2	3.0	1.3	1.2	1.8	5.6
Juli	1.3	5.9	2.7	1.6	1.1	1.7	5.2
August	1.5	5.4	2.0	1.6	1.3	1.7	6.0
September	1.7	5.4	1.4	1.5	1.5	1.9	8.4
Oktober	2.0	5.4	1.3	1.4	1.8	2.2	10.3
November	3.7	5.3	3.7	1.8	3.0	2.6	12.4
Dezember	6.7	5.2	3.7	3.1	4.3	4.3	16.3
1926							
Januar	7.8	5.0	4.1	3.4	4.1	3.6	14.6
Februar	7.6	5.0	2.4	2.0	3.8	3.4	15.1
März	7.4	4.8	2.1	1.5	3.9	3.3	15.3
April	6.4	4.8	1.6	1.3	2.3	2.8	16.1
Mai	6.2	6.3	1.6	1.2	2.0	2.3	14.8
Juni	6.2	6.1	1.6	1.1	2.2	2.2	14.1
Juli	6.1	6.3	1.3	1.3	2.3	1.9	12 9
August	5.8	6.3	2.0	1.4	2.4	1.9	13.8
September	5.2	6.5	1.8	1.4	2.2	2.1	—
Oktober	4.9	6.5	1.8	1.4	2.5	2.6	—
November	4.9	6.3	—	—	2.9	2.9	—
Dezember	5.8	5.8	—	—	4.5	—	—

„Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ v. 1926 Heft 4 S. 79.

Buchdruckerei Karl Darpe
Warendorf i. W.